Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ¼10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 214. | Dresden, Donnerstag den 16. September 1909. | 20. Jahrg.

Vom Parteitag.

Leipzig, 15. September.

Die heutige Fortsetzung der Erbschaftssteuerdebatte war nur kurz und stand unter dem Eindruck des neuen großen Wahlerfolges in Koblenz-St. Goar. Eine Taktik, die zu so bedeutenden Erfolgen der Partei führt, kann unmöglich falsch gewesen sein. Genosse Kautsky machte noch einmal mit aller Gründlichkeit und Tatsächlichkeit den Versuch, die Sache des „Doktrinarismus und Radikalismus", wie Richard Fischer sie nannte, zu retten. Er verlangt auch für das nächste Jahr eine Resolution, die klarstellen soll, wann die Partei direkten Steuern zustimmen darf und wann nicht. Aber wir fürchten, daß entweder Kautsky sein Versprechen nicht halten wird, weil selbstverständlich der nächste Parteitag bei der großen Fülle täglich neuer praktisch politischer Aufgaben weder Lust noch Zeit haben wird, die Steuerfrage erneut aufzurollen, oder daß er bei seinen Anschauungen keinen praktisch denkbaren Weg finden wird, in dem die Fraktion Ja sagen könnte.

Unmittelbar nach Kautskys Rede wurde die Debatte geschlossen, und nun folgte eine ganze Flut persönlicher Bemerkungen, die bei den Parteigenossen draußen vielleicht keinen ganz angenehmen Eindruck machen werden. Ledebours scharfes Schlußwort gab, zusammen mit einigen Wendungen Böhles, den Anlaß dazu. Aber man darf nicht übersehen, daß diese persönlichen Bemerkungen endlich klarstellten, wie sich die Entwicklung der Anschauungen über die Erbschaftssteuer in der Fraktion vollzogen hat. Festgestellt ist aber auch worden, daß eine beträchtliche Mehrheit der Fraktion in der Situation, wie sie sich entwickelt hatte, bereit war, auch in dritter Lesung für die Erbschaftssteuer zu stimmen. Diese ganze Debatte gewann einen erhebenden Abschluß, indem Bebel, dem sonst sein Gesundheitszustand zur Zurückhaltung zwingt, doch das Wort ergriff und bestätigte, daß auch er in dritter Lesung für die Erbschaftssteuer gestimmt hätte.

Die Nachmittagssitzung diente der Beratung des Organisationsstatutes, das, neu überarbeitet und verbessert, jedenfalls morgen die so gut wie einstimmige Annahme durch den Parteitag finden wird.

Genau so wenig wie in diesen beiden Hauptfragen ist in geringsten Kleinigkeit die Sensationsgier der bürgerlichen Presse auf ihre Rechnung gekommen. Welchen schönen Hoffnungen hatte sie sich hingegeben für eine heftige Auseinandersetzung unter den Parteigenossen über die „württembergische Hofgängerfrage". Nun erklärten einfach die Genossen, die dem württembergischen Landtage angehören, daß sie mit der monarchischen Demonstration überrascht worden seien und daß sie nur nicht daran gedacht hätten, die republikanischen Parteiprinzipien und die Tradition der Sozialdemokratie zu verletzen. Und vom Vorstandstische fügte Genosse Singer hinzu, daß die Vorsicht beim Besuche offizieller Veranstaltungen auch in Zukunft von allen Genossen geübt werden soll. Das war ein feiner Trost für die Württemberger und ein kleiner Hinweis für die Berliner.

Zum Schluß der heutigen Sitzung forderte Genosse Karl Liebknecht zu einem flammenden Protest gegen die Greueltaten der russischen Konterrevolution und gegen die Duldung des russischen Spitzelregiments auf deutschem Boden und deutschen Hochschulen auf. Einstimmig und unter stürmischem Beifall schloß sich der Parteitag den kraftvollen Worten gegen die zarische Blutpolitik und Deutschlands Liebedienerei an. Auch eine Entrüstungskundgebung gegen die Greueltaten der spanischen Reaktion liegt dem Parteitage bereits vor. So fühlt sich das deutsche Proletariat, das durch den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie repräsentiert wird, einig in seinen Gefühlen des Abscheus gegen jede Reaktion und Volksknechtung!

Militärlotterwirtschaft und Manöverblamage.

Von unserem Korrespondenten.

-th. Wien, 14. September 1909.

Es gibt diplomatische Siege, die den Völkern bleierner in den Knochen liegen als die bösesten Schlappen. Oesterreich-Ungarn hat alle Sünden der serbischen Kampagne gepflückt, aber jetzt wird den Völkern die Spesenrechnung präsentiert, und die ist so lang, so saftig, so furchtbar versalzen, daß vermutlich die patriotischsten Gemüter auf die verwelkenden Blumengewinde des Ruhmes verzichten würden, unter denen sie sich nun um die Zahlungspflicht herumstehlen. Denn man murrt und tuschelt — Offiziöses wagt man darüber nicht auszugeben —, daß der Triumph Aehrenthals weit, aber weit über 500 Millionen Kronen gekostet habe! Mehr als eine halbe Milliarde für „siegreiches" Herumstehen an der Drina! Und es ist auch allmählich durch, wie diese Riesensumme sich so prächtig aufsummt hat. Es kommen Reservisten, es kommen Reserveoffiziere von den Herbstübungen heim und erzählen Wunderdinge über den völlig veränderten Geist der Militärökonomie. Das Sparen gilt nicht mehr, man rechnet nicht mehr mit Kleinigkeiten, man wirtschaftet aus dem Vollen. Das reicht vom Größten bis zum Kleinsten. Jeder Tag bringt Neuanschaffungen; heute werden die Mannschaften mit Scheren zum Zerschneiden der Stacheldrähte beteilt, morgen wird eine ganze Division hechtgrau eingekleidet, um im Felde die Wirkung der Zukunftsuniform zu erproben, übermorgen betrundert man Neuerungen am Eßgeschirr. Wer zählt's? Es ist offenbar, man will alles das noch zu den serbischen Ruhmesspesen schlagen, in einem patriotischen Aufwallen das ganze heriber bringen. Deshalb wurde die Abrechnung auf den Spätherbst verschoben, und eine kontrollose Wirtschaft, die so schlimm nicht in Rußland möglich wäre, hat ihren Fortgang. Die Herren haben nämlich das Handwerk während des serbischen Rummels verschmeckt. Damals — unter dem Druck der Kriegsangst, mit dem man das Publikum erfüllte — wirtschaftete man in einem wahrhaft grandiosen Stile. Auf einen Schlag wurde die ganze Artillerie reformiert, eine Sache von mehreren hundert Millionen; auf einen Schlag erschienen die Maschinengewehre. Wie im Zaubermärchen tauchten sie bei den Regimentern auf. Eine kurze Anweisung des Oberkommandos. Dann treffen die Pferde ein, am nächsten Tage Munition und Reparaturwerkzeug, am dritten die Maschinen selbst. Hierauf etwa der Befehl, sie an die Drina zu schicken. Im gewöhnlichen Wege würde das Wochen beanspruchen. Aber als Eilgut geht es rasch, nur kostet's Tausende. Ohne Zucken werden die Tausende hingezählt. Das saust nach der Drina hinab — und wird jetzt wieder zurückgebracht.

Alles haben wir nun, die technische Ausrüstung ist kompleit. Unsere letzten Kaisermanöver waren eine lückenlose Ausstellung der Technologie des Mordes: fahrbare Funkenstationen, die in die Entfernung von 200, bei Erhöhung der Stangen auf 500 Kilometer wirken und traute Gespräche zwischen Korneuburg und Berlin ermöglichen, Feldposten und Feldtelephone, Automobilabteilungen und fahrbare Feldküchen und was es sonst Gutes und Teueres gibt. Alles wurde auch dem Deutschen Kaiser bei den Großmeseritscher Kaisermanövern vorgeführt, bei diesen Kaisermanövern, die seit dem vorigen Jahre wegen ihrer absoluten Felbmäßigkeit in aller Welt berühmt geworden sind. Keine Paraden mehr, keine vorbestimmten Rendezvouspunkte, keine allen bekannten Annahmen! Der hare Krieg, nur ohne die pfeifenden Kugeln. Aber den Herren Generalen hat anscheinend die althergebrachte Regiekunst mit den schönen Manöverbildern bedeutend wohler getan. Mindestens entwickelte sich die Sache heuer zu einer beträchtlichen Blamage. Der eine der Parteiführer klärte so schlecht auf und disponierte so falsch, daß seine Mittelgruppe einen Luftstoß tat, und als er dann, im rechten und linken Flügel erfaßt, durch eine Diversion gegen den Rücken des rechten feindlichen Flügels sich Luft machen wollte, irrte die ausgesandte Reiterdivision genau 24 Stunden umher. Roß und Reiter waren, als sie an den Gegner herankamen, derart erschöpft, daß sie von den Schiedsrichtern außer Gefecht gesetzt wurden. Die Fehlgriffe bezahlten die Soldaten mit wahnsinnigen Gewaltmärschen; die 25. Infanteriedivision z. B., die man zuerst in die Luft hatte vorstoßen lassen, mußte dann 70 Kilometer an einem Tage bewältigen, um an den Feind zu kommen. Die Vervollkommnung des Nachrichtenwesens durch Telephone und Automobile scheint bei den Generalen nur dies bewirkt zu haben, zu vergessen, daß den Soldaten noch immer keine Motoren an den Beinen gewachsen sind, und daß auch Pferde Lungen und nicht Propeller haben. Die fahrbaren Küchen lungerten beim Train herum und die vorne agierende Mannschaft blieb tagsüber ohne einen Bissen. Das ist es, wofür wir Hunderte von Millionen bewilligen sollen!

Es gab bei den Kaisermanövern wahre Schreckensszenen. Als die abgehetzte Reiterdivision nach 12 Uhr nachts endlich zum Schlafen kam, weil die Manöverleitung sie ausgeschieden hatte, sanken die armen Teufel alle in einen bleiernen Schlaf, auch die Pferdewärter. Nun spielten über die im Freien kampierenden Pferde die Scheinwerfer weg. Die Pferde werden scheu, reißen sich von den Pflöcken, stampfen über die Mannschaft hin. Es gibt verletzte Reiter und Pferde mit zerschmetterten Gliedern. Hundert Rosse ungefähr mußte man mühsam zusammenfangen. Der General, Stabschef der Reiterdivision, Graf Steplynski, wollte sich nach alledem vor lauter Scham und Gram das Leben nehmen und wurde nur mit Mühe daran verhindert. Der Kommandant der Division trug es gelassener, es ist der Erzherzog Franz Salvator. Wenn man die Tochter des Kaisers zur Gattin hat, kann einem auch ein 24stündiger Ritt ins Blaue und in den Rachen der feindlichen Geschütze nichts anhaben. Dem Durchlauchtigsten Schwiegersohn zuliebe wäre die ganze Geschichte auch vertuscht worden, hätten sich die skandalösen Einzelheiten nicht in die Oeffentlichkeit gedrängt. Jetzt weiß man aber, was man von der ausländischen Kritik zu erwarten hat und gibt daher vorsichtshalber selbst einiges zu. Und das ist alles über die Maßen beschämend, so z. B., daß der Train überall versagt hat. Nirgends hielt er sich hinter den Abteilungen, zu denen er gehörte, nirgends war er imstande, den Verpflegsdienst ordentlich zu versehen, und in einem Falle langte die Trainkolonne geradeswegs beim Gegner an, während sie in dem anderen einen Tagesmarsch von der Truppe entfernt blieb. Die bürgerliche Presse tröstet sich damit, daß die Truppen hungernd und 70 Kilometer marschierend noch aufrecht und streitfähig blieben. Doch selbst die Wahrheit dieser Behauptungen zugegeben: was beweist das? Bei Königgrätz leisteten die Beine, die Lungen und die tapferen Herzen der Soldaten auch das Menschenmögliche, nur die Hirne der Generale versagten den Dienst ...

Noch einmal, das ist's, wofür die Steuerzahler den letzten Groschen hergeben, neue Steuern auf den gebeugten Rücken nehmen sollen! Und nicht einmal an dem Geldopfer ist's genug. Die ungarische Koalition der Volksbedrückung hat den rechten Augenblick ersehen: Der Moloch braucht die Liquidierung seiner Schulden, braucht neue Soldaten, um die Gehässigkeiten wett zu machen, die die Aehrenthalsche Politik rings aufgeweckt hat. Also ist die Gelegenheit zu einem neuen Pakt gegeben, den Wekerle dem Kaiser heute anbietet. Er gibt die selbständige Bank, die nie ernstlich gemeint war, auf, verlangt ziemlich belanglose „militärische Konzessionen" und die Zustimmung zur Wahlreform, die das gleiche Recht verrät und die Pluralität nur von drei auf zwei Stimmen ermäßigt, zugleich aber an dem Ausschluß der Analphabeten festhält, von denen nur die jetzt wahlberechtigten pardoniert werden sollen. Damit hofft sich die Koalition in Amt und Gehaltsgenuß zu erhalten. Das Volk wäre, käme der Ausgleich zustande, zweimal betrogen: einmal um die Wahlreform und dann durch den Schein, als sei Wien gezwungen worden, die Rechte der Madjaren im Heere zu beachten. Scheitert die Sache nicht an der Uneinigkeit im ungarischen Kabinett und an dem Widerstand des Thronfolgers, der die Madjaren persönlich haßt, so wird das Geschäft perfekt, denn der Kriegsminister und Aehrenthal haben ihm zugestimmt, weil sie um jeden Preis mehr Soldaten haben wollen.

Deutsches Reich.

Nationalliberale Blockgelüste.

Die kurze Steueroppositionslust der Nationalliberalen ist in einen schweren Katzenjammer übergegangen; die größeren Blätter der Partei bemühen sich unablässig, den Anschluß an die Konservativen wiederzufinden, und die alten Differenzen vergessen zu machen. Selbst höhnische Abweisungen können sie nicht von ihrem Liebeswerben abschrecken. Kreuzzeitung und Germania hatten z. B. die Magdeburger Zeitung wegen ihrer Sehnsucht, wieder „mit den Steuermachern anzubandeln", verspottet, und darauf antwortet jetzt die Magdeburgische also:

„Wir haben diese Steuern bekämpft, aber über dem Kampf um diese wirtschaftliche Frage nie vergessen, daß es noch größere, wichtigere Fragen gibt, Fragen um die Gegensätzlichkeit einer Weltanschauung, und daß deshalb die immerhin untergeordnetere Steuerfrage nicht die Sorge um das Hauptkampfspiel abschwächen dürfe. Und deshalb haben wir die bürgerlichen Parteien zur Verständigung ermahnt. Dazu gehört von beiden Seiten Entgegenkommen. Die Steuern entsprechen nicht unsern Wünschen und Fürst Bülow ist gestürzt und vertrieben aus einer segensreichen Tätigkeit. Das bleibt leider wahr. Aber schließlich können auch darüber die Akten geschlossen werden. Dazu ist der größte Teil der nationalliberalen Presse auch bereit. Auch die Kreuzzeitung hat damals einen lobenswerten Anlauf genommen, indem sie wenn auch nicht sich selbst, so doch der Führung des Bundes der Landwirte in etwas wenigstens die Schuld beimaß. Das schien ein Einlenken zu sein, welches zur Abschwächung der Gegensätze beitragen konnte; aber wer da hoffte, daß diesem Anfang einsichtiger und objektiver Selbstkritik eine weitere Folge gegeben würde, der sah sich leider getäuscht. Soll man diese Hoffnung wirklich aufgeben? Wir bleiben dabei, daß die Sozialdemokratie der gemeinsame Feind der bürgerlichen Parteien ist. Ihr gegenüber muß zur Verständigung gekommen werden und dazu müssen alle Teile beitragen."

Mit diesem Zitat wird man die „unentwegten" nationalliberalen Helden um die Ohren schlagen, die sich damit brüsten, an dem Raubzug der Schnapsblöcklinge unschuldig zu sein. Es ist ein starkes Stück, von „untergeordneten Steuerfragen" zu reden, nachdem den arbeitenden Massen 310 Millionen neuer Konsumsteuern aufgelastet wurden. — Das erbärmliche Winseln um „Verständigung" zum Niederreiten der Sozialdemokratie verrät den Schmerz nach den Prügeln, die den Nationalliberalen in Schneeberg-Stollberg erteilt wurden.

Krieg im konservativen Lager.

„Um Mißverständnisse und Mißstimmungen zu beseitigen", war Dienstag abend eine Versammlung der Vorstandsmitglieder der konservativen Partei von Groß-Berlin anberaumt. Auch alle Vororte, die den Reichstagswahlkreisen Teltow-Beeskow-Starkow-Charlottenburg und Niederbarnim angehören, hatten ihre Vertreter entsandt. Hauptredner war der Abgeordnete Graf Westarp, der in zweistündiger Rede die Reichsfinanzreform und die Haltung der konservativen Fraktion verteidigte. Er verstand es, wie die Tägliche Rundschau berichtet, die zahlreich anwesenden Parteimitglieder, welche sich mit der Haltung der konservativen Partei zur Reichsfinanzreform nicht einverstanden erklärt haben, zu besänftigen; nur vereinzelt regte sich während des Vortrages Widerspruch, der jedesmal von lautem Beifall übertönt wurde.

Bei der Eröffnung der Diskussion kam es zu sehr erregten Auseinandersetzungen über den Wunsch eines Berliner Vereins, daß keine Beschlüsse gefaßt werden mögen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte machte der Qual ein Ende. — Von den Diskussionsrednern machte Oberstleutnant z. D. v. Rabenau der Parteileitung den Vorwurf, daß sie es an der nötigen Aufklärung der breiten Schichten habe fehlen lassen. Er sei jetzt auch Gegner der Erbschaftssteuer geworden, hätte aber doch gewünscht, daß die konservative Partei aus taktischen Rücksichten für diese stimmte. Wegen der neugegründeten Konservativen Vereinigung erklärte Redner, der Aufruf sei durch einen Vertrauensbruch schon jetzt an die Oeffentlichkeit gelangt. Das Streben sei darauf gerichtet, zu beratschlagen, wie der Massenaustrittsbewegung zu begegnen sei. Einige weitere Redner geben ihrer Befürchtung wegen des Zusammengehens mit dem Zentrum Ausdruck. Ein Herr Nonnemann (Großlichterfelde) fragte:

Um welchen Preis ist die Finanzreform erkauft worden? Es gibt noch andere Güter als die wirtschaftlichen. Warum ist Bülow gegangen? Weil die Abstimmung einen Triumph des Zentrums darstellt. Und nun sehe man, welche christliche Weltanschauung die katholische Kirche vertritt. Man hätte danach streben sollen, mit Hilfe des Blockes die widerstrebenden Elemente im Bürgertum zusammenzubringen. (Lebhafter Beifall.)

Bei der nun folgenden Rede des Parteisekretärs Dr. Kaufhold entwickelten sich — wir geben wieder, was die Tägl. Rundschau berichtet — Szenen, wie sie in konservativen Versammlungen schwerlich je erlebt wurden. Der Parteisekretär sprang mit angesehenen Parteimitgliedern um, wie etwa ein Lehrer mit Schuljungen. Seine Ausführungen strotzten dermaßen von Indiskretionen und Taktlosigkeiten, daß die Versammlungsteilnehmer ihn nicht mehr zu Wort kommen ließen. Die hartnäckig wiederholten Versuche, weiter zu sprechen, lösten jedesmal tosenden Lärm aus. „Herunter von

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090916/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

der [illegible] „Vorwärts“ und [illegible] meint [illegible] Die Gemeinde wurde [illegible] Verfassung auf fünf Monate [illegible] zu bringen, um [illegible] zu machen.

[illegible] die erste Lesung der Debatte vertagt wurde, [illegible] Verschiedene [illegible] Zeit zur [illegible] vertragen wollten. [illegible] ein Berliner Verein seinen Austritt aus der Partei. Daß aber trotz Unständen noch eine Resolution eingebracht und auch angenommen wurde, die der [illegible] „Dank und Anerkennung“ für ihr Verhalten bei der Reichstagswahl [illegible] mußte natürlich [illegible] Dieser Beschluß kam [illegible] zustande.

Die Wandlungsfähigen.

Der Zentrumsabgeordnete Justizrat Trimborn hielt in Köln einen längeren Vortrag über die Reichsfinanzreform und die politische Lage. Wegen der Liebesgabe der Schnapsbrenner meinte Trimborn, es müsse festgestellt werden, daß bei den Verhandlungen über die Finanzreform keine einzige Fraktion die sofortige und vollständige Beseitigung der Liebesgabe, also der Steuerdifferenz, der sogenannten Spannung, beantragt hat; vielmehr man streite lediglich die Frage, ob und um wieviel und in welchen Zeiträumen die Differenz herabgemindert werden könne. Da war nun das Zentrum der Meinung, daß eine Herabsetzung im gegenwärtigen Moment, wo man das Brennereigewerbe mit einer neuen Last von 80 Millionen beschwerte, „nicht angängig“ erscheine. Dabei war zu berücksichtigen, daß beim Branntwein das Produkt heute mit 220 Prozent seines Wertes besteuert sei. Das Zentrum sei keineswegs grundsätzlich gegen eine Herabsetzung der Liebesgabe, an der übrigens das Brennereigewerbe des Westens und Südens ebenso interessiert sei wie das des Ostens. Habe sich das Gewerbe einmal den durch die jetzige Gesetzgebung geschaffenen neuen Verhältnissen angepaßt, so bleibe die Herabsetzung der Liebesgabe zu erwägen.

Anfangs war das Zentrum gegen Aufrechterhaltung der Liebesgabe, später aber, als es Hand in Hand ging mit den Konservativen, stimmte es dafür.

Die Wirkung der Tabaksteuer.

Täglich laufen neue Nachrichten über Tabakarbeiterentlassungen, Arbeitszeitverkürzungen und Verdienstschmälerungen infolge der neuen Steuern ein. Nach einer Zusammenstellung der Süddeutschen Tabakzeitung sind schon Tausende arbeitslos, allein in der kleinen badischen Stadt Schwetzingen liegen dem Bürgermeisteramt über 1000 Unterstützungsgesuche vor. Aber der verminderte Umsatz für Tabakfabrikate wirkt nicht nur auf das Zigarrenmachergewerbe ein, sondern auch auf andere Industriezweige und besonders auf das Gewerbe der Zigarrenkistenmacher. Mehr noch als durch den geringen Umsatz von Zigarren verschlechtern sich die Beschäftigungsverhältnisse der Zigarrenkistenmacher, weil die Zigarrenfabrikanten infolge der erhöhten Tabaksteuer an der Packung sparen müssen und an Stelle der Holzkisten billigere Umhüllungen wählen. Besonders bei billigen Zigarren werden die Kisten bald verschwinden. Die Zigarrenkistenmacher wollen deshalb in der nächsten Zeit in den verschiedensten Bezirken Deutschlands Material sammeln, um festzustellen, in welchem Umfange die Zigarrenkistenmacher aus diesen veränderten Verhältnissen arbeitslos werden. Auf Grund dieses Materials wollen sie dann beim Bundesrat beantragen, daß auch die Zigarrenkistenmacher mit in die Reichsunterstützung für Tabakarbeiter einbezogen werden.

Die Ersatzwahl in Koblenz-St. Goar.

Koblenz, 15. September. Nach dem amtlichen Resultat der Reichstagswahl des Wahlkreises Koblenz-St. Goar erhielt der Zentrumskandidat Wellstein 11 462 Stimmen und wurde damit gewählt. Der Sozialdemokrat erhielt 2811 Stimmen. Die Liberalen hatten auf eine Kandidatur verzichtet.

Das Zentrum büßte 7770 Stimmen ein; die sozialdemokratischen Stimmen wuchsen um 672.

Die geprellten Lehrer.

Der Vorsteher der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung hatte sich gemeinsam mit den Stadtverordnetenvorstehern von Charlottenburg und Wilmersdorf an den Dezernenten in Schulangelegenheiten, Oberregierungsrat Lehmann, um eine Unterredung in der strittigen Frage der Höhe der Ortszulage der Lehrer gewandt. Daraufhin ist ein ablehnender Bescheid eingegangen, in dem es u. a. heißt: „Ich erwidere auf die gefällige Zuschrift ergebenst, daß die von Charlottenburg und einigen anderen Vororten beschlossene Ortszulage von der Schulaufsichtsbehörde selbstverständlich unter Zustimmung des Herrn Regierungspräsidenten als Vorsitzenden der Schulabteilung der Königlichen Regierung nicht genehmigt worden sind, weil sie über die Berliner Sätze hinausgingen. Hieran würde eine mündliche Besprechung nichts mehr ändern können.“

Der Hausdiener des Seelenhirten.

Der Pädagogischen Zeitung wird aus Mecklenburg-Strelitz eine „Dienstinstruktion für den Küster“ zugesandt. Nach der allgemeinen Forderung, daß er dem Pastor „als seinem Vorgesetzten unterstellt“ sei, dem er **Ehrerbietung** und **dienstwilligen Gehorsam** zu beweisen habe, folgen in zehn Paragraphen besondere Pflichten, die ihn zum Hausdiener des Pastors machen. Er muß die Kirche öffnen und schließen, Altar, Kanzel und Gestühl von Staub und Spinngeweben reinigen, die Kirchhöfe sauber halten, Glocken läutern und läuten. Vor dem Gottesdienste hat er sich beim Pastor „etwaiger Besprechungen wegen“ zu melden, die Liednummern anzustecken und vor allen Dingen „während der Predigt auf dem Chor gegenwärtig zu bleiben“. Hat er Lesegottesdienst abzuhalten, so hat er sich sorgfältig vorzubereiten, damit er die Predigt verständlich und zur Erbauung vorlesen kann. Den Pastor hat er bei bestimmten Amtshandlungen aus der Wohnung abzuholen und zu begleiten. Natürlich ist ihm vorgeschrieben, „in anständiger schwarzer Kleidung und Kopfbedeckung“ zu erscheinen. „Alle sonst herkömmlichen oder für besondere Fälle erforderlichen Küsterdienste, auch solche, welche nicht namentlich hier aufgezählt sind, sowie etwa von der obersten Kirchenbehörde ausgehende neue Anordnungen hat der Küster willig zu leisten und zu befolgen.“ Das Beste enthält aber § 8: **„Am Tage vor dem Herbstmarkte hat er das Jahrgeld einzusammeln und danach mit einer Liste der Personen, für welche solches gezahlt ist, dem Pastor abzuliefern, ohne zu einer Entschädigungsforderung hierfür berechtigt zu sein, desgleichen in denselben Orten am Ihr. Donnerstag die Ostereier für den Pastor einzusammeln.“** Dafür bekommt der Küster 100 M., teils in Naturalien: Gebäude, Ostereier, Schaffäfe, teils als Stolgebühren.

Reichsversicherungsordnung und Bergarbeiter. Der Bergarbeiterverband hat eine Petition an die Reichsregierung gerichtet, in der er unter eingehender Begründung die besonderen Wünsche und Forderungen der Bergarbeiter in Sachen der Reichsversicherungsordnung darlegt.

Schnapsbonzen der Bergarbeiter. Die neueste Nummer der Bergarbeiterzeitung fordert die Bergarbeiter zur strikten Enthaltung vom Branntweingenusse auf. Sie schreibt, wenn es die Arbeiterschaft Deutschlands auch nur fertig brächte, den Schnapskonsum um ein Viertel einzuschränken — und das müßte möglich sein —, wären die Schnapsjunker schon um ihre Liebesgabe von rund 50 Millionen gebracht.

Trielen-Schack. Nach einer Meldung der Hamburger Nachrichten hat Schack sein Mandat noch nicht niedergelegt. Erst eine deutsch-soziale Vertrauensmännerversammlung, die in Eisenach am 19. September stattfindet, soll darüber entscheiden.

Wegen Mißhandlung Untergebener in 12 Fällen und Beleidigung wurde Hauptmann Simon von der 12. Kompagnie des in Goldap garnisonierenden Infanterie-Regiments Nr. 44 durch das Kriegsgericht in Insterburg zu 4 Monaten Festungshaft verurteilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Staatsanwalt und Zeuge. Zu erregten Auftritten zwischen Staatsanwalt und Zeugen kam es in einer Strafverhandlung vor der Strafkammer in Landshut in Bayern, in der es sich um eine Anklage wegen Erpressung handelte. Staatsanwalt Stander hatte im Verlaufe der Sitzung an den als Zeugen geladenen Rechtsanwalt Hoffer Fragen gestellt, die dieser als Beleidigungen auffaßte und als **„Unverschämtheit“** zurückwies. Stander beantragte daraufhin wiederholt **hohe Ordnungsstrafen gegen Hoffer, die aber vom Gericht nicht ausgesprochen wurden.** In maßloser Erregung stürmte darauf der Staatsanwalt zum Sitzungssaal hinaus mit den Worten: „Ich bin nicht mehr fähig, die Vertretung vor der Strafkammer weiter zu führen!“ Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schermer, erklärte dazu, das sei ja nahezu eine Beleidigung des Gerichts. Nach kurzer Zeit nahm ein anderer Staatsanwalt die Stelle Standers ein, so daß die Verhandlung zu Ende geführt werden konnte.

Kleine politische Nachrichten. Nach einer Meldung aus Genf gewährte die Bundesregierung der russischen Regierung die beantragte **Ausweisung Wassiliejews**, der sich an der Plünderung einer Bank in Alexandrowo beteiligt hatte. — Heute Donnerstag wird die Wiener Zeitung ein kaiserliches Patent über die Einberufung der Landtage von Böhmen, Oberösterreich, Mähren und Kärnten auf den 21. September und des Landtages von Krain auf den 23. September veröffentlichen. — Die Kommission des dänischen Landsthing zur Beratung der **Landesverteidigungsvorlagen** hat am Mittwoch ihren Bericht erstattet. Die Majorität der Kommission stellte eine Reihe von Abänderungsanträgen, die vom Ministerrat gebilligt werden, darunter unter anderem die Vermehrung der Kavallerie und Erhöhung der Zahl der Wehrpflichtigen im Verhältnis zum Steigen der Bevölkerungszahl. — Der französische Bautenminister Millerand hat ein Dekret unterzeichnet, durch das 68 Beamte, 14 Unterbeamte, 14 Frauen und 20 Arbeiter der Post- und Telegraphenverwaltung, die seinerzeit verabschiedet worden waren, wieder eingestellt werden. — Das französische Syndikat der Eisenbahnbediensteten richtete an seine Mitglieder einen in 400 000 Exemplaren gedruckten Aufruf, der unter Hinweis auf die Lebensmittelteuerung zu einem entschiedenen Eintreten für allgemeine Erhöhung der Löhne und Gehälter auffordert. — Lord Tweedmouth, von dem aus Anlaß der Kaisergespräche viel die Rede war, ist Mittwoch abend in Dublin gestorben. — Aus Washington wird berichtet: Der Antrag Frankreichs, das gekündigte französische Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten zu verlängern, hat, wie verlautet, nicht die Zustimmung des Staatsdepartements gefunden. — Der Professor der Yale-Universität Emery, der der neuernannten Tarifkommission angehört, bekennt sich zum Freihandel. Von den anderen Mitgliedern der Kommission vertritt Hilfsschatzamtssekretär Reynolds den Schutzzoll und Sanders, der Besitzer der Breeders Gazette, agrarische Interessen.

Ausland.

Spanien.

Der Rif-Krieg

Melilla, 15. September. Im Laufe des gestrigen nachmittags wurde der spanische Proviantzug von Rifleuten angegriffen. Bataillone zerstreuten die Angreifer, die große Verluste erlitten. Die Mauren griffen die Wasserleitungsarbeiter an, wurden aber hier ebenfalls bald zerstreut.

Unter den Kabbanaleuten herrscht vollkommene Ruhe. Die Führer der Kabbanastämme hatten heute eine neue Konferenz mit dem General Marina.

Zu dem Gefecht bei Melilla wird noch gemeldet: Auf spanischer Seite gab es fünf Verwundete, darunter einen Hauptmann.

Türkei.

Kämpfe in Kleinasien.

Konstantinopel, 15. September. Nach einer amtlichen Mitteilung der Pforte meldet der Kommandant des 4. Armeekorps einen siegreichen Kampf im Dersimgebiete mit dem Kurdenstamme Haidaranlu, der die Flucht ergriff und 100 Tote zurückließ. Die türkischen Truppen sollen keine Verluste erlitten haben.

•

Therapia, 15. September. Nach einer dem armenischen Patriarchat zugegangenen Meldung sind heute fünf im Prozeß wegen der armenischen Metzeleien in Kleinasien verurteilte **Armenier gehenkt** worden.

Rußland.

Witte als Lockspitzel?

Paris, 15. September. Ein Anonymus erzählt heute im Matin, der eigentliche Urheber der russischen Provokationspolitik sei Graf Witte gewesen. Dieser habe im Jahre 1905, als der Versuch, eine konservative Partei zum Schutze des Thrones zu gründen, scheiterte, den Gedanken gefaßt, die extremen Parteien zu solchen Taten zu treiben, daß eine Verbindung mit ihnen für die bürgerliche Opposition unmöglich würde. Das habe er mit Hilfe Durnowos durchzuführen versucht, dessen Eintritt in das Ministerium damals verschiedene andere Staatsmänner veranlaßte, sich zurückzuziehen. Der Matin deutet an, daß sein Gewährsmann unter diesen Staatsmännern zu suchen sei.

Die Karikatur einer Wahlkampagne.

Aus Petersburg wird der Russ. Korresp. geschrieben:

Einzigartig sind die Manieren, die die russische Verwaltung bei jeder Wahlkampagne handhabt. Augenblicklich, da in Petersburg, Moskau und Odessa wichtige Ersatzwahlen zur Duma bevorstehen, tritt die ganze Macht der Ordnungshüter ungeniert in die Erscheinung. Für die sogenannte Propaganda soll der den Wahlen vorangehende Monat vorschriftsmäßig freigestellt sein, aber diese Frist der lokalen Redefreiheit bleibt unter dem außerordentlichen oder verstärkten Schutz nur ein toter Buchstabe: die überwachenden unwissenden Tschinowniks dulden nicht die geringste Kritik der Regierung und schließen gewöhnlich aus den harmlosesten Anlässen die Wählerversammlungen. Um jedoch die ganze Kampagne ad absurdum zu führen, ist für die diesmalige Propaganda eine besonders charakteristische Verschärfung ausgeklügelt worden: die Kandidaten, die als Redner auftreten wollen, sind dazu innerhalb ihres Wohnbezirks und vor den Wählern dieses Wohnbezirks befugt, so daß den anderen Wählern die Möglichkeit genommen sein soll, ihren Kandidaten kennen zu lernen. Während jedoch diese Einschränkungen für die genannten Städte im allgemeinen zur Anwendung gelangen sollen, hat der findige Odessaer Gebietler Tolmatschow durch eine lokale Sonderverfügung den Vogel abgeschossen. Er berief einfach in seiner Satrapie Odessa die Zeitungsredakteure zu sich und erklärte ihnen kurz und bündig, daß er jede Stellungnahme zugunsten der Kandidaten der Kadettenaufs strengste bestrafen und die Druckereien, in denen eventuell zuwiderhandelnde Blätter erscheinen, ohne weiteres schließen würde. Hier gegen ist es den echtrussischen Organen gestattet, über den Kandidaten die schmutzigsten Verleumdungen zu verbreiten, ohne daß sie dafür avouiert werden dürfen. Denn Tolmatschow hat es schon vor langer Zeit den Verhändlern versprochen, daß er einen ihm genehmen „Patrioten“ bei den Wahlen durchbringen werde. Und das nennt sich in Odessa parlamentarische Wahlkampagne!

Marokko.

Muley Hafids Antwort an die Mächte.

Paris, 15. September. Aus Tanger wird gemeldet: Am 11. September hat Muley Hafid die Audienz bewilligt, die das Konsularkorps gewünscht hatte. Der französische Konsul Gaillard als Doyen, begleitet von den Konsuln Deutschlands, Englands, Oesterreichs, Portugals und Spaniens, las dem Sultan die Note vor, in der im Namen Europas die Beendigung der gegen die Gefangenen begangenen Grausamkeiten verlangt wurde. Muley Hafid gab die ausweichende Antwort, die irrtümlich als eine schriftliche Antwort bezeichnet worden ist. Er sagte, er glaube nicht, daß sich in Marokko noch weitere Rebellionen ereignen würden. Damit fiele die Vorbedingung für Bestrafungen fort, die im übrigen nach seiner Ansicht weniger schlimm wären als die in Europa noch verhängte Todesstrafe. Er würde jedoch, falls ähnliche Fälle vorkommen sollten, nicht von neuem für die Beibehaltung der alten marokkanischen Strafarten eintreten.

Japan.

Fragen der auswärtigen Politik.

Tokio, 15. September. Premierminister Katsura hielt im Bankierklub eine Rede über die Finanzlage Japans und sprach sich über die finanziellen Aussichten in sehr zuversichtlicher Weise aus. Er erklärte, eine Summe, welche 53 Millionen Yen übersteige, werde zur Einlösung der Bonds im laufenden Jahre verwandt werden. Die englisch-japanische Allianz werde fortbestehen auf der Grundlage der festesten Freundschaft. Ferner hob der Premierminister die bestehenden innigen Beziehungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten hervor und bemerkte zu den „Mißverständnissen“ zwischen Japan und China, daß zuviel Wesens davon gemacht worden sei. Er erklärte, die Differenzen zwischen den beiden Ländern seien durch gegenseitige Zugeständnisse beigelegt worden.

Das Parteitagsfest.

Leipzig, 15. September.

In Massen strömten am Dienstag abend die Genossen nach dem mächtigen Raum der Alberthalle, in denen zu Ehren der Parteitags-Delegierten und -Gäste die Leipziger Parteigenossen ein großes Konzert arrangiert hatten. Die sozialdemokratische Parteiorganisation hat damit den Vertretern des Proletariats einen schönen künstlerischen Genuß geboten; in diesem Urteil dürften alle Teilnehmer dieser außergewöhnlichen Veranstaltung einig gewesen sein. Nicht selten sind Parteitage in dieser herrlichen, vornehmen Art begangen worden.

Es wurde ein Vokal- und Instrumental-Konzert geboten. Den gesanglichen Teil bestritten die auch außerhalb Leipzigs rühmlich bekannten Michaelischen Arbeitergesangvereine. Derart gut geschulte und an schönen Stimmen reiche Arbeitergesangvereine sind sicher nicht sehr häufig anzutreffen. Die Leistungen der Michaelschen Chöre stehen auf künstlerischer Höhe; sie dürfen ohne Zögern auch an schwierige gesangliche Aufgaben herantreten. Die große Versammlung stand denn auch im Banne dieser Leistungen; absolute Stille herrschte während der Vorträge und stürmischer Beifall brauste nach jeder Programmnummer durch den mächtigen Raum. Neben ernsten Liedern kam auch der Humor zu seinem Rechte, besonders einige Quartette brachten in dieser Beziehung Stimmung in die Massen der Zuhörer. — Großes Lob verdienen auch die ebenfalls künstlerischen musikalischen Darbietungen.

Mit einer stürmischen Ovation wurde unser alter Kämpfer August Bebel geehrt, der trotz seines leidenden und größte Schonung heischenden körperlichen Zustandes der Einladung zu dem Feste gefolgt war und bis zum Schluß aushielt.

Genosse Lipinski begrüßte im Namen der Leipziger Genossen die Festteilnehmer mit einer kurzen Ansprache, bald des Genossen Bebel gedenkend, der jahrzehntelang in Leipzig wirkte und von hier aus der deutschen Sozialdemokratie in ganz besonderem Maße diente.

Danach sprach Genosse Molkenbuhr, der den Leipziger Genossen im Namen des Parteivorstandes, der Delegierten und Gäste für den warmen Empfang dankte. Die Veranstaltung gebe nicht nur Zeugnis dafür ab, in welcher Weise die Arbeiter heute bereits künstlerische Kultur zu pflegen verstünden, sie entspreche auch der Stadt Leipzig als Musikstadt. In die Freude und Genugtuung darüber fließe freilich das Bedauern, daß Millionen von Arbeitern heute noch nicht in der Lage seien, an den Gütern der Kunst teilnehmen zu können. Die Sozialdemokratie sei aber auch auf diesem Gebiete Bahnbrecherin, indem sie mit dem Streben nach Umgestaltung der sozialen Verhältnisse den Massen die Kultur auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens bringe.

Nach Molkenbuhr trat der schwedische Parlamentsabgeordnete Genosse Lindblad an das Rednerpult, um den deutschen Genossen die herzlichsten Grüße der im schweren Kampfe stehenden Proletarier seiner Heimat zu übermitteln. Er stattete zugleich den Dank für die Hilfe ab, die die deutschen Genossen bisher ihren schwedischen Brüdern zuteil werden ließen. Wie man auch zum Generalstreik stehe, der in Schweden eine Notwendigkeit geworden sei — die Arbeiter aller Länder würden viel an dem Kampfe in Schweden studieren und lernen können. Der Redner schloß seine Ausführungen mit einem wuchtigen Appell an das Solidaritätsgefühl der deutschen Genossen unter stürmischer Zustimmung der Versammlung.

Reichsratsabgeordneter Genosse Rieger überbrachte die Grüße der österreichischen Genossen, wobei er besonders die innigen Beziehungen zwischen der reichsdeutschen und der österreichischen Sozialdemokratie hervorhob.

Sämtlichen Rednern wurde lebhafter Beifall zuteil. Der zweite Teil des Festabends wurde lediglich von den Sängern und Musikern bestritten. Sie verstanden es, mit ihren Vorträgen die Aufmerksamkeit dieser Menschenmasse bis zum Schluß zu fesseln. Es herrschte eine fröhliche und zu-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090916/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

...ungene Stimmung bis zum letzten Augenblick. Die Teil-...ner dieses Parteifestes werden den Abend ganz gewiß lange ...angenehmer Erinnerung behalten. Das darf den Leipziger ...ossen eine Anerkennung für dieses äußerst feinsinnige und ...ngene Parteifest sein, dessen Zustandekommen viel Mühe ...acht haben dürfte.

Sächsische Fabrikinspektion 1908.

5. Weibliche Gewerbeaufsicht. (Schluß.)

Den weiblichen Fabrikinspektoren ist in Sachsen die ...erwachung der Kinderarbeit in der Heimindustrie und zum ...l die Revision derjenigen Fabriken anvertraut worden, die ...wiegend Arbeiterinnen beschäftigen. Ueber ihre Tätigkeit ...Bereiche der Heimarbeit berichten die Beamtinnen in be-...deren Mitteilungen, während sich die Beobachtungen bei der ...trolle der Fabrikbetriebe verstreut in den allgemeinen Be-...ten vorfinden. Zum Teil haben wir einzelne derartige ...teilungen schon hervorgehoben. Hier sollen uns in der ...uptsache die Sonderberichte in der Heimarbeit be-...tigen, die freilich nur sehr kurz und dürftig sind.

In früheren Jahren beklagten sich die Gewerbeaufsichts-...amtinnen fast allgemein und lebhaft darüber, daß ihnen ...lfach ein unfreundlicher Empfang und völlige Verständnis-...gkeit über den Kinderschutz entgegengebracht worden seien. ...dieser Beziehung ist es besser geworden. Die Aufsichts-...nen äußern sich im allgemeinen befriedigend über das Ver-...ten der Fabrikanten und Heimarbeiter bei den Revisionen, ...ch ein besseres Verständnis für die Notwendigkeit und Vor-...le des gesetzlichen Kinderschutzes haben sie beobachtet. In ein-...nen Fällen ist es aber noch immer zu Auftritten gekommen. ...n der Dresdner Beamtin wird u. a. folgendes mit-...eilt: „Die Beamtin revidierte den Betrieb eines Stuhl-...uers, dessen Kinder mit Rohrflechten beschäftigt wurden. ...rüber geriet der Stuhlbauer in maßlose Wut, in der er ...ter Schimpfreden alle beweglichen Gegenstände durchein-...der warf. Durch das Hinzukommen anderer Arbeiter ge-...tete sich die Lage für die Beamtin noch bedenklicher, da auch ...ie eine drohende Haltung annahmen. Nur durch äußerste ...lbstbeherrschung und Ruhe gelang es, die Revision ohne ...anspruchnahme polizeilicher Hilfe durchzuführen. Nachdem ...ruhigung eingetreten war, erklärte die Beamtin den An-...senden noch einmal den Zweck ihres Kommens und knüpfte ...ran eine kurze Darlegung der in Frage kommenden gesetz-...en Bestimmungen. Arbeiter und Beamtin schieden ver-...nt, nachdem letztere wegen des Vorgefallenen herzlich um ...tschuldigung gebeten worden war." Die Geschichte hat also ...einer allgemeinen Versöhnung geendet. Im übrigen be-...t auch die Dresdner Beamtin, daß der Verkehr mit Arbeit-...ern und Eltern der beschäftigten Kinder durchaus be-...diend gewesen sei.

Etwas zurückhaltend äußert sich nach dieser Richtung hin ...Aufsichtsdame der Kreishauptmannschaft Zwickau; sie ...rt u. a. aus: „Die Aufsichtsbeamtin fand zumeist mehr ...tgegenkommen und Verständnis für das Kinderschutzgesetz ... wie in früheren Jahren. Viele Arbeitgeber und Eltern ...ußten allerdings erst dann das Gesetz befolgen zu müssen, ...nn sie auf dessen Bestimmungen aufmerksam gemacht und ...warnt worden sind. Da nun ein großer Teil der revidierten ...rksätten im Berichtsjahre erstmalig besucht wurde, so ist ...h die Zahl der festgestellten Zuwiderhandlungen eine ver-...hnismäßig hohe. Schwierigkeiten bei den Revisionen er-...ben sich nur in einigen Fällen, wo die Arbeitskraft der ...der besonders stark ausgenutzt wurde oder wo wegen Ueber-...ungen bereits verwarnte Arbeitgeber Be-...fungen befürchteten. Nicht selten kam ihr Unmut dann ...ch unfreundliches Benehmen gegen die ...ffichtsbeamtin zum Ausdruck."

Mitteilungen über die Einwirkung der Heimarbeit auf ...Kinder finden sich nur selten; soweit es der Fall ist, sind ...allgemein gehalten und oft recht nichtssagend. Es wird da ...auptet, daß gesundheitliche Schädigungen an den Kindern ...ht zu beobachten gewesen seien, daß die Arbeit nur leicht ..., die Kinder sich wohl befunden hätten usw. Indes lassen ...ch einzelne Andeutungen darauf schließen, daß es so günstig ...ht bestellt war, als man es hinstellt. Sehr charakteristisch ist ...für eine Stelle im Berichte der Bautzner Beamtin, wo ...heißt: „Im allgemeinen war die Beschäftigungsart der ...nder nicht gesundheitsschädlich. Bei der kurzen Dauer der ...eschäftigung und der leichten Arbeit, die man von ihnen ver-...ngt, kann von einer Ueberanstrengung nicht die Rede sein. ...s ein großer Uebelstand ist aber die unerträglich ...lechte Luft in den Arbeits- bezw. Wohn-...äumen vieler Betriebe, besonders auf den ...örfern, anzusehen. Den eindringlichen Ermahnungen ...er Beamtin, doch durch häufiges Oeffnen der Fenster oder ...ilren Wandlung zu schaffen, kam man in der Regel sofort, ...enn auch oft mit Kopfschütteln, willig nach. ...chädliche Einwirkungen der Arbeit auf die körperliche Ent-...icklung der Kinder wurden nicht bemerkt." Die Luft war ...also in vielen Betrieben der Heimarbeit unerträglich schlecht, ...nd doch wurden gesundheitsschädliche Einwirkungen nicht wahr-...enommen. Diese zum Teil widerspruchsvolle Mitteilung ...besagt deutlich, daß die Beamtinnen die Verhältnisse im all-...emeinen viel günstiger darstellen, als sie es tatsächlich sind. ...s ist freilich auch nicht zu erwarten, daß bei einem einmaligen ...lüchtigen Besuche gesundheitsschädliche Einwirkungen fest-...gestellt werden sollten. Es ist schließlich Sache der Aerzte, ...darüber Näheres zu ermitteln.

Mehrfach sind den Aufsichtsdamen Klagen über die ...Kinderausbeutung in der Landwirtschaft unterbreitet worden. ...So berichtet die Aufsichtsdame des Dresdner Bezirks: „Auf-...fallend häufig wurde die Beamtin bei der Revision von Heim-...betrieben auf die übermäßige Ausnutzung der ...landwirtschaftlich beschäftigten Kinder ...hingewiesen und nicht selten unmittelbar um Abhilfe ...ersucht. Es war keine leichte Aufgabe, den betreffenden Eltern ...begreiflich zu machen, daß die in landwirtschaftlichen Betrieben ...beschäftigten Kinder nicht von den gesetzlichen Schutzbestim-...mungen erfaßt werden, und daß im übrigen die Beschäftigung ...in der Landwirtschaft die körperliche und die geistige Ent-...wicklung der Kinder weit weniger als die Heimindustrie ge-...fährde." Nun, es ist sehr fraglich, ob die Kinderausbeutung ...in der Landwirtschaft so harmlos ist, wie sie die Beamtin zuletzt ...hinzustellen versucht. Aus eigner Erfahrung und Beobachtung ...weiß sie jedenfalls nichts darüber. Es kommt vor allem auf ...das Maß der Ausnutzung der Kinderarbeit in der Landwirt-...schaft an. Uebrigens werden diese Ausführungen der Dresdner ...Beamtin durch eine Mitteilung aus der Kreishauptmannschaft ...Chemnitz widerlegt, in der es heißt: „Die Gewerbeaufsichts-...beamtin hat auch im Berichtsjahre vielfach Gelegenheit ge-...nommen, ihre Wahrnehmungen mit Schulvor-...ständen und Lehrern auszutauschen, um auch ...deren Beobachtungen zu verwerten. Dabei wurde ihr fast in ...allen Schulen mitgeteilt, daß die gewerblich beschäf-...tigten Kinder im Unterrichte durchschnitt-...lich bei weitem empfangsfähiger und nicht ...annähernd so übermüdet seien, wie die als ...Aufwartungen oder in der Landwirtschaft ...beschäftigten."

Hierdurch wird jedenfalls bestätigt, daß die Kinder-...ausbeutung in der Landwirtschaft außerordentlich ermüdend ...wirkt und daher doch auch gesundheitsschädliche Ueber-...anstrengung zur Folge haben muß. Die Notwendigkeit eines ...Kinderschutzgesetzes für die Landwirtschaft ...wird dadurch eindringlich dargelegt.

Die Wirtschaftskrise hat sich auch in der Heimarbeit ...nachteilig bemerkbar gemacht. Es herrschte Mangel an Be-...schäftigung, daher waren vielfach auch weniger Kinder als ...sonst an die Arbeit gespannt. Die Dresdner Beamtin hat ...daher auch die Zahl der Revisionen in der Heimarbeit ein-...geschränkt. Es sind insgesamt 866 vorgenommen und 89 Ge-...meindeämtern und sonstigen Behörden Besuche abgestattet ...worden.

Die Zahl der in den revidierten Betrieben beschäf-...tigten Kinder betrug im ganzen 695, und zwar 345 ...Knaben und 350 Mädchen, von denen 530 eigene, 165 fremde ...Kinder waren. Der Hauptteil eigener Kinder entfiel wiederum ...auf die Industrie künstlicher Blumen und Blätter, in der 179 ...Kinder gezählt wurden. Nächstdem folgt die Spielwaren-...industrie mit 135 und die Stuhlflechterei mit 116 Kindern. ...In der Stroh- und Bastflechterei wurden nur 35 Kinder ge-...zählt, während der Rest auf die Kartonnagen-, Bürsten-, ...Knopf-, Zigarren- und die Zuckerwarenindustrie entfiel.

Weiter berichtet alsdann die Beamtin des Dresdner ...Bezirks: „An vier Tagen wurden in den Vorstädten Dresdens ...wie auch anderwärts in der Zeit zwischen 5 und 7 Uhr morgens ...Beobachtungen darüber angestellt, ob schulpflichtige Kinder ...mit Austragen von Waren beschäftigt wurden. Weiter sind ...sieben Gastwirtschaften zwischen 8 und 11 Uhr abends revidiert ...worden, um etwaige Beschäftigung schulpflichtiger Knaben ...mit Kegelaufsetzen festzustellen. Von wesentlichem Nutzen für ...die Ueberwachung der gewerblichen Kinderarbeit erwies ...sich die Mitwirkung der gewerkschaftlichen ...Kinderschutzkommission, deren Mitgliedern, zu-...meist erfahrenen Frauen und Müttern, die ...Beamtin manche Anregung verdankte."

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des ...Kinderschutzgesetzes sind wieder zahlreich, doch infolge des ...schlechten Geschäftsgangs in niedrigerer Zahl als im Vorjahre ...festgestellt worden; sie umfaßten in der Kreishauptmannschaft ...Dresden 76 Fälle mit 105 Kindern; nur in 7 Fällen erfolgte ...Bestrafung. Die ausgeworfenen Geldstrafen bezifferten sich ...auf 2 bis 5 M., ein Bäckermeister wurde zu 8 M. verurteilt, ein anderer freigesprochen. In den übrigen Fällen hat man ...sich offenbar mit Verwarnungen begnügt.

Parteiangelegenheiten.

Reichstagskandidatur.

Im Wahlkreise Altena-Siegen wurde der Gauleiter des Metallarbeiterverbandes, Genosse Spiegel-Düsseldorf, als Reichstagskandidat aufgestellt. Vorher kandidierte der Genosse Haberland-Barmen, der ja nach dem Tode des Genossen Meist in dem Wahlkreise Lennep-Mettmann aufgestellt wurde.

Berichtigung. Dem Vorwärts geht von dem Genossen Heinrich Schulz die folgende Berichtigung zu, die wir übernehmen, da auch in dem von uns gebrachten Bericht der monierte Satz in der unrichtigen Fassung wiedergegeben ist. Genosse Schulz schreibt:

Der Bericht des Vorwärts über den ersten Verhandlungstag des Parteitags legt mir die Aeußerung in den Mund: „Die antimilitaristische Agitation ist nicht die Hauptsache der Jugendbewegung." Ich habe aber gesagt, wie mir der stenographische Bericht bestätigt: „Die antimilitaristische Agitation ist nicht die Aufgabe der Jugendbewegung, die die Jugendzentrale zu leisten hat. Die Jugendzentrale ist in dieser Beziehung gebunden an die Beschlüsse der Parteitage, insbesondere an das Programm des Nürnberger Parteitages."

Neues aus aller Welt.

Rendsburg, 15. September. Unter schwerem Verdacht wurde der Arbeiter Loeschke verhaftet. Ihm wird zur Last gelegt, den vor drei Tagen als Leiche aufgefundenen Arbeiter Schütt ermordet und beraubt zu haben. Der Verhaftete bestreitet, die Tat begangen zu haben, doch liegen gegen ihn die schwerwiegendsten Verdachtsmomente vor. Loeschke wird außerdem noch von der Altonaer Staatsanwaltschaft wegen Totschlags steckbrieflich verfolgt.

Essen, 15. September. Im Orte Warendorf in Westfalen wurde ein elfjähriger Knabe verhaftet, der starke etwa einen Zentimeter dicke Eisenstücke in die Schienenlücken gesteckt und dadurch Eisenbahnzüge gefährdet hatte. Der Knabe will von anderen Jungen zur Tat verleitet worden sein.

Düsseldorf, 15. September. Stadtsekretär Heinrich Plantz wurde von der Strafkammer zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er in den Jahren 1906 bis 1909 amtlich vereinnahmte Jagd- und Paßgelder in Höhe von über 10 000 M. unterschlagen hatte. Plantz hat das ganze Geld im Spiel durchgebracht.

Unrath, 15. September. Gestern früh stürzte ein Wohnhaus ein und begrub die Familie Geffings, die noch im Bette lag. Die drei Erwachsenen konnten leicht verletzt hervorgeholt werden.

•

Ravenna, 15. September. Als heute früh vier Taucher damit beschäftigt waren, eine Dynamitkapsel zu entfernen, die gestern zu einer Sprengung unter Wasser im hiesigen Hafen verwendet werden sollte, aber nicht zur Explosion gebracht werden konnte, erfolgte unvermutet die Entladung, wobei drei Taucher getötet und der vierte verletzt wurden.

Wetterbericht von der Wettersäule an der Augustusbrücke am 16. September, mittags 12 Uhr.

Barometer: 755. Veränderlich.
Thermometer: + 13° R.
Thermometrograph: Min. + 11. Maxim. + 18.
Hygrometer: 77 %.
Wasserstand: — 167. Wasserwärme: + 13.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 17. September 1909.

Nordöstliche Winde; allmähliche Aufheiterung; etwas wärmer; kein erheblicher Niederschlag.

Dresdner Polizeibericht vom 16. September.

Am 9. September hat hier eine unbekannte etwa 25 Jahre alte Frauensperson, mittelgroß und kräftig, angeblich Friseuse aus Radeberg oder Radebeul, ein möbliertes Zimmer gemietet und sich am nächsten Tage nach Verübung eines Gelddiebstahls entfernt. Sie hat folgende Gegenstände, die vielleicht zur Ermittlung ihrer Person dienen können, zurückgelassen: Einen braunen Pappkarton, 55 × 37 × 14 Zentimeter groß, mit Adresse: Absender Gebr. Hast, Dresden, an Firma Albin Voigt jun., Bischofswerda; ein lederneS Handtäschchen, schwarzblau, mit Lederhenkel und gelbem Bügel sowie ein Unterhaltungsblatt Der Hausfreund. Mitteilungen werden an die Kriminalabteilung erbeten.

Im Polizeihauptgebäude, Schießgasse Nr. 7, ist neuerdings die Abteilung E für Fuhrwesen und Verkehr aus ihren bisherigen Räumen in die Zimmer Nr. 84 bis 88 des zweiten Obergeschosses verlegt worden. Die Geschäftsstelle für den Verkehr mit Kraftfahrzeugen befindet sich im Zimmer Nr. 84, die für die Ausstellung von Radfahrerkarten im Zimmer Nr. 85.

Letzte Telegramme.

Vom Parteitage.

Leipzig (Volkshaus), 16. September. 12 Uhr mittags. (Privattelegramm.) In ruhiger Debatte wird die **Beratung über das Organisationsstatut** fortgeführt. Schließlich wird das neue Statut en bloc einstimmig angenommen.

Es wurde einer Resolution zugestimmt, die den Parteiorganisationen empfiehlt, wegen der fortgesetzt wachsenden Anforderungen an die materielle Leistungsfähigkeit unserer Organisationen einen wöchentlichen Beitrag von 10 Pf. für männliche Parteimitglieder zur Einführung zu bringen.

Der Parteitag schreitet dann zur Beratung der **Maifeier**. Parteivorstandsmitglied Müller befürwortet die neue Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission der Gewerkschaften. Er bemerkt gegen Rosa Luxemburg, die die Ausschaltung der Unterstützungsfrage in mehreren Leitartikeln befürwortete: wäre die Maifeierfrage durch Leitartikel zu lösen, wäre sie längst gelöst. Er bekämpft entschieden die Vorschläge Kautskys, besonders den Vorschlag, daß auch die am 1. Mai Arbeitenden ihren Tageslohn in den Maifeierfonds abführen sollen. Solche Vorschläge könnten überhaupt nicht ernst genommen werden. Er verweist darauf, daß sehr wohl aus den Zentralkassen der Gewerkschaften Mittel zur Maifeier gegeben werden könnten, soweit entsprechende Beschlüsse der einzelnen Verbände bestehen. Nur darüber hinaus sollen Ansprüche nicht gestellt werden. Müller warnt davor, daß der Streit mit den Gewerkschaften um die Unterstützung der Gemaßregelten weiter getrieben werde. Die Vereinbarung sei das letzte, was auf diesem Gebiete zurzeit geleistet werden könne, um die Maifeier aufrecht zu erhalten und sie zu stärken.

Die Debatte bewegt sich in ruhigen Bahnen, und es ist anzunehmen, daß die Vorschläge des Parteivorstandes eine starke Mehrheit finden werden.

Mehrfach tritt der Gedanke in den Vordergrund, die Maifeier lieber auf den Abend zu verlegen, als daß der Streit um sie fortdauere und einige Gewerkschaften feiern und andere nicht. Mehrere Redner wünschen, daß der internationale Kongreß die Maifeier auf den Abend verlege. Andere Redner fordern, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai mehr ausgedehnt werde.

Erhöhung des Offiziersoldes in Frankreich.

Paris, 16 September. Die Budgetkommission der Kammer erörterte den Bericht des Deputierten Clementé über die Erhöhung des Offiziersoldes. Diese Erhöhung würde jährlich etwa 12 Millionen Frank erfordern, wovon 6 700 000 Frank auf Leutnants und Oberleutnants entfallen dürften. Die Kommission beschloß, die Erhöhung stufenweise durchzuführen und stellt in das Budget für 1910 8 600 000 Frank ein, die ausschließlich für diesen Zweck verwendet werden sollen.

Schweden.

Stockholm, 16. September. Die Erledigung der Konflikte außerhalb des Arbeitgebervereins nimmt ihren ruhigen Fortgang. Die Bäckereiunternehmer in Malmö haben ihre Forderungen zurückgezogen, so daß hier die Angelegenheit erledigt ist. In Stockholm werden Verhandlungen zwischen den Bäckermeistern und den Bäckereiarbeitern geführt. Kleinere Demonstrationen fanden vorgestern abend gegen die Streikbrecher statt.

Die Straßenbahngesellschaften geben bisher nicht nach. Cederborg stützt immer noch die Gesellschaften in ihrem Vorhaben, indem er sie als nicht unter die Vereinbarung gehörend hinstellt.

Das Rathausgericht hat den Genossen Gustafsson zu zwei Monaten Zuchthaus wegen seiner Demonstrationsrede bei Lillsjans verurteilt. Gustafsson hatte eine Resolution zur Annahme verlesen, die eine Mahnung an die Eisenbahner, sich dem Ausstande anzuschließen, enthielt.

Der Umfang des Kampfes ist fortdauernd unverändert. Das Bedürfnis nach Unterstützung ist naturgemäß ein großes.

Chinesische Rüstungen gegen Rußland.

Petersburg, 16. September. Der Zeitung Retsch, die jüngst aus Charbin die erste Meldung vom Abschluß einer chinesisch-japanischen Militärkonvention gebracht hat, wird jetzt ebendaher über energische militärische Vorbereitungen Chinas berichtet. In Peking hat, so wird berichtet, eine geheime Beratung aller höheren Offiziere der chinesischen Flotte stattgefunden. In San-Wei ist eine höhere Marineakademie eröffnet und die Werft bedeutend ausgebaut worden, auf der in diesem Monat die Kiellegung von fünf Kreuzern und drei Hochseetorpedobooten stattgefunden hatte. Zur Auffüllung des im Juni geschaffenen Marinefonds wurde eine Subskription in ganz China eröffnet. Das Militärwesen soll von Grund aus reformiert werden. Die Söldnertruppen sollen aufgelöst und die allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden. Bisher wurden 85 Divisionen neuformiert. Zur Verteidigung der Flüsse in der Mandschurei sind zwei Millionen Jen ausgeworfen worden. An allen bedeutenden Punkten am Sungari und Amur hat China seine Garnisonen verstärkt und gegenüber Blagowjeschtschensk starke Befestigungen aufgeführt. An der Sungarimündung bei Choren Tokei wurde eine ganze Kette von Forts errichtet.

Der lenkbare Ballon im Manöver.

Paris, 16. September. Nach Berichten aus dem Manövergelände hat der Militärballon Republique gestern nachmittag einen Flug zu Aufklärungszwecken unternommen, der von Erfolg begleitet war. Der Ballon befand sich 2½ Stunde lang in einer Höhe von über 700 Metern und legte über den manövrierenden Truppen mehr als 80 Kilometer zurück. Die angestellten Beobachtungen wurden mittels eines an einem Ballastsack befestigten Zettels dem Major des Luftschifferkorps zugeworfen, der dem Ballon in einem Automobil gefolgt war. Der Manöverleiter sprach sich über die Leistungen der Republique, und namentlich über die Genauigkeit der von den Offizieren des Luftschiffes ermittelten Auskünfte sehr befriedigt aus.

Bestialitäten.

Paris, 16. September. Die Blätter melden aus Garnd-Bassam, daß ein ehemaliger Senegalschütze Alis Seck, der seine Frau aus Eifersucht getötet hatte, worauf er sich dem französischen Militärposten in Uossu stellte, von diesem den Eingeborenen ausgeliefert wurde. Alis Seck wurde drei Tage lang in entsetzlicher Weise gemartert und dann getötet. Das Kultusministerium hat eine strenge Untersuchung eingeleitet.

Das heutige Blatt umfaßt 14 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090916/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Oeffentl. Versammlung

Freitag den 17. September, abends 8½ Uhr, im Saale der **Zentralhalle,** Fischhofsplatz 10.

Tagesordnung:

Der Generalstreik in Schweden.

Referent: Reichstagsabgeordneter **Lindblad** aus **Gothenburg.**

Gewerkschafts- und Parteigenossen! Erscheint in Massen in dieser wichtigen Versammlung, damit sich diese zu einer gewaltigen Sympathiekundgebung für unsere heldenmütig im Kampfe stehenden schwedischen Genossen gestaltet.

Die Vorstände des Gewerkschaftskartells und der Sozialdemokratischen Vereine des 4., 5. und 6. Reichstagswahlkreises.

Zentralverband der Glasarbeiter

Zahlstelle Dresden.

Sonnabend den 18. September, abends 8½ Uhr, im Volkshaus, Ritzenbergstr.

Große öffentl. Glasarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Glasarbeiter im Zeichen der Krise und der Finanzreform. Referent: Kollege **Girbig**-Berlin.

Gewerkschaftliches.

Kollegen! Agitiert für guten Besuch und bringt die Frauen mit!

Die Verwaltung.

E. Schurigs Restaurant

14 Stiftsstraße 14

Grosser Mittagstisch.

Freitags: **Schlacht-Fest.**

Verkehrs-Lokal der Modelltischler.

Wo ruht man aus?
Wo macht man Rast?
Im Bismarckhaus in Laubegast.

Rechtsbureau Rosenstr. 21.

Gesuche, Eingaben, Briefe usw.

Langjähr. Erfahrung. Kulante Preise.

Letztes Rad-Rennen

auf der alten Bahn

Sonntag d. 19. September. — Anfang 3 Uhr.

!Meisterschaft von Sachsen!

Ermässigte Preise! **Konzert:** Kapelle J. Kahlas.

1. **Eröffnungsfahren.** 2. **Meisterschaft v. Sachsen.** 3. **Hauptfahren.** 4. **Meisterschaft des Bezirks Dresden.** 5. **Meisterschaft im Vereins-Mannschaftsfahren.** 6. **Einstunden-Rennen nach Art des Sechstagerennens.** 7. **Entschädigungsfahren.**

Für Bundesmitglieder Ermässigung auf Sattelplatz gegen Mitgliedskarte an besonderer Kasse bis 3½ Uhr.

Der Wettfahrausschuß des Sächs. Radfahrer-Bundes.

---

4. Kreis. Bez. Dresden-N.

Die **Gruppensitzungen** morgen Freitag fallen zugunsten der Schwedenversammlung aus.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Partei-Sekretariat: Löbtau, Bez. Dresden, Dresdnerstraße 77 II, l. Hernspr. Amt Dresden Nr. 774.

Sprechstunden: Wochentags von 8 bis 1 Uhr und 3 bis 6 Uhr, Montags bis 7 Uhr abends.

Bezirk Plauen.

Sonnabend den 18. September, abends 9 Uhr, im Kleinen Volkshaus **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: 1. **Vortrag** über: **Die Entwicklung des Zeitungswesens.** Referent: Gen. Hilsche. 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 3. Vereinsangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Verwaltung.

Bez. Niedergorbitz u. U.

Sonnabend den 18. September, abends 9 Uhr, in Hoffmanns Restaur. in Niedergorbitz, Bergstraße, **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Bericht der Gemeindevertreter. 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 3. Allgemeines.

Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen.

Die Verwaltung.

Bez. Gittersee-Coschütz.

Der für Mitte September geplante Ausflug findet eingetretener Verhältnisse wegen in diesem Jahre nicht statt. Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Dresden

Sonnabend d. 18. September, abends 9 Uhr, in Grellmanns Restaurant, Cotta, Hebbelstraße 10

Oeffentliche Versammlung

der Kutscher, Markthelfer und Berufsgenossen von Cotta, Briesnitz, Kemnitz und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: Der Kampf ums Recht. 2. Gewerkschaftliches. — Debatte.

Bezirk Plauenscher Grund.

Sonnabend den 18. September, abends 9 Uhr in der Roten Schenke in Döhlen

Oeffentliche Versammlung

der Transportarbeiter des Plauenschen Grundes.

Tages-Ordnung:

1. Unser Verband im Jahre 1908. 2. Gewerkschaftliches. — Debatte.

Die Kollegen aller Bezirke werden ersucht, in diesen Versammlungen vollzählig zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

In der

Bürger-Schänke

Palmstr. | eine | Min. | vom | Pos'pl. | a. | d. | Wettiner | Str.

erhalten Sie ein **tadellos gepflegtes Bier**

dafür | bürgt | mein | zirka | 25jähriges | Bestehen.

Hochachtungsvoll **Eduard Zehl.**

A. Mäsers Restaurant zur Micktener Baubörse

Dresden-Mickten, Homiliusstraße, Ecke Trachauer Straße empfiehlt seine schönen, geräumigen Lokalitäten. Vereinszimmer, 80 Personen fassend, stets jederzeit zur Verfügung. **Asphalt-Kegelbahn.**

Naturheilverein Dresden-West.

Freitag den 17. September, abends 8½ Uhr im Etablissement **Musenhalle,** Dresden-Löbtau

Grosser Lichtbilder-Vortrag

Thema:

Constanza am Schwarzen Meer u. seine Zigeunerniederlassungen Mahalana Tiganeska.

Ein Städte-, Volks- und Sittenbild nach nur Selbstgesehenem und Selbsterlebtem unter Vorführung von

104 meist farbigen Originalaufnahmen.

Einlaß 7½ Uhr. — Eintritt 30 Pf.

Bei Anmeldung zur Mitgliedschaft zwei Personen frei. **Der Vortrag findet im großen Saale statt.**

Zahlreichem Erscheinen sieht entgegen **Der Gesamtvorstand.**

Varieté-Theater

Deutscher Kaiser | Eden-Theater

Leipziger Strasse 112 DRESDEN-N. Görlitzer Strasse 6

In beiden Theatern täglich

Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

Einlass 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Vorzugskarten vom Deutschen Kaiser und Eden-Theater haben in beiden Theatern wie bisher Gültigkeit.

Englisch u. Französisch

Gewissenhafter, sofort zum Sprechen führender **Unterricht.**

Uebersetzungen.

Anfänger-Kurse (vierteljährlich 5 M.) beginnen Ende September.

Helene Reichelt, Luisenstr. 22, III.

Raucht Polologlow Cigaretten

Consumverein Potschappel u. U.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern, den Winterbedarf in Briketts einzudecken. Wir liefern noch billigst

Nußbriketts pro Zentner **80** Pf.

Salonbriketts pro Ztr. **85** Pf.

ab **Hauptlager Döhlen, U-Strasse.**

Mäßige Fuhrlohn-Berechnung. Braunkohlen-Bestellungen werden entgegengenommen.

Der Vorstand.

Möbel

aller Art kauft man am vorteilhaftesten bei

Curt Wilkerling

Pieschen, Mohnstr. 2. Auch auf Teilzahlung.

Paul Kaden

Wäsche u. Manufakturwaren

Spezialität: Turnbekleidung

Pieschen, Torgauer Strasse 18.

Elegante gebr. Herren- und Damen- **Kleider** billig verkäuflich. Breite Str. 12, 2.

H.-Rad, spottbillig Dürerstraße 34, p. r.

Pillnitzer Str. 14,	Tel. 3102.	Kesselsdorfer Str. 47, Tel. 4114.	
Alaunstraße 4,	„ 2257.	Kesselsdorfer Str. 18,	„ 4114.
Bismarckplatz 13,	„ 4169.	Wettinerstraße 17,	„ 1835.
Röllnerstraße 12,	„ 2806.	Rosenstraße 43	„ 1735.
Bienertstraße 11,	„ 4871.	Hechtstraße 27,	„ 4596.
Wartbaer Str. 14,	„ 4050.	Torgauer Straße 40,	„ 1639.
Pfotenhauerstr. 24,	„ 3970.	Trompeterstraße 7,	„ 2867.

Lentere, Lagerplatz, Versand: Wölfnitzstraße 1, Tel. 1634.

Infolge großer Fänge

die unsere Dampfer anbrachten, sind die

Preise fr. Seefische

jetzt recht niedrig!

Aus Freitag wieder eintreffendem Waggon:

Seelachs ohne Kopf in hochfeinen fetten Fischen . . . . . Pfund **18** Pf.

Kabljau ohne Kopf in hochfeinen fetten Fischen . . . . . Pfund **18** Pf.

für auswärts bei mindestens 50 Pfund einer Sorte Pfund 13 Pf.

Austernfisch ohne Kopf in hochdelikaten Fischen, zum Braten . . . . Pfund **18** Pf.

Schollen, fett und fleischig, in Fischen bis zu zwei Pfund schwer . Pfund **18** Pf.

Sehr empfehlenswert ist ferner:

Goldbarsch ohne Kopf fett wie Tafelkarpfen . . . . . Pfund **20** Pf.

für auswärts bei mindestens 50 Pfund a 15 Pf., Postkollo 2 Pf.

Schellfisch, heig. in lebensfrischen, großmitten Fischen . . . . Pfund **25** Pf.

für auswärts bei mindestens 50 Pfund a 18 Pf., Postkollo 250 Pf.

Ausführliche gedruckte Kochrezepte gratis!

Hochfeine echte Kieler See-Sprotten ½ Pfund **15** Pf.

ff. ger. Schellfisch . . . . . .

Neue Riesen-Bratheringe in hochdelikater Zubereitung und strammster Packung für auswärts ¼ Tonne 310 Pf.

Neue russ. Kronsardinen . . ½ Pfd. **20** Pf.

Postkolo etwa 120 zarte, feine Fische für auswärts 165 Pf.

Versand prompt gegen Nachnahme.

Meister

gesucht für die Leitung meiner **Schlosserei,** der das Zusammenpassen und Fertigstellen von Hutformen versteht. Eventuell tüchtiger intelligenter Arbeiter, der sich zum Meister eignet.

Hutformen-Fabrik Kremener

Berlin-Pankow, Florastraße 8.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Robert Grötzsch, Dresden-Neugruna.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Eichler, Dresden.
Druck und Verlag: Reißner & Romm, Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090916/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 214. | Dresden, Donnerstag den 16. September 1909. | 20. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Zur Landtagswahl.

Freisinnige Landtagswahltaktik.

In Chemnitz sprach am Sonntag in einer freisinnigen Landtagswähler-Versammlung Herr Naumann. In der Diskussion erklärte Genosse Heilmann, wie wir der Chemnitzer Volksstimme entnehmen, daß „die von Naumann uns vorgeworfene Absonderungspolitik notwendig sei, so lange die freisinnige Partei eine reaktionäre und selbst nachher rein reaktionäre Politik treibe. Zum Schlusse fragte er Naumann, ob der Freisinn auch bei den Stichwahlen jeden Wahlrechtsfeind bekämpfen werde. Naumann antwortete unter vielen Phrasen: Nein. Er möchte die Verbindung mit der Sozialdemokratie gewiß nicht ganz aufgeben, aber vor allem müsse man den Liberalismus einigen usw. Kurz, hinter den ganzen glatten und platten Worten steht der Entschluß, zuerst für den Nationalliberalen einzutreten.

Wer das Verhalten der Freisinnigen in den letzten Jahren kennt, für den kann die Erklärung Naumanns keinerlei Ueberraschungen bringen. Es war und ist von vornherein ganz sicher damit zu rechnen, daß die Freisinnigen bei Stichwahlen für die Nationalliberalen eintreten werden. Eine Frage könnte es höchstens sein, wie sich die Freisinnigen in dem Falle verhalten, wenn sie die Entscheidung zwischen einem Konservativen und einem Sozialdemokraten haben. Auch in diesem Falle kann höchstens auf eine Stimmenthaltung der Freisinnigen gerechnet werden. Wer etwas anderes von den sächsischen Freisinnigen erwartet hat, kennt sie schlecht.

Tatsächlich kann auch für uns bei der Stichwahltaktik die Frage nicht so lauten: Sollen wir die Freisinnigen stärken? sondern nur so: Wie können wir am wirkungsvollsten die mittelständisch-konservativ-agrarische Reaktion schwächen oder eventuell verhüten, daß die volksfeindlichste Clique wieder zur Herrschaft in Sachsen kommt? Vorläufig ist überhaupt noch abzuwarten, ob das für uns eine Frage werden wird. Jetzt in der Hauptwahlschlacht ist es muß es unsre Aufgabe sein, die freisinnige Demagogie mit derselben Entschiedenheit zu bekämpfen wie die nationalliberale und konservative Reaktion.

Nochmals Steuerreste und Wahlrecht.

Bezüglich der Behandlung der Steuerrückstände verfährt nach einer Mitteilung des Leipziger Tageblatts das Wahlamt der Stadt Leipzig ebenso wie das Dresdner Wahlamt und berücksichtigt bei der Frage, ob jemand wahlberechtigt ist oder nicht, nur die Steuerrückstände, die seit dem 1. Januar 1906 fällig sind und somit noch nicht als verjährt zu gelten haben (§ 101 des Wahlgesetzes, § 80 des Einkommensteuergesetzes). Der Rat hat sich mit diesem Verfahren durchaus einverstanden erklärt.

In Dresden mußte das Wahl- und Listenamt erst durch einen Beschluß des Rates korrigiert werden.

Offenbar auf eine Anfrage der Redaktion hin hat sich Geheimrat Professor Dr. Wach-Leipzig, der in der Ersten Kammer referiert über das Landtagswahlgesetz war, in einem Telegramm an die Chemnitzer Allgemeine Zeitung wie folgt zu der Streitfrage geäußert:

Zur Einberufung eines außerordentlichen Landtags liegt keinerlei Anlaß vor. Liberalste Auslegung des Gesetzes ist meines Erachtens das richtige. Jedenfalls ist die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts anzurufen.

gez. Wach.

Der Rat Wachs klingt recht deplaziert. Der Herr trägt doch in erster Linie die Verantwortung für den jetzigen unklaren Wortlaut im Absatz f des § 10. Auf seinen Antrag hin wurde die klare Fassung der Zweiten Kammer, wonach nur höchstens zwei Jahre alte Steuerreste zur Stimmrechtsentziehung führen sollten, beseitigt und durch die jetzige unklare ersetzt worden. Anstatt jetzt nachträglich mit nichtssagenden Ratschlägen zu kommen, hätte der Herr, der doch Staatsrechtslehrer ist, dafür sorgen sollen, daß der auf seinen Antrag eingefügte Passus so klar formuliert worden wäre, daß man wenigstens erkannt hätte, was damit bezweckt werden sollte.

Die Wirkung des Pluralwahlrechts.

Im 15. städtischen Wahlkreise, der unter anderem die Städte Glauchau, Lichtenstein und Callnberg umfaßt, sind 7253 Wähler ermittelt worden und zwar 3315 mit einer Stimme, 1467 Wähler mit zwei Stimmen, 587 Wähler mit drei Stimmen und 945 Wähler mit vier Stimmen. Diese Zusammensetzung der Wählermassen scheint aber den Stadtrat von Glauchau noch nicht ganz zu befriedigen. Die Entrechtung der Arbeiter geht ihm scheinbar noch nicht weit genug, sonst hätte er nicht zu dem Mittel greifen dürfen, einer sehr großen Anzahl von Arbeiterwählern das large Recht zu nehmen und sie wegen Steuerresten aus der Liste zu streichen. Man schätzt die Zahl auf 400. Es handelt sich dabei um Leute, die vor 20, ja sogar vor 32 Jahren einmal mit Steuern im Rückstand blieben. Bisher ist diesen Personen bei jeder Wahl ihr Recht belassen worden. Dieses Verfahren ist um so auffälliger, weil der Glauchauer Bürgermeister Brink selbst nationalliberaler Kandidat in diesem Wahlkreise ist.

Dienstbotenkrankenkassenelend.

In Hohenstein-Ernstthal haben sich sowohl der Stadtrat wie die Dienstherrschaften noch immer gesträubt, die Dienstboten in der Ortskrankenkasse zu versichern, sie haben vielmehr noch immer eine besondere Dienstbotenkrankenkasse aufrechterhalten. Das hat vor allem für die Dienstherrschaft den Vorteil, daß die Dienstboten alle Beiträge selbst bezahlen müssen. Kürzlich wurde nun ein Dienstmädchen, das Mitglied der Kasse war, krank; es machte sich eine Operation am Ohre nötig, sollte das Leben des Mädchens erhalten bleiben. Als die Mutter des Mädchens dies der Kasse meldete, schloß man mit ihr ein Uebereinkommen, nach dem die Kasse nur einen Teil der Kosten tragen wollte. Das andere sollten die Eltern oder das Mädchen selbst bezahlen. Das Mädchen wurde dann operiert. Und was geschieht nun, nachdem das Mädchen 92,65 M. aus seiner Tasche bezahlt hat, ungerechnet dessen, was es den armen Eltern sonst durch Besuche usw. gekostet hat, und die Kasse zahlen soll? Man sendet folgendes Schreiben:

Hohenstein-Ernstthal, am 12. Juli 1909.

Stadtrat Hohenstein-Ernstthal, Reg.-Nr. 95 I.

Herrn Dr. med. Wilhelm Fimmen in Chemnitz.

Die Honorierung der uns übersandten Rechnung über 208,50 M. für Behandlung des Dienstmädchens Selma Kleeberg müssen wir ablehnen, da unserer kleinen Kasse derartige Beträge für auswärtige ärztliche Behandlung überhaupt nicht zur Verfügung stehen und wir nach dem Regulativ zur Bezahlung nicht verpflichtet sind. Wohl ist Ihnen Anfang Februar dieses Jahres auf eine Anfrage telephonisch mitgeteilt worden, daß die hiesige Dienstbotenkrankenkasse eventuell geneigt sei, einen Teil der Kosten der sich notwendig machenden klinischen Behandlung für die Kleeberg zu übernehmen. Ueber die Höhe dieses Betrags konnte Ihnen aber damals keine Zusage gemacht werden, weil hierüber unser Krankenhaus-Ausschuß zu entscheiden hat. Wir stellen es der Kleeberg anheim, ein Gesuch um Bewilligung eines Teils ihrer Kurkosten aus Kassenmitteln bei uns einzureichen.

Der Stadtrat. Dr. Patz, Bürgermeister.

Ein wahres Elend der Dienstbotenkrankenkassen spricht aus diesem Schreiben. Und das wird mit allen Mitteln künstlich aufrechterhalten, um die Dienstherrschaften von Beiträgen zu verschonen und, wie man in Hohenstein-Ernstthal erklärt hat, das „traute Familienleben" aufrechtzuerhalten. Dabei hat man natürlich nur das Familienleben der Dienstherrschaft im Auge. Wie aber der obige Fall lehrt, ist dieses Kassenelend geeignet, das Familienleben in den Kreisen der Dienstboten arg zu schädigen.

Reform des Veranlagungsverfahrens bei der Einkommensteuer.

Mit dieser Angelegenheit hat sich, wie die bürgerliche Presse mitteilt, vor kurzem eine Konferenz im Finanzministerium beschäftigt, an der Vertreter der Regierung und Vorstandsmitglieder des Verbandes sächsischer Gewerbe- und Handwerkervereine teilnahmen. „Den Anlaß hierzu hatte eine Petition dieses Verbandes gegeben, in der erstens um Leitung aller Einschätzungen zur Staatseinkommensteuer nur durch Staatsbeamte gebeten wurde und zweitens um Zuziehung von Mitgliedern des Gewerbestandes zu den alljährlich stattfindenden Vorkonferenzen für diese Einschätzungen. Zum ersten Teile der Petition erklärte Geh. Finanzrat Just in jener Konferenz, daß die Praxis sich mit den Anschauungen der Petenten deckt. Von 300 Vorsitzenden der Einschätzungskommission zur Einkommensteuer sind 70 Nichtstaatsbeamte. Unter diesen 70 ist eine große Anzahl Kommunalbeamte und zirka 20 Landwirte. Während also nach dieser Richtung die Regierung mit den Petenten konform geht und diese Zurückdrängung des landwirtschaftlichen Einflusses nicht aufhalten will, steht sie der Einführung von Vorkonferenzen zur Einschätzung zur Einkommensteuer, wie sie für die Landwirtschaft bestehen, auch für Handel, Industrie und Gewerbe ablehnend gegenüber, und zwar, weil zwischen dem Wesen der Landwirtschaft und dem jener Wirtschaftsgruppen große Unterschiede bestehen. Bei der Landwirtschaft handelt es sich nach Ansicht der Regierung um beinahe gleiche Betriebe, bei dem Handel, der Industrie und dem Gewerbe aber um eine große Vielgestaltigkeit in dieser Richtung. Die Vorkonferenzen können, so meint die Regierung, unmöglich Vertreter aller Berufe umfassen. In der Landwirtschaft führe die Mehrzahl der Betriebsunternehmer keine Bücher; die Gewerbetreibenden dagegen richteten immer mehr die Buchführung ein. Dieser Meinung gegenüber betonten auf jener Konferenz die Vertreter des Gewerbes, daß die Zahl der nicht Buchführung besitzenden Gewerbetreibenden wohl ebenso groß ist, wie der in Betracht kommenden Landwirte, daß ferner eine Durchsprechung der Lage des einzuschätzenden Gewerbes vor Aufnahme der Tätigkeit der Einschätzungskommissionen und die Aufstellung gewisser Grundsätze durchaus wünschenswert sei. Stadtrat Luckweil aus Waldheim stellte eine Mischung der verschiedenen Wirtschaftsgruppen in jenen Vorkonferenzen als einen großen Vorzug hin. Hauptsache bei der ganzen Angelegenheit sei das Gefühl, als ob die Landwirtschaft bevorzugt würde, indem sie in den Konferenzen einen Schutz gegen eine falsche Beurteilung bei der Einschätzung zur Einkommensteuer besitzt, dessen Handel, Industrie und Gewerbe entbehren müssen. Dieses Gefühl müsse beseitigt werden; ein System hierfür werde sich trotz aller Schwierigkeiten schon finden lassen. Zum Schluß der Konferenz erklärte Geh. Finanzrat Just, daß die Regierung der Einreichung einer durchgearbeiteten Vorlage für die Reform durch den Verband sächsischer Gewerbe- und Handwerkervereine entgegensehe und diese dann mit allem Wohlwollen prüfen werde. Gegenwärtig ist nun eine Kommission damit beschäftigt, entsprechende Vorschläge auszuarbeiten, die hoffentlich zur Beseitigung eines allgemein als Unrecht empfundenen Zustandes führen werden."

Soweit der Bericht in der bürgerlichen Presse, der deutlich offenbart, daß man die Landwirtschaft auch bei der Steuerabschätzung einseitig begünstigt hat und auch weiter begünstigen will.

Das Recht der Kritik.

Im Dorfe Hilmersdorf bei Wolkenstein in der Chemnitzer Umgebung herrscht seit geraumer Zeit Mißstimmung gegen die Bullenhaltungsgenossenschaft. Trotz einer Beschwerde an die Amtshauptmannschaft war keine Klarheit über den Mitgliederbestand zu erhalten, und da die Gemeinde die einzelnen Mitglieder kennen mußte, hatte sie schon verschiedene Male energisch aber erfolglos ein Mitgliederverzeichnis verlangt. In einer Gemeinderatssitzung kam es in Sachen der Genossenschaft zu einer erregten Debatte, und das Gemeinderatsmitglied Gasthofsbesitzer Schmieder ließ sich zu der ländlich-kräftigen Aeußerung hinreißen: „Wenn das in einer anderen Gemeinde vorkomme, so würden die paar Großköpfe (er meinte den Genossenschaftsvorstand) mit Dreck aus dem Dorfe hinausgetrieben werden." Auf Betreiben der Genossenschaft wurde gegen Schmieder das Offizialverfahren wegen Beleidigung eröffnet, und das Schöffengericht verurteilte ihn zu 30 M. Geldstrafe. Nachdem sich eine Berufung vor dem Landgericht in Chemnitz als erfolglos erwiesen hatte, wendete sich der Angeklagte mit einer Revision an das Oberlandesgericht. Als Gemeinderatsmitglied verlangte er für sich das Recht der Kritik. Die Revision wurde verworfen. Der Strafsenat stellte sich auf den Boden der Vorinstanz; der Angeklagte habe zweifellos das Recht, in der Gemeinderatssitzung in maßvoller Art und Weise Kritik zu üben. Im konkreten Falle sei er aber weit über das zulässige Maß hinausgegangen, und die Absicht der Beleidigung trete klar zutage.

Riesa. Zur Behebung der Wohnungsnot hat der Bauausschuß des Gemeinderats in Gröba auf Anraten der Königl. Amtshauptmannschaft mildere Baubedingungen aufgestellt, um den Unternehmern das Bauen zu erleichtern. Die Baukautionen sollen herabgesetzt, die Anlegung der Fußwege mit hartem Belag gestundet und nur solche mit Kiesbelag gefordert werden. Wegen Hinterlegung der Schleusenbaukosten werden die Bauenden an die Sächsische Landeskulturrentenbank in Dresden verwiesen, welche zu derartigen Zwecken Gelder gegen 3½ Prozent Verzinsung ausleiht. Anstatt solche bedenkliche Konzessionen zu machen, hätte die Gemeinde den Bau von Wohnungen selbst in die Hand nehmen sollen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Die Ehefrau des Fleischermeisters Bauer in Stollberg lag am Kindbettfieber danieder. In einem unbewachten Augenblick stürzte sie sich auf den Hof hinab und zog sich schwere innere Verletzungen zu. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt. — Bei den Manöverübungen zwischen Crossen und Erlau verunglückte am Sonnabend der Kanonier Germer vom 68. Feld-Art.-Reg. dadurch schwer, daß ein Geschütz abgeschossen wurde, als er vor der Mündung des Rohres stand. Die erlittenen Brandwunden sind aber glücklicherweise nicht allzu schwer. — Das etwa 2 Jahre alte Söhnchen des Waschanstaltsbesitzers Held in Glauchau wurde von einem Mühlengeschirr auf der unteren Leipziger Straße so unglücklich überfahren, daß alsbald der Tod eintrat. Dem Kleinen war eine Birne aus der Hand gefallen, die auf den Fahrdamm kollerte. Beim Bemühen, sie zu erhaschen, geriet er unter den Wagen, dessen Räder ihm über den Kopf gingen. — Anläßlich einer Hochzeitsfeier in Taubenheim gaben Freunde des Brautpaares ihre Freude durch Böllerschüsse kund. Als ein Schuß versagte, wollte der 36 Jahre alte Steinmetz Ernst Weiß die Ursache des Versagens feststellen. Plötzlich ging der Schuß los, riß dem Manne die linke Hand fast vollständig ab und brachte demselben auch noch schwere Verletzungen im Gesicht bei. Der Verstümmelte ist verheiratet und Vater von fünf Kindern. — Schwer verunglückt ist in Jahnsbach der Sohn des Stellmachers Müller. Er spielte mit der Sense, zog sich aber dabei an den beiden Waden solche schwere Verletzungen zu, daß er sich fast verblutete. Glücklicherweise war ein Arzt noch rechtzeitig zur Stelle, der die gefährlichen Wunden verband. — In der Reichenbacher Gegend herrschte ein Unwetter. Im benachbarten Brunn schlug der Blitz in das Demmlersche Gut und äscherte Scheune, Schuppen und Stallung ein. Das Wohnhaus konnte gerettet werden. — Weil sich ihr Geliebter heimlich mit einem anderen Mädchen verlobt hatte, schwor die Kellnerin des Restaurants Kaisergarten in Großenhain dem Ungetreuen Rache. Entweder für ihn oder für sie sollte „eine blaue Bohne" bestimmt sein. Sie führte auch ihre Absicht aus und wurde in ihrem Zimmer erschossen und gräßlich verstümmelt aufgefunden. — Dienstag mittag gegen ½12 Uhr hat sich im Männer-Abort des Bahnhofs Treuen ein junger Mann erschossen. Name und Herkunft des Toten konnten bis jetzt nicht festgestellt werden. — Von einer hereinstürzenden Lehmwand wurde in der zu der Richterschen Ziegelei in Löbau an der Friedhofstraße gehörigen Lehmgrube der Schulknabe Probst so unglücklich getroffen, daß er einen Schenkelbruch davontrug. Mit ihm spielte noch eine Anzahl anderer Kinder in der Lehmgrube, die aber verschont blieben. — Durch betrügerische Manipulationen hat der Kontorist E. Schaffhirt in Kirschau in seiner bis vor kurzem bei der Firma Gebrüder Friese innegehabten Stellung innerhalb der letzten zwei Jahre etwa 11 000 M. unterschlagen. Am Montag vormittag hat sich Schaffhirt der Staatsanwaltschaft in Bautzen selbst gestellt. — Erhängt aufgefunden wurde im Walde bei Sohland a. d. Sp. der Inwohner und Weber Karl August Neumann.

Stadt-Chronik.

Die geschlagenen Jünger Schacks.

Gestern fand im Tivoli eine von deutschnationaler Seite einberufene öffentliche Handlungsgehilfenversammlung statt, die den üblichen antisemitisch-stürmischen Verlauf nahm. Wenn sie trotzdem schließlich doch zu Ende geführt werden konnte, so trägt hieran Herr Thomas aus Berlin, den man sich als Referenten verschrieben hatte und der in Verunglimpfungen der gegnerischen Verbände, besonders des „sozialdemokratischen" Zentralverbandes, das menschenmöglichste leistete, wirklich keine Schuld. Die Gegner der Nationalen bewahrten aber in der großen Mehrzahl eine maßvolle und besonnene Ruhe, um nicht den Deutschnationalen durch eine Sprengung der Versammlung das gewünschte Agitationsmaterial für die bevorstehenden Kaufmannsgerichtswahlen zu liefern. Nach Herrn Thomas' Ansicht sind nur die Mitglieder des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbands als Beisitzer am Kaufmannsgericht geeignet, da nur sie eine gesunde Auffassung von den Aufgaben der Sozialpolitik hätten, alle anderen Handlungsgehilfen verstehen davon nichts. Sondergerichte für die Handlungsgehilfen seien nötig gewesen, da deren Stand ganz anders geartet sei wie der der Arbeiter, wenn sie auch oft nur denselben Lohn wie diese hätten oder mitunter noch weniger. Alle Fortschritte auf diesem Gebiete sind natürlich nur dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbande zu danken, der, nachdem er die antisemitischen Eierschalen abgelegt hätte (?), sich mächtig entwickelt habe. Dann goß Herr Thomas die Schale seines Zornes über den Zentralverband aus, weil dieser in diesen Tagen Flugblätter verteilt hat, die „so verlogen sind, daß er sich schämen würde, sie herauszugeben". Natürlich verteidigte er die Haltung des nunmehr erledigten Schack; bei der Reichsfinanzreform fand er es ganz in der Ordnung, daß der Führer der Deutschnationalen gegen die Nachlaßsteuer, aber für alle indirekten Steuern gestimmt hat. Am Schlusse seiner von rüden Anrempelungen des Gegners reichlich gespickten 1½stündigen Ausführungen kam Herr Thomas dann noch auf die bekannte unsaubere Schack-Affäre zu sprechen. Schack habe Briefe geschrieben, die insonderheit von der Sozialdemokratie eine „eigene Deutung" erfahren hätten. Die bürgerliche Presse habe ja nur aus dem Zentralverbandsorgan geschöpft, und so sei es gekommen, daß die Deutschnationalen die ganze Geschichte zuerst für einen plumpen Schwindel gehalten hätten. (Heiterkeit und Zurufe.) Schacks Erklärung und die aufgefundenen Briefe ließen allerdings keinen Zweifel aufkommen, daß sich Schack seit drei Jahren auf Abwegen befand. Der Mann gehöre dem Arzt, nicht dem Richter! Schack habe keine Schuld, er sei auch nicht verhaftet worden, sondern habe nur ein Rencontre mit der Polizei gehabt. Und nun komme das Gesindel (!), das sich weide am Unglück eines Menschen. (Großer Tumult!) Schack sei zwar beseitigt, aber die Schackianer seien geblieben! Die Behauptung, daß nach dem Skandal die Komödie komme, daß der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband moralisch zusammengebrochen sei, wäre nichts weiter als eine elende Mache der Gegner, dieser Schacherseelen und Knechtsnaturen!! (Erneuter großer Lärm. Zuruf: Frechdachs!)

In streng sachlichen Ausführungen, die sogar ein Thomas anerkennen mußte, trat dem Referenten als erster Debatteredner Genosse Buck entgegen. Er betonte, daß er auf den letzten Teil der Ausführungen des Referenten nicht eingehen werde, da ihn die Person gar nicht interessiere. Was die Stellungnahme zur sozialpolitischen Gesetzgebung anbelange, so verweise er nur darauf, daß die Vertreter der Arbeiterschaft schon im Norddeutschen Bunde, später im Reichstage bei jeder passenden Gelegenheit für eine durchgreifende Sozialreform eingetreten seien. Allerdings hätten die Sozialdemokraten gegen die Errichtung der Kaufmannsgerichte gestimmt, weil sie eben der Meinung sind, daß Sondergerichte nicht nötig seien, denn den vom Referenten behaupteten großen Unterschied zwischen Arbeitern und Handlungsgehilfen gibt es nicht. Dann sagte unser Genosse in kurzen Worten das, was über die Reichsfinanzreform zu sagen nötig war. Es gebe für diejenigen keine Verteidigung,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090916/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

die für eine weitere Belastung des Konsums eingetreten seien und damit zugleich auch die wirtschaftliche Lage der Handlungsgehilfen erschwert hätte. Letztere könnten deshalb nur denjenigen Parteien ihre Stimme geben, die für eine wirklich gesunde Reichsfinanzreform und damit zugleich für eine Beruhigung in der Geschäfts- und Handelswelt eintreten. Hinsichtlich der Wahlen zum Kaufmannsgericht wolle er nur bemerken, daß man nur solche Personen als Beisitzer wählen sollte, die die beste Schule, die Hochschule des Lebens besuchte haben, die es verstehen, den Begriff des gleichen Rechts auch praktisch in die Tat umzusetzen, und in dieser Beziehung bieten die Kandidaten des Zentralverbands die beste Gewähr. (Beifall.: — In seiner Erwiderung behauptete Herr Thomas u. a., Buck habe keine Ahnung von den geänderten Verhältnissen der Handlungsgehilfen, das Emporschrauben der Lebensmittelpreise durch die Reichsfinanzreform sei gar nicht so schlimm; wenn jeder ein paar Glas Bier die Woche weniger trinke, komme es wieder heraus. Dann beschäftigte er sich noch des langen und breiten in tattam bekannter Manier mit der angeblich langen Arbeitszeit und schlechten Bezahlung der Konsumvereinsangestellten. — Genosse Lähner vom Zentralverband geißelte besonders die vom Referenten beliebte Ueberhebung der Deutschnationalen, indem er deren Tätigkeit am Dresdner Kaufmannsgericht einer kritischen Würdigung unterzog. In den letzten drei Jahren haben die Deutschnationalen dem Ausschuß einen einzigen Antrag unterbreitet, der Zentralverband aber deren sechs. Der letztere habe dafür gesorgt, daß der Ausschuß nicht bloß auf dem Papier stehe, sondern auch wirklich die Lage der Handlungsgehilfen prüfe. Lähner wies an der Hand des Verbandsprogramms nach, daß der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband seinen sozialen Standpunkt immer mehr nach rechts verschoben habe und wandte sich dann gegen die auch von bürgerlicher Seite gekennzeichnete zweideutige Vertretung der Interessen der Handlungsgehilfen im Reichstage durch den Abg. Schack. In treffender Weise kritisierte Redner das unkollegialische und unsolidarische Verhalten der Deutschnationalen im Kampfe der technischen Angestellten gegen die bayrischen Metallindustriellen, um dann noch einige vernichtende Urteile unparteiischer Sachverständiger, u. a. des Beirats für Arbeiterstatistik, des sächsischen Geheimrats Fischer, über die Tonart der Führer der Deutschnationalen in der Polemik mit dem Gegner zum besten zu geben. Nach den letzten Vorgängen gehöre allerdings viel Mut dazu, den so unrühmlich gestrauchelten Führer zu verteidigen, nachdem alles klargestellt sei. Wenn er jetzt noch vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbande verteidigt wird, dann müsse man sagen, daß er moralisch zusammengebrochen ist. (Lebhafter Beifall und lärmender Widerspruch.) — In seinem Schlußwort zog dann Herr Thomas noch einmal alle Schimpfregister und drückte sich auf diese Weise um das Sachliche herum. Er hatte dies um so leichter, als die Gegner der Deutschnationalen schon vorher meist den Saal verlassen hatten.

Statistenfreuden.

Uns wird geschrieben: Das Königliche Schauspielhaus sucht in hiesigen Tageszeitungen Statisten zur Mitwirkung an Proben vormittags und zu den Vorstellungen. Leider wird in den Gesuchen über Bezahlung oder Entschädigung nichts erwähnt. Dies soll hiermit geschehen. Bei Proben vormittags gibt es die Stunde 25 Pf. Diese Proben dauern gewöhnlich von vormittags 9½ Uhr bis nachmittags 2 bis 3 Uhr, auch häufig darüber hinaus. Bei den Vorstellungen gibt es pro Abend 75 Pf. — sage und schreibe: fünfundsiebzig Pfennig! Bei großen Stücken oder Schinken, wie es hinter den Kulissen heißt, kommen da auf die Stunde 12 bis 15 Pf. Nun soll aber ja niemand glauben, daß er die paar Nickel so leicht verdient. In großen Stücken kommt ein drei- bis viermaliges Umziehen vor. Wer nun noch das Glück hat, einen Ritter vorzustellen, und so vier bis fünf Stunden in dem engen schweren Rüstzeug stecken muß, der ist für die 75 Pf. wirklich nicht zu beneiden. Herr Oberregisseur Lewinger hält außerdem noch strenge Musterung unter den alten Leuten, da alle bartlos und rasiert sein möchten. Herr Komparserieinspektor Bühler muß nun von 9½ bis 10 Uhr, eine halbe Stunde vor Anfang der Probe, die Statisten einexerzieren. Wenn es jedoch auf die Bühne geht, da klappt es sehr selten, und so entsteht das reine Theater im Theater. Vor Jahren ist schon einmal ein Gesuch um bessere Bezahlung an die Generaldirektion eingereicht worden — leider ohne Erfolg. Den Lohndrücker spielt hier das Militär. Wer bis heute noch nicht gewußt hat, wozu wir soviel Feldwebel, Sergeanten und Unteroffiziere haben, dem wird jetzt ein Licht aufgehen. Nicht nur als Statisten sind sie tätig, sondern fast jede Aushilfe wird von ihnen verrichtet, sogar bei der Maschinerie und der Beleuchtung. Die Generaldirektion scheint nicht zu wissen, daß es Hunderte von Arbeitslosen gibt, die gern die Arbeit machen würden, wenn sie nur halbwegs besser bezahlt würde. Die Extra-Entschädigung für das Statistenstehen der im Theater Angestellten soll auch in Wegfall kommen. So verschwindet auch die kleinste Vergünstigung und so sieht das Los der Statisten aus.

Ein Kulturbild!

Ein wahrhaft erschütterndes Elendsbild aus dem Gegenwartsstaate entrollte eine Verhandlung vor der Kreishauptmannschaft Dresden. Am 22. September 1908 wurde der Steinbrecher L. in Mügeln wegen Diebstahlsverdachts in Untersuchungshaft genommen. Seine Familie, die aus Frau und fünf Kindern besteht, fiel darauf der Armenbehörde zur Last. Die Kinder sind sämtlich lungenkrank, zwei davon sogar hochgradig. Schnelle Hilfe tat not, da der Quartalstermin vor der Türe stand und die Familie vom Hauswirt rücksichtslos auf die Straße gesetzt worden wäre, wenn nicht pünktlich die Miete bezahlt worden wäre. Der Ortsarmenverband Mügeln griff denn auch sofort ein und gewährte drei Wochen lang eine wöchentliche Unterstützung von 15 M., von da ab eine solche von 10 M. Da Großcotta als Unterstützungswohnsitz in Frage kam, verlangte Mügeln vom dortigen Ortsarmenverbande Ersatz, bekam aber zur Antwort, die gewährte Unterstützung sei viel zu hoch, es würden dadurch nur Faulenzer und Schlemmer großgezogen. Man wolle 6 M. pro Woche zahlen, sonst aber, wenn Mügeln nicht damit zufrieden sei, die Familie „in eigene Fürsorge übernehmen". Die eigene Fürsorge bestand darin, daß man die Frau mit den schwerkranken Kindern ins Armenhaus stecken wollte. Frau L. weigerte sich mit Rücksicht auf den Zustand ihrer Kinder, dieser Aufforderung Folge zu leisten, weil die Wohnungen im Großcotta'er Armenhause feucht und kalt seien, sie aber eine trockene und gesunde Wohnung brauche. Die Gemeinde Mügeln lehnte eine zwangsweise Ueberführung der Familie nach Großcotta ab, weil sie darin eine unbillige Härte erblickte. Der Ortsarmenverband Großcotta wurde beschuldigt, mit der Almosengewährung ein Schachergeschäft zu verbinden. Da Großcotta auf seinem Standpunkte beharrte, kam es zur Klage. Die Kreishauptmannschaft erkannte auf Belassung der Familie in Mügeln, doch wurde dieses Urteil vom Oberverwaltungsgericht wieder aufgehoben, weil sich inzwischen die Rechtslage (L. war zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden) verändert hatte. Der Sache kam nun erst vor die Kreishauptmannschaft, die den Bezirksarzt in Pirna mit einer Besichtigung des Armenhauses in Großcotta und speziell der für die L'sche Familie in Aussicht genommenen Wohnung beauftragte. Nach Feststellen Gutachten befindet der betreffende Wohnraum aus einer im Erdgeschoß gelegenen Stube, die zur reichlichen Hälfte mit Steinfliesen belegt ist. Das Haus ist nicht unterkellert und der Fußboden deshalb feucht und kalt. Die Wände sind zum großen Teil mit Schimmelpilzen dicht besetzt, trotzdem man trockenes Holz und Kohle geheizt hatte. Der Raum ist nur 1,95 Meter hoch, entspricht also selbst nach den bescheidensten Verhältnissen, die man auf dem Lande nach dieser Richtung stellt. Eine Deckenverschalung gibt es überhaupt nicht. Im ganzen Armenhause befindet sich ein einziger und dazu höchst primitiver Abort. Der im Obergeschoß gelegene Schlafraum ist nicht heizbar, hier fehlt auch die Deckenverschalung. Vom ärztlichen Standpunkte sind diese Räume zum Bewohnen gänzlich ungeeignet, in beiden Räumen herrsche eine kalte, feuchte und dumpfige Luft. In eine solche „Wohnung" lungenkranke Kinder unterzubringen, wäre unverantwortlich. Die Kreishauptmannschaft hat in Erwägung gezogen, ob sie nicht auf Grund dieses geradezu vernichtenden Gutachtens gegen die Gemeinde Großcotta einschreiten solle, schließlich aber doch davon abgesehen. (!!) Wie notwendig ein behördliches Einschreiten gewesen wäre, um diesen Schweinestall von Armenhaus zu beseitigen, zeigt, daß erst vor kurzem eine Familie mit sechs Kindern darin untergebracht worden ist. Der Ortsarmenverband Großcotta gab nun selbst zu, daß die Unterbringung in das Armenhaus eine Härte für die Familie bedeutet hätte und willigte deshalb jetzt in deren weitere Belassung in Mügeln ein. Die anfänglich gewährte Unterstützung von 15 M. will er aber nicht zahlen, so daß es deswegen noch zu einer neuen Klage kommen wird. Wie noch erwähnt sei, führt die Familie auch in Mügeln ein trauriges Dasein. Obwohl der Frau die Erziehung ihrer fünf Kinder obliegt, beschäftigt sie sich noch mit Blumenarbeiten, womit sie wöchentlich 4 M. verdient. Die kranken Kinder müssen mit verdienen helfen; zwar hat die Gemeinde untersagt, daß die Kinder zur Arbeit herangezogen werden, es geschieht aber doch, weil es eben am notwendigsten fehlt. Die Wohnung muß die ohnehin zahlreiche Familie mit Aftermietern teilen, weil die Frau den Mietzins nicht erschwingen kann. Und dabei will man in Kürze die Unterstützung herabsetzen!

Schwurgericht.

Die unter Vorsitz des Herrn Landgerichtsdirektor Dr. Naumann stattfindende fünfte diesjährige Sitzungsperiode umfaßt folgende Verhandlungen: Dienstag den 21. September, vorm. 9 Uhr, gegen die Arbeiterin Martha Jeschke aus Seidau wegen Kindestötung; vorm. ½11 Uhr gegen die Dienstmagd Auguste Anna Günther aus Gohlis wegen Kindestötung. Mittwoch den 22. September, vorm. 9 Uhr, gegen den Arbeiter Friedrich Oswald Mager aus Altfranken wegen Notzucht. Donnerstag den 23. September, vorm. 9 Uhr, gegen den Arbeiter André Rudnik aus Gozek wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang. Vorm. 11 Uhr gegen den Bauarbeiter Franz Robert Schreiber aus Gruben wegen Raubes. Freitag den 24. September, vorm. 9 Uhr, gegen den Werkmeister Wilhelm Ernst Walter Wienert aus Magdeburg wegen Meineids. Sonnabend den 25. September 1909, vorm. 9 Uhr, gegen den Kaufmann Hans Bernhard Mühlbach aus Dresden wegen betrügerischen Bankrotts und Urkundenfälschung.

Der Rollschuhsport

hat sich auch bei uns rasch eingeführt, und besonders machen sich Kinder aus dem Rollschuhlaufen in den Straßen ein Vergnügen. Beachtenswert ist daher eine eben erlassene Ermahnung an die Rollschuhläufer in den Straßen Berlins. Die Rollschuhläufer werden ersucht, sich den Bestimmungen der Straßenordnung über die Benutzung des Straßendamms durch Fuhrwerke anzupassen, namentlich stets die rechte Seite des Straßendamms innezuhalten. Das Befahren der Bürgersteige ist zu unterlassen und verkehrsreiche Straßen und Plätze sind zu meiden. Als unzulässig wird die Straße zur Erlernung des Rollschuhlaufens und zum Kunstlaufen bezeichnet. Die Bekanntmachung schließt: Sollten sich weiterhin aus dem Verkehr von Rollschuhläufern Unzuträglichkeiten ergeben, so würde das Rollschuhlaufen auf den öffentlichen Straßen durch polizeiliche Vorschriften einzuschränken, wenn nicht ganz zu verbieten sein.

Der schwedische Generalstreik. Die Versammlung, die mit dieser Tagesordnung und dem schwedischen Reichstagsabgeordneten Lindblad als Referenten morgen abend in der Zentralhalle stattfindet, sei auch an dieser Stelle nochmals in Erinnerung gebracht.

Gewerbegericht.

Einen empfindlichen Verlust erlitt der Klempnergehilfe Hornisch. Als er eines Tages zu Hause seinen Lohnbeutel öffnete, fehlten an dem Inhalte 20,10 M. Der Beutel war unten offen, es ist also gar nicht festzustellen, wie das Geld herausgekommen ist. Hornisch forderte den Fehlbetrag vom Klempnermeister Plaschil. Dieser will bezeiden, daß er das Geld richtig in den Beutel gesteckt hat. Es bleibt nur die Möglichkeit, daß der Kläger mit dem Beutel hängen blieb und den Fehlbetrag verlor. Im Falle eines Urteils wäre er mit seiner Klage abgewiesen worden; vergleichsweise erhält er aber 3 M. Man muß sofort bei Empfang die Lohnbeutel öffnen und etwaige Fehlbeträge ungesäumt melden.

Der Schneidergehilfe Weinert übernahm vom Schneidermeister Maleika die Anfertigung von zwei Sakkos. Nachdem er aber die zweite Probe gemacht hatte, ließ er die Arbeit unvollendet liegen. Er verlangte die beiden Proben tarifmäßig bezahlt mit 5,60 M. Der Beklagte hat die Arbeit von einem andern Gehilfen fertigstellen lassen. Dieser erhielt den vollen Stücklohn und bewilligte dann dem Kläger für die geleistete Arbeit 3,50 M., weil seiner Ansicht nach die Arbeit keinen höheren Wert besitze. Nach dem Tarif der Schneider ist die Berechnung des Klägers richtig, der Beklagte behauptet aber, er hätte keinen vollständigen Tarif, sondern nur einen Zettel, auf dem die Bestimmungen über den Wert der Proben nicht enthalten sind. Infolgedessen habe der Tarif der Schneider für ihn keine Gültigkeit. Das Gericht entscheidet dahin, daß die Arbeit tarifmäßig zu bezahlen wäre, wenn der Beklagte den richtigen Tarif hätte. Da dies nicht der Fall sei, müsse das Gericht den Wert der Arbeit abschätzen. Nach dieser Abschätzung habe der Kläger außer den erhaltenen 3,50 M. noch 70 Pf. zu beanspruchen. Der Beklagte zahlt die 70 Pf.

Gegen den Verwalter des Volksheims auf der Annenstraße, Weise, klagt der Hausdiener Ebersbach wegen Lohnentschädigung. Der Kläger wurde bereits am zweiten Tage wieder entlassen, weil er kurz hintereinander zwei Messerputzmaschinen ruinierte und sich auch sonst nicht für den Posten eignete. (Er sieht und hört schlecht.) Bei seiner Entlassung nahm er 3 M. an und erhob auch keinen Widerspruch dagegen, sagte vielmehr: „Nun, da muß ich wieder gehen." Außerdem war er nur unter dem Vorbehalt engagiert worden, daß er sich für die Tätigkeit eigne. Die Entlassung war begründet und der Kläger muß deshalb seine Klage zurückziehen. (Vorsitzender: Gewerberichter Meding. Unternehmer-Beisitzer: Hofschneidermeister Miltenberger und Schenkwirt Radisch. Arbeiter-Beisitzer: Schneider Bellmann und Zimmerer Dose.)

Aus der Umgebung.

Potschappel. Dieser Tage geriet gegen Abend ein hiesiger Radfahrer in der Nähe der Felsenkellerbrauerei in große Gefahr. Er war, wie es oft geschieht, direkt hinter einem Straßenbahnwagen hergefahren und geriet bei dem Versuch, diesen auszustechen, da gerade ein stadtwärts fahrender Wagen nahte, zwischen beide Wagen. Der Radfahrer ward von dem einen Wagen erfaßt und zu Boden geschleudert. Glücklicherweise kam dabei nur das Rad zu Schaden.

Deuben. Der Mühlenarbeiter H. Helbig, der sich, wie wir bereits meldeten, vor einigen Tagen in Deuben erhängte, hat diese traurige Tat ausgeführt, weil ihm seine Stellung, in der er sich 17 Jahre befand, gekündigt wurde. H. war krank und sollte morgens gar nicht zur Arbeit gehen. Er ging aber trotzdem. Mittags wiederholte sich derselbe Vorgang. Am Nachmittag war er mit Aufladen von Grummet beschäftigt. Als er auf dem Wagen stand, zogen die Pferde unvermutet an, H. stürzte vom Wagen und verletzte sich am Kopfe. Durch den Sturz bekam er einen Schwindelanfall. Um sich zu erholen, legte er sich im Pferdestall nieder. Dort wurde ihm von Egers Sohn gekündigt, weil er angeblich betrunken sei. Das nahm sich der 61 Jahre alte Mann so zu Herzen, daß er sich im nahen Gehölz erhängte. Einigen Leuten, denen er diese Absicht kundgab, glaubten den Worten nicht, mußten später aber doch sehen, daß H. seine Absicht ausgeführt hatte. — Das wird uns von einem Sohn H.s geschildert.

Auch zu dieser durchaus glaubwürdig erscheinenden Darstellung müssen wir betonen, daß uns das Verhalten der Zuschneider unverständlich bleibt.

Tolkewitz. Heute abend 8 Uhr findet öffentliche Gemeinderatssitzung statt.

Ottendorf-Moritzdorf. Heute abend ½9 Uhr findet öffentliche Gemeinderatssitzung statt.

Vereinskalender für Freitag.

Oeffentliche Versammlung abends 8½ Uhr in der Zentralhalle, Hilchenplatz: Der Generalstreik in Schweden.
Loschwitz. Abends 9 Uhr Gruppensitzung.
Glasarbeiter von Deuben und Döhlen. Abends 7½ Uhr öffentliche Versammlung im Augusta-Bad.
Turnerschaft Pieschen. Abends 8 Uhr Stiftungsfest im Gasthof Pieschen.

Gerichtszeitung.

Oberlandesgericht.

Der beleidigte Leutnant. Ein bayrischer Offizier, der Leutnant Hans Fackelmann in Eichstädt, war mit dem Mündel eines Zwickauer Kaufmanns verlobt, und die Hochzeit sollte am 28. September a. J. stattfinden. Die erst am 15. September volljährig gewordene Braut schrieb aus München an den Kaufmann als ihren Vormund und Vermögens-Verwalter und bat um Aushändigung ihres Vermögens noch vor ihrem Hochzeitstage. Der Vormund erwiderte, daß erst noch verschiedene Rechnungen vom Obervormundschaftsgericht zu prüfen seien und nach Erledigung dieser Formalitäten die Uebergabe vor sich gehen könne. Sie, die Braut, solle nur immer einen Bankprokuristen zur Abnahme des Vermögens beauftragen. Diese Antwort kam dem Offizier „merkwürdig" vor; er reiste selbst nach Zwickau, hatte eine Unterredung mit dem Vormund und erteilte dem Manne eine Generalvollmacht seiner Braut. Er forderte eine möglichste Beeilung der Angelegenheit, mußte aber ohne einen nennenswerten Erfolg wieder abreisen. Nun schrieb der Vormund an sein Mündel folgenden Brief: „Liebe Else! Soeben sagt mir Dein Bräutigam, daß ich das Geld nach München schicken soll. Ich bin blamiert. (Der Vormund hatte einen Teil der Ausstattung in Zwickau bestellt und wollte die Lieferanten an Ort und Stelle bezahlen.) Daß Du Deinen Bräutigam sofort und vor der Verheiratung eine Generalvollmacht erteilt hast, ist auch eine Unbesonnenheit. Dein Bräutigam scheint es mit dem Gelde furchtbar eilig zu haben." Wegen dieses Briefes strengte der Leutnant die Privatbeleidigungsklage gegen den Zwickauer Kaufmann an. Die Klage wurde in sämtlichen Instanzen, zuletzt vom sächsischen Oberlandesgericht, abgewiesen, da das Gericht eine beleidigende Absicht aus dem Briefe herauszulesen nicht vermochte. Der Offizier hatte betreffs seiner Eile geltend gemacht, daß in Bayern die Kaution vor der Verheiratung gelegt werden müsse.

Landgericht.

Ein Fahrradmarder stand in der Person des 1883 in Kattowitz geborenen Handarbeiters Otto Paul Hempel vor der dritten Strafkammer des hiesigen Landgerichts. Ende Juli stahl der Angeklagte in Senftenberg ein Fahrrad im Werte von 50 M. und begab sich damit nach Dresden. In Neustadt, wo er wohnte, entwendete er seinem Mitmieter am 2. August ein Geldtäschchen mit 3,50 M. Inhalt. Auf der Spazierfahrt nach Radeberg wurde er von einem Gendarmen ohne Radfahrkarte betroffen, was ihm eine Strafe einbrachte. Als er von Radeberg heimwärts fuhr, sah er vor dem Gasthof zum Fischhaus ein neues Rad stehen. Flugs faßte er den Entschluß, das alte Rad mit dem neuen zu vertauschen. Als er im Begriff war, die Laterne vom alten an das neue Rad anzuschrauben, wurde er entdeckt und festgenommen. Da H. schon eine Reihe Fahrraddiebstähle auf den Kerbholz hat, wurde er zu 11 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Menschenopfer unerhört!

Ein Bild von den grausamen Wirkungen der industriellen Ausbeutung gibt der Proletarier, das Verbandsorgan des Fabrikarbeiterverbandes, in seiner letzten Nummer aus den Höchster Farbwerken. Dort befindet sich ein besonders lebensmittel- und gesundheitsgefährlicher Raum, der sogenannte Bombenraum, in dem verschiedene Produkte, u. a. Benzidinbase, Tolidinbase, Alpha-Naphthionat usw., hergestellt und weiterverarbeitet werden. Die Arbeitszeit war früher 12 bis 13 Stunden pro Tag. Die dort beschäftigten Arbeiter erkrankten nach längerer Tätigkeit an einer sehr gefährlichen Geschwulst, die sich in der Harnblase festsetzte. Die folgenden trockenen Berichte besagen das Weitere:

Arbeiter Nr. 1 arbeitete 14 Jahre im Betriebe, erkrankte, urinierte viel Blut (Blutuxin trat in fast allen nachstehend angeführten Fällen auf), wurde nicht operiert und starb.

Arbeiter Nr. 2 arbeitete 7 Jahre dort, wurde 1897 operiert, war in Berlin zur Beobachtung und in diesem Jahre wieder eine lange Zeit im Höchster Krankenhause. Er ist jetzt aus dem Krankenhause entlassen, aber noch nicht arbeitsfähig. Es ist ausgeschlossen, daß der Mann wieder arbeiten kann.

Arbeiter Nr. 3 arbeitete 28 Jahre dort, wurde einmal in Berlin, zweimal in Heidelberg an der Blase operiert. Zur Zeit der Aufnahme dieses Falles war die rechte Hüfte wie tot, die linke Hüfte stark geschwollen.

Arbeiter Nr. 4 wurde einmal an der Blase operiert, war zum zweitenmal in Heidelberg und verweigerte die Operation. Einer der Kinder wies bei der Geburt einen Blasenausschlag auf.

Arbeiter Nr. 5 war 23 Jahre dort beschäftigt, bekam Blutharnen, wurde lungenkrank und starb.

Arbeiter Nr. 6 war 15 Jahre dort beschäftigt, wurde operiert an der Blase und starb nach 2 Jahren.

Arbeiter Nr. 7 arbeitete 20 Jahre dort und starb unter Vergiftungserscheinungen.

Arbeiter Nr. 8 arbeitete 18 Jahre dort und starb unter Vergiftungserscheinungen.

Arbeiter Nr. 9 arbeitete 28 Jahre dort, hatte Blutharnen, wurde nicht operiert und starb unter furchtbaren Schmerzen.

Arbeiter Nr. 10 erkrankte nach 8jähriger Beschäftigung an dickem Blutharnen, verbunden mit Blasengeschwulst und Hodenanschwellung. Er wurde an der Blase operiert. Die Krankheit griff die Nieren in Mitleidenschaft. Nach einjährigem schmerzhaften Leiden starb er. Das jüngste Kind bekommt von Zeit zu Zeit einen Blasenausschlag.

Arbeiter Nr. 11 verließ den Betrieb bei den ersten Anzeichen der Vergiftung. Ein Kind, das er in der Zeit gezeugt, da er in dem Bombenraum arbeitete, kam mit einem Blasenausschlag zur Welt und starb daran.

Arbeiter Nr. 12 wurde 1907 operiert und ist jetzt Invalide. War kürzlich wieder im Krankenhause.

Arbeiter Nr. 13 wurde 1907 operiert und kann heute nur noch leichte Arbeiten machen.

Arbeiter Nr. 14 war 8 Jahre im Betrieb beschäftigt und wurde

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090916/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

ie Arbeit wegen der sich häufenden Vergiftungen. 9 Jahre seinem Austritt mußte er an der Blase operiert werden, und rzt schiebt die Erkrankung auf die ehemalige Arbeit im Bombenraum. Er liegt zurzeit wieder im Höchster Krankenhause. Wurde Jahre zweimal operiert.

Die Arbeiter Nr. 15 und 16 wurden 1908 operiert und können nur noch leichte Arbeit machen.

Der Arbeiter Nr. 17 wurde in Heidelberg an der Blase operiert ag später im Höchster Krankenhause. Er hatte an der linken vier Wunden, aus denen Eiter lief; nachdem er bis zum t abgemagert war, starb er.

Arbeiter Nr. 18 war 18 Jahre dort beschäftigt, wurde im n Jahre an der Blase operiert und starb nach einjährigem, rhaftem Leiden.

7 weitere Fälle, von denen 4 mit dem Tode endigten, sind nur Namen nach bekannt, doch konnten wir einzelne Details nicht ren.

Das ist ein Teil der Vergiftungen aus einer Abteilung Höchster Farbwerke, dem Bombenraum; alle Vergiftungen zählen ist unmöglich, da von dort beschäftigten alten Arn schwer etwas zu erfahren ist. Jedenfalls entsprechen angeführten Fälle den Tatsachen, denn auf Veranlassung Gewerbe-Inspektion wurde die Giftbude geschlossen und e umgebaut werden. Außerdem wurde ein zweijähriger iel der Arbeiterschaft angeordnet.

Es bedurfte also erst des Eingreifens der Gewerbeektion. Von selbst denken natürlich die profithungrigen italisten nicht daran, die Gefahren für die Arbeiter wenig- so viel als möglich einzuschränken.

Lokales.

Betriebs-Konzentration in der photographischen Industrie.

Eine Fusion beabsichtigen die Dresdner Kamerafabriken Heinrich nann, A.-G. für Kamerafabrikation, Emil Wünsche, A.-G. für graphische Industrie, und die Fabrik photographischer Apparate auf vorm. R. Hüttig u. Sohn. In den Generalversammlungen, die Oktober stattfinden, soll diese Zusammenlegung beschlossen und die heftige Konkurrenz unter diesen drei Firmen ausgeschaltet n. — Diese Konzentration muß ein Fingerzeig für alle in der ra-Industrie beschäftigten Arbeiter sein, sich Mann für Mann den nisationen anzuschließen.

Auf Grund des Preßgesetzes

gen die lokalistischen Fliesenleger eine Berichtigung zu der Notiz: rtragsbruch der lokalistischen Fliesenleger" in r. 311 unserer Zeitung. Sie lautet:

„Die Firma Horak hat für die genannte Wandplattenarbeit in ig seinerzeit nicht 3 M., sondern den Tarifsatz von 3,50 M. an Meter pro Quadratmeter bezahlt. Der Beweis dafür ist bei der s aus den Lohnbüchern ersichtlich. Desgleichen ist dem Vertrag seits bis zur Stunde vollinhaltlich Rechnung getragen worden."

Den weiteren Inhalt der Berichtigung müssen wir ablehnen, da ht den Bestimmungen des § 11 des Preßgesetzes, auf die sich ja inender berufen haben, entspricht.

Aus der Umgebung.

Achtung, Holzarbeiter!

Bei der Firma Tannert in Leuben, Ladenkassenfabrik, sind enzen ausgebrochen. Arbeitsangebote sind abzulehnen.

Inland.

Ein Hirsch-Dunckerscher Gewerkvereinler als Denunziant.

In Breslau fand am 31. Juli eine Versammlung für Eisenstatt; sie war einberufen von der Reichssektion der Eisenbahner, schaft des Deutschen Transportarbeiterverbandes. Nach einem te des Stadtverordneten Albert, der über Die Lebens- der Eisenbahner referierte, wurden eine Reihe von nden erörtert, besonders diejenigen auf der Werkstätte Der dort beschäftigte Werkstättenarbeiter John insbesondere ereinige Mißstände. Nachdem er auf einige Vorkommnisse in Dunckerschen Gewerkvereinen (Streik bei Gubisch in Liegnitz usw.) wiesen, bat er die anwesenden Gewerkvereinler, keinen der Vorredner zu denunzieren. Daß diese Mahnung am Platze war, John am eignen Leibe erfahren, denn ein paar Tage nach betreffenden Versammlung wurde er zum Bautat bestellt ihm dort mitgeteilt, daß er in der Versammlung angeblich ngsfeindlichen Bestrebungen gehuldigt, für die Volkswacht r und zum Eintritt in die Reichssektion der Eisenbahner fordert habe. Als Beweis wurde John eine Denunziation Ortskassierers Kurnoth des Hirsch-Dunckerschen Eisenbahner- s der von der Eisenbahnbehörde „geduldet" wird) vorgelesen die Unterschrift des Kurnoth hat Kollege John selbst gelesen. Grund dieser Denunziation erfolgte die sofortige Entlassung mit Bemerken, daß es den Vorgesetzten leid tue, ihn, der ein fleißiger, tlicher und nicht dummer Arbeiter gewesen sei, entlassen zu müssen, ber — es ginge eben nicht anders usw. Nun hätte man erwarten en, daß von der Organisation des Denunzianten, der sofort Mitns gemacht wurde, etwas geschehen würde. Aber weit ge- Kurnoth ist noch heute Ortskassierer des Gewerkvereins, trotzdem nachweislich einen Mitarbeiter, der Familienvater ist und fünf Jahre der Bahn beschäftigt war, durch seine Denunziation aus der Arbeit acht hat. Herr Kurnoth und sein Gewerkverein scheinen zu wissen, sie einander wert sind, und die Eisenbahnbehörde weiß, was sie solchen „organisierten Arbeitern" hat.

Achtung, Buchbinder!

Aus Schweden ging uns die Mitteilung zu, daß die Arbeit- r anläßlich des noch immer andauernden Generalstreiks Arbeit Deutschland herstellen lassen wollen und daß einige Arbeitgeber bereits mit Depeschen brüsten, durch die ihnen die Herstellung r Arbeiten in Deutschland in Aussicht gestellt würde. Es sollen hl Drucksachen wie Geschäftsbücher in Frage kommen. Wir erren, auf das Eintreffen etwaiger Streikarbeit überall Obacht zu en und zutreffenden Falles der örtlichen Verwaltung und durch e dem Verbandsvorstand hiervon schnellstens Mitteilung zu chten. Auch ist Zuzug von Buchbindern nach Schweden strengstens zuhalten!

Deutscher Buchbinder-Verband.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Bei der Betonfirma nt in Grabow bei Stettin streiken die Bauarbeiter. — In der Bergalanteriewarenfabrik von H. Bunke-Berlin en ledige Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt. — In Börsen- und Taschenindustrie in Bergen, Enkheim Fochenheim haben 500 Arbeiter den Unternehmern einen neuen f vorgelegt. — Eine am letzten Sonntag in Heidelberg abbene Sitzung des Verbandes der Schreinermeister und der Landesanisationen badischer Innungen faßte den Beschluß, bis zur Erigung des Schreinerstreiks in Ludwigshafen, Mannim und Heidelberg sämtliche Tischler in Süd- und Westdeutschland Zuzug fernen. — Die Mühlenarbeiter Leipzigs stehen in er Lohnbewegung.

Ausland.

Der zweite internationale Keramarbeiterkongreß

nd vor einer Woche in Florenz statt. Vertreten waren die Orisationen der feinkeramischen Arbeiter von Dänemark, Deutschnd, England, Frankreich, Italien und Oesterreich. Die holländische ganisation der Porzellan- und Steingutarbeiter hatte ihren Beitt erklärt.

Die Teilnehmer des Kongresses wurden am ersten Verhandngstage in dem prachtvoll mit alten Kunstschätzen in reicher Fülle gestatteten Palazzo Vecchio, dem Rathaus von Florenz, durch den rgermeister der Stadt in deren Namen feierlichst bewillkommnet. ieser Feierlichkeit, die sich in dem großen Sitzungssaale des Rauses abspielte und bei welcher neben der Stadtverwaltung der Vertreter der organisierten Florentiner Arbeiterschaft präsidierte, wohnten zahlreiche Zuhörer bei. Die Begrüßungsrede des Bürgermeisters wies nicht nur auf die Bedeutung der keramischen Kunst im allgemeinen hin, sondern sie berührte auch die beruflichen Erkrankungen der Keramarbeiter und betonte die Notwendigkeit gesetzlicher Maßnahmen dagegen. Dann feierte die Rede der Arbeiter und ihre Organisationen, und sie klang aus in dem Verlangen nach einer freien großzügigen Arbeiter- und Sozialpolitik. Ferner sprach der sozialistische Abgeordnete für Florenz, Genosse Pieraccini, der Arbeitersekretär Del Burno und für die Kongreßteilnehmer Genosse Zietsch.

Aus den Kongreßverhandlungen — an denen im Auftrage des Arbeits- und Handelsministeriums der Fabrikinspektor Musso aus Bologna, ferner der Vertreter der Arbeitskammer von Florenz, der Konföderation der Arbeiter und der Societa Umanitaria zu Mailand teilnahmen und zu welcher die italienische sozialistische Parlamentsfraktion sowie eine Reihe sozialistischer Deputierten Glückwünsche sandten — ist hervorzuheben:

Nach längeren Diskussionen über die Errichtung einer obligatorischen internationalen Streikunterstützungskasse wurde beschlossen, einstweilen von der Errichtung einer solchen Abstand zu nehmen, dagegen die einzelnen Organisationen nochmals zu verpflichten, durch freiwillige Unterstützungen den bedrohten kämpfenden Kollegen in anderen Ländern in weitestem Umfange zu Hilfe zu kommen.

Um die Uebertrittsbedingungen für die von einem in das andere Land gehenden Kollegen zu erleichtern, sollen zwischen den einzelnen Landesorganisationen Gegenseitigkeitsverträge abgeschlossen werden.

Einen besonders interessanten Punkt der Verhandlungen aber bildete das Referat des Professors Pieraccini über die Berufskrankheiten der Keramarbeiter und ihre gesetzlichen Vorbeugungsmaßnahmen. Der Vortrag wird im Druck erscheinen. Beschlossen wurde, unter der Leitung des Professors Pieraccini eine Zentralstelle zur Beobachtung und weiteren systematischen Verfolgung dieser Frage einzurichten.

Für die schwedische streikende Arbeiterschaft wurde eine Sympathieerklärung, gegen die Zarenwirtschaft eine Protestresolution angenommen.

Der nächste Kongreß findet 1912 in England statt.

Glasarbeiterstreik in Brasilien.

In Brasilien ist ein Generalstreik der Glasarbeiter ausgebrochen. Es werden Streikbrecher in Deutschland gesucht. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Neues aus aller Welt.

Z. III und Parseval III.

Frankfurt a. M., 15. September. Der heutige Vormittag brachte bei dem Aufstieg des Z. III und Parseval III ein denkwürdiges Ereignis: das erste Wettfliegen zwischen zwei Motorballons. Die Wettfahrt zwischen den beiden Luftschiffen ist anscheinend zugunsten des Parseval ausgefallen. Die beiden Luftschiffe segelten in einem Abstande von 700 bis 800 Metern über den Türmen der Stadt Frankfurt. Der Parseval fuhr um diese Zeit sehr langsam, er hatte eine Tourenzahl von 900 in der Minute. Nach und nach rückte das unstarre System dem starren immer näher und hatte am Main den Z. III schon bald erreicht. Dann ging die Fahrt über den Frankfurter Wald, und Parseval erhöhte seine Tourenzahl auf 1100 Umdrehungen. Bei Buchschlag fuhr der Parseval über den Zeppelin hinweg, und bei Erzhausen hatte er ihn um 2 Kilometer überflügelt. Dann setzte eine starke Bö ein, die die beiden Luftschiffe auseinander brachte; sie verschwanden in den Wolken. Als es wieder heller wurde, befand sich der Parseval links über Arheiligen bei Darmstadt, Zeppelin war rechts in den Wolken. In Darmstadt hatte Parseval den Zeppelin wieder überholt. Vom Zeppelin wurden die Manöver des Parseval aufmerksam verfolgt. Von Darmstadt flog der Zeppelin allein weiter. Parseval kehrte um und stattete dem Großherzog von Hessen im Schlosse Wolfsgarten einen Besuch ab, indem er dort ein Manöver ausführte. Kurz vor 11 Uhr ging der Parseval sehr glatt auf der Ila nieder.

Frankfurt a. M., 15. September. Beim Z. III ist auf der Rückfahrt von Mannheim nach Frankfurt unterwegs, wie die Frankfurter Zeitung hört, der Zylinder des vor kurzem reparierten hinteren Motors gebrochen und betriebsunfähig geworden. Z. III, der heute nacht nach Mannheim zu den Kaisermanövern fahren wollte, ist infolge dieses Defektes nicht in der Lage, aufzusteigen. Die Reparatur wird nicht vor morgen, Donnerstag, behoben sein. Vorher wird kein Aufstieg mehr unternommen.

Frankfurt a. M., 15. September. Heute nachmittag um 4 Uhr 40 Minuten unternahm der Parsevalballon von der Ila aus einen Aufstieg. Nachdem das Kommando „Los" ertönt war, wurde ein Mann der Bedienungsmannschaft von einem Seil erfaßt und mit in die Höhe gezogen. Der Ballon war bereits abgetrieben und in einer Höhe von 100 Metern, als man in der Gondel bemerkte, daß ein Mann hinten in den Tauen hing. Man stoppte darauf sofort den Motor, und der Ballon ging wieder auf den Boden nieder, worauf der Mann aus seiner gefährlichen Lage befreit werden konnte.

Tigerjagd in Marseille.

Paris, 15. September. Die Tigerin, die gestern im Hafen von Marseille die Flucht ergriff, ist bisher noch nicht gefangen worden. Das Tier, das morgens um vier Uhr entkam, erschien zunächst im Lotsenwachthaus am Fuße des Leuchtturmes, wo einer der vier Insassen eben die Wache beziehen wollte. Der Mann sah in der Dämmerung des trüben Tages einen Vierfüßler, den er für einen Hund hielt und hinaustreiben wollte. Im selben Augenblick war sein Gesicht von einem Tatzenschlag aufgerissen. Vor den Lotsen, die auf den Hilferuf ihres Kameraden hinzueilten, duckte sich die Tigerin zum Sprunge, aber das Tier wurde offenbar von der ungewohnten Umgebung verwirrt und wagte nicht, die Menschen anzugreifen. In langen Sätzen floh es plötzlich fort, durchschwamm die Reede und gelangte zur Mole, wo es sich noch heute versteckt hält. Alle Straßen zur Stadt sind abgesperrt und werden bewacht. Soldaten und Gendarmen mit geladenen Gewehren warten in Booten, bis das Tier aus seinem Versteck herauskommt. Bis jetzt warteten sie vergebens, und der Besitzer des Tigers ist der Ansicht, daß es noch zwei bis drei Tage dauern kann, bis der Hunger das Tier hervortreibt. Inzwischen hat sich ein alter Tierbändiger namens Bouscot erboten, das entflohene Tier aufzusuchen. Nur mit einem Messer bewaffnet, marschiert er auf der Mole umher und versucht, den Tiger in seinem Versteck zwischen den Steinen aufzufinden.

* * *

Berlin, 15. September. Ein Aufsehen erregender Vorfall hat sich heute früh in der Kolonie Straße 121 abgespielt. Um die 7. Stunde stürzte die im zweiten Stockwerk wohnhafte 48jährige Frau Winkler aus dem Fenster ihrer Wohnung auf das Straßenpflaster hinab und wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen in das Virchow-Krankenhaus geschafft. Sie war noch bei Bewußtsein und behauptete während des Transports, von der aus Frankfurt a. M. zugereisten 34jährigen Frau Keßler aus dem Fenster geworfen worden zu sein. Angeblich soll es sich um eine Eifersuchtsgeschichte handeln. Frau Keßler wurde fistiert und bestritt auf das entschiedenste, die Frau aus dem Fenster geworfen zu haben, behauptet vielmehr, daß Frau Winkler durch eigene Unvorsichtigkeit auf die Straße gestürzt sei. Die beiden Frauen waren in der letzten Zeit verfeindet.

Posen, 15. September. In dem Orte Strelno war ein Arbeiter, der ruhestörenden Lärm verursacht hatte, verhaftet worden. Es sammelten sich darauf etwa 80 polnische Arbeiter, um den Verhafteten zu befreien. Der Polizist wurde von ihnen angegriffen, ihm der Säbel verbogen und die Uniform zerrissen. Die Menge hätte den Polizisten erschlagen, wenn ihm nicht ein Polizeiwachtmeister zu Hilfe geeilt wäre, dem es gelang, seinen Kollegen zu befreien.

Kattowitz, 15. September. Einer unerhörten Brutalität fiel im benachbarten Emanuelsegen der 26jährige Bergmann Schoida zum Opfer. Er wurde während eines geringfügigen Streites von seinen Gegnern zu Boden geworfen und derart mit Füßen auf den Leib getreten, daß der Unglückliche vor Schmerzen um Erbarmen flehte. Erst als Schoida tot war, ließen seine Peiniger von ihm ab. Der Arzt stellte furchtbare innere Verletzungen fest, die den Tod herbeigeführt hatten. Die Täter sind verhaftet.

Tübingen, 15. September. In der Schule in Kirchentellinsfurt stürzten während eines Gewitters nach einem starken Donnerschlag die Schulkinder in der Meinung, es habe eingeschlagen, in wilder Flucht aus den Klassen. Auf den Treppen entstand eine Stockung, weil einige Kinder niederfielen. Bald waren 100 eingekeilt. Drei Knaben und ein Mädchen wurden leblos hervorgezogen. Viele Kinder haben mehr oder minderschwere Verletzungen erlitten.

*

Wien, 15. September. Laut Polizeibericht wurde die Pelzwarenhändlerin Frau Breuer abends nach Geschäftsschluß in ihrem im 6. Stadtbezirk gelegenen Geschäftslokal überfallen und geknebelt. Der Räuber, der nur wenig Beute machen konnte, wurde heute früh verhaftet. Es ist ein bereits vorbestrafter junger Bursche im Alter von 19 Jahren.

Dünkirchen, 15. September. Der Dampfer Konstantinopel stieß im Hafen mit der Fischerbarke Jeanne zusammen. Die beiden Insassen der Barke sind ertrunken.

Paris, 15. September. Ein Verbrechen wurde vorgestern nacht in der Nähe von Lorient, wo die Manöver des 11. Armeekorps stattfinden, verübt. In der Scheune eines Pachthofes war die 8. Kompagnie des 116. Infanterie-Regiments im Quartier untergebracht. Plötzlich brach auf dem Pachthofe an sechs Stellen zugleich Feuer aus. Die Soldaten wurden rechtzeitig geweckt und konnten sich retten. Die Scheune mit den Erntevorräten ist verbrannt. Das Feuer ist ohne jeden Zweifel von verbrecherischer Hand angelegt worden. Die Gendarmerie forscht nach den Urhebern.

Sheffield, 15. September. Durch ein Automobil, das in eine Gruppe von Schulkindern fuhr, wurden zwei Kinder getötet und fünf schwer verletzt.

Petersburg, 15. September. In der Garnison Lodz erkrankten 50 Soldaten vom 37. Infanterie-Regiment nach dem Abendessen unter Vergiftungssymptomen. Die Kranken mußten zum Teil in das Lazarett gebracht werden.

London, 15. September. Der englische Aviatiker Oberst Cody hatte gestern, nachdem er Laffans Plein umflogen hatte, einen schweren Unfall. Beim Niedergehen des Aeroplans blieb das noch vom Fall am Sonnabend verbogene Vorderrad in dem weichen Boden stecken. Dabei wurde Cody aus seinem Sitz auf den Boden herausgeschleudert. Er fiel auf das Gesicht und wurde nicht unerheblich verletzt. Er mußte in einem Cab ins Cambridge-Hospital übergeführt werden. Der Aeroplan ist fast vollständig zertrümmert.

Versammlungen.

Laubegast. Vor sehr gut besuchter öffentlicher Versammlung sprach am Mittwoch den 8. September in Donaths Neuer Welt Naturheilkundiger Wolf, Deuben, über: Wie verhüten wir die Entstehung von Krankheiten? In einstündigem Vortrage erläuterte er den Anwesenden die Tätigkeit der inneren Organe und des Blutkreislaufes und stellte das Turnen für den Arbeiter als eine Notwendigkeit hin. In der Debatte ergriff Turngenosse Schneider das Wort. Er betonte die Vorzüge des Turnens und bedauerte, daß es immer noch Leute gebe, die derartige Bestrebungen als Mimbim ansehen, wie es auf der letzten Landeskonferenz geschehen sei. Die nächstfolgenden Redner Walther und Thromiker erklären dazu, daß jener Redner auf der Landeskonferenz nur die übermäßige Sportfexerei und die unnötigen Veranstaltungen der betreffenden Vereine gemeint habe. Seine Ausführungen würden eben leider falsch verstanden. Ein Genosse von der Jugendorganisation wies auf das Gute der Turnvereine hin und meinte, daß zur körperlichen Ausbildung auch die geistige Ausbildung gehöre und daß dazu die Jugendorganisation sehr geeignet sei. Nach einigen markanten Schlußworten des Referenten schloß die für die freie Turnbewegung so imposante Versammlung. (Eing. 13./9.)

6. Kreis. (Generalbericht über die im August stattgefundenen Mitgliederversammlungen.) Es fanden insgesamt 15 Mitgliederversammlungen statt. Die Bezirke 5 und 12 hielten keine Versammlung ab. In elf Versammlungen wurden Vorträge gehalten. — Bezirk 1, Löbtau: Genosse Kahmann sprach über das neue Wahlgesetz. Er wies auf die Schwierigkeiten des Wahlgesetzes hin. Genosse Hertwig forderte die Anwesenden zu reger Wahlarbeit auf. Den Vorstandsbericht erstattete Genosse Liebscher. In der Diskussion über die Lokalfrage weist Genosse Graue auf die Schwierigkeiten hin, die dem Arbeitersängerbund bei Veranstaltung von Konzerten bereitet werden. Er ersucht um rege Unterstützung des Bundes, der die Veranstaltungen der Arbeiterfeste doch verschönere. Die Namen der Genossen wurden bekanntgegeben, die den Tagesarbeitsverdienst vom 1. Mai nicht ablieferten. Dieses Verhalten wurde scharf kritisiert.

Bezirk 2, Cotta: Als Mitglied in die Zeitungskommission wurde Genosse Richter in Vorschlag gebracht.

Bezirk 3, Niedergorbitz: Genosse Stelzner wird einstimmig für die Zeitungskommission in Vorschlag gebracht. Scharfe Kritik wurde an den Genossen geübt, die ihren Tagesarbeitsverdienst vom 1. Mai nicht an die gemeinsame Kasse ablieferten. Besonders lebhaft wurde die Frage der Bierpreiserhöhung erörtert. Die Genossen sind der Meinung, daß jede Bierpreiserhöhung abzulehnen sei, da unsere Vertreter im Reichstage alles getan hätten, um die Einführung der indirekten Steuern zu verhindern. Das Verhalten der Genossen von Oberpesterwitz wurde getadelt. In allen Versammlungen sind sie schwach vertreten. Diesmal wurde erwartet, daß sie stärker vertreten sein würden, da die Versammlung doch in Oberpesterwitz stattfand und überdies ein interessanter Vortrag gehalten wurde. Allgemein wurde gefordert, daß die Genossen von Oberpesterwitz die Gleichgültigkeit abstreifen sollten.

Bezirk 4, Potschappel: Die Gemeindevertreter von Potschappel gaben Bericht über ihre Tätigkeit. In der Debatte wurde allseitig das Verhalten der Gemeindeältesten Kleber und Truhöl in der Arbeitslosenfrage verurteilt und gewünscht, daß unsere Vertreter ähnliche Vorfälle scharf rügen sollten. Mehrere Redner nahmen Stellung gegen die Erhöhung der Gehälter für die Lehrer und den Gemeindevorstand. Die Einwendungen wurden aber mit dem Bemerken zurückgewiesen, daß bei solchen Fragen nicht die politische Stellung maßgebend sein könne. Es wurde gewünscht, die Tagesordnung für die Gemeinderatssitzungen in der Dresdner Volkszeitung zu veröffentlichen. Weiter wurde angeregt, Elternabende einzuführen, sowie zur Frage der unentgeltlichen Speisung der Kinder Stellung zu nehmen, da doch eine Fachschule am Orte sei. Schulausflüge sollen nicht zu weit gemacht werden, damit alle Kinder daran teilnehmen können. Dem Kinderschutz soll mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Niemand solle sich von Kindern, die das vorgeschriebene Mindestalter noch nicht erreicht haben, Brötchen oder Milch ins Haus bringen lassen. Genosse Stelzner wurde einstimmig für die Zeitungskommission in Vorschlag gebracht. Am Totensonntag findet Theaterabend des Bezirks statt.

Bezirk 6, Striesen: Ueber den Vortrag entspann sich eine kurze Debatte. An Stelle des Genossen John erstattete Genosse Haase den Vorstandsbericht. Eine lebhafte Debatte entwickelte sich zur Angelegenheit in Schmiedeberg und zum Verhalten des Besitzers vom Deutschen Haus. In die Zeitungskommission wurde der Genosse Semmer vorgeschlagen. Zu lebhafter Debatte kam es wegen der Ablieferung des Tagesarbeitsverdienstes vom 1. Mai. In Striesen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090916/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

ist nur ein Genosse, und zwar Bäcker Wiedner, der sich weigert, dem Parteitagsbeschlusse nachzukommen. Zur Annahme gelangte ein Antrag, wonach der Vorstand ersucht wird, den Genossen Eugen Meyer aus der Partei auszuschließen. Meyer ist zum Arbeitswilligen geworden. Noch vor kurzer Zeit wollte er den anderen Genossen Moral predigen. Genosse Kreher regte an, bei der demnächst stattfindenden Mitgliederagitation Broschüren zur Verteilung zu bringen. Dem Wunsche ist Rechnung getragen worden. Dann wurde von einigen Genossen an den Vorstand das dringende Ersuchen gerichtet, in den Boykott wegen der Bierpreiserhöhung einzutreten.

Bezirk 7, Gittersee: Den Vorstandsbericht erstattet Genosse Schönfelder. Zur Kenntnis wurde genommen, daß der monatliche Beitrag für die Frauen jetzt 30 Pf. betrage und daß der Agitationsbeitrag für die Frauen in Wegfall komme. Für die Zeitungskommission wurde Genosse Stelzner in Vorschlag gebracht. Scharf gerügt wurden die Genossen, die sich weigern, ihren Tagesarbeitsverdienst vom 1. Mai abzuführen. Genosse Horn fordert noch alle auf, die Bibliothek fleißig zu benutzen. Vornehmlich die älteren Genossen sollten sich oft gute Bücher holen. Auch die Frauen sollten sich durch Lesen mehr Wissen aneignen.

Bezirk 8, Deuben: Der Vortrag des Genossen Zimmer über das Landtagswahlgesetz wurde mit großem Interesse entgegengenommen. An den Vorstandsbericht knüpfte sich eine lebhafte Debatte. Genosse Söhnel konnte sich damit nicht einverstanden erklären, daß die Beitragserhöhung für die Frauen durch die große Zentrale bestimmt würde. Es sei angebracht, wenn über diese Frage Urabstimmung erfolgte. Genosse Stelzner wurde einstimmig für die Zeitungskommission in Vorschlag gebracht. Sämtliche Abänderungsanträge zum Organisationsstatut wurden abgelehnt. Ueber die Frage des Austritts aus der Landeskirche entspann sich eine Debatte.

Bezirk 9, Döhlen: Genosse Härtwig erstattete Bericht über die Landesversammlung in Zittau. Die Bierpreiserhöhung war Gegenstand lebhafter Erörterung. Man will zunächst noch eine abwartende Stellung einnehmen. In die Zeitungskommission wurde Genosse Stelzner vorgeschlagen.

Bezirk 10, Naußlitz: Der Vorstandsbericht gab Veranlassung zu reger Debatte. Eine Debatte entspann sich auch über das Verhalten des Wirtes vom Deutschen Haus in Potschappel. Man erwartet Auskunft vom Kreisvorstand. Lebhaft kritisiert wurden die Genossen, die sich weigerten, ihren Tagesarbeitsverdienst vom 1. Mai abzuliefern. Genosse Stelzner wurde für die Zeitungskommission in Vorschlag gebracht. Ein Antrag, wonach die Mitgliederversammlungen in Zukunft 7½ Uhr beginnen sollen, gelangte einstimmig zur Annahme. Die Mitglieder möchten das in Zukunft beachten.

Bezirk 11, Cossebaude: Genosse Fischer erstattete Bericht über die Landesversammlung in Zittau. Die Debatte, an der sich die Genossen Schulze, Reinhardt und Dietz beteiligten, ergab, daß man mit dem Ergebnis der Landesversammlung voll und ganz zufrieden ist. Genosse Böhme erstattete Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. Darauf wurde die bevorstehende Landtagswahl näher behandelt und die Genossen aufgefordert, im Wahlkampf ihren ganzen Mann zu stellen.

Bezirk 13, Wilsdruff: Genosse Berger hat sein Amt als stellvertretender Bezirksführer niedergelegt. An dessen Stelle wird Genosse Otto Mehlig gewählt. Genosse Zschocke erstattete neben dem Bericht aus der Kreisvorstandssitzung auch den Bericht über die letzten Stadtverordnetensitzungen.

Bezirk 14, Schmiedeberg: Der Vortrag des Genossen Fleißner über Revisionismus und Klassenkampf wurde mit Beifall aufgenommen. Dem Antrag der Verwaltung, die Bezirksmitgliederversammlung jeden Mittwoch nach dem 15. des Monats stattfinden zu lassen, wurde zugestimmt. Als stellvertretender Bezirksführer wurde Genosse Lukas gewählt.

Bezirk 15, Rabenau: Genosse Kahmann referierte über das Landtagswahlgesetz. Das zahlreiche Erscheinen der Mitglieder bewies, daß die Mitglieder sich für das Thema interessierten. Der Bericht aus der Kreisvorstandssitzung wurde entgegengenommen.

Bezirk 17, Leutewitz: Der Vortrag über das Strafrecht bot viel Wissenswertes und wurde mit Beifall aufgenommen. Genosse Schindler berichtet aus der Kreisvorstandssitzung. Ueber die Bierpreiserhöhung entspinnt sich eine lebhafte Debatte. Unter Vereinsangelegenheiten kommt das Verhalten des Kreisvorstandes bei den Vorschlag des 17. Bezirks zum Parteitage erneut zur Besprechung. Genosse Schindler bestreitet, daß der Vorstand in dieser Angelegenheit einen Beschluß herbeigeführt habe. Genosse Fischer verweist auf ein Schreiben an die Vorstandsmitglieder und bezeichnet dies als einen Eingriff in das Vorschlagsrecht der Bezirke. An der Debatte beteiligten sich noch die Genossen Grafe, Kahle, Gutz und Wolf. Alle mißbilligten die Handlungsweise des Vorstandes in dieser Frage. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, die dem Vorstand unterbreitet werden soll: — Vom Bezirk 16, Bannewitz liegen keine besonderen Angaben vor. (Eing. 10./9.)

Briefkasten.

H. B., Wettinerstraße. Ihre Angelegenheit hat sich in der durch den anderweit gefaßten Beschluß des Rates, den Sie in der heutigen Nummer unsrer Zeitung nachlesen können, erledigt.

Victoria-Salon.
Olga Desmond und das grosse Eröffnungs-Programm.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 4 und 8 Uhr.
Im Tunnel: Großes Künstler-Kabarett. Anfang 8, Sonnt. 5 Uhr. Eintritt frei.

Central-Theater
Täglich abends 8 Uhr Varieté-Vorstellung.
Sonn- und Feiertags, 3½ Uhr:
Nachmittags-Vorstellungen zu ermäßigten Preisen.

Wissen Sie, wie Sie zu billigem Kaffee kommen?
Sehr einfach! — Sie nehmen halb guten Bohnenkaffee und halb Kathreiners Malzkaffee und kochen ihn nach folgender Vorschrift:
4 Lot Kathreiners Malzkaffee mit 1 Liter kaltem Wasser ansetzen, einige Minuten kochen lassen und dann mit dem kochenden Malzkaffee langsam 1 Lot gemahlenen Bohnenkaffee überbrühen.
So erhalten Sie ein vorzüglich schmeckendes, billiges und — bekömmliches Getränk.

Millionen Hausfrauen putzen mit
Globus
Putzextract
Bestes Metall-Putzmittel

Fahrräder
neu, mit 1 Jahr Gar., 48, 55, 65, 75—165 M.
Damenräder, 60, 75—150 M.
Gebr. Räder, 15, 20—75 M.
Mäntel, neu, 1.85, 2.25, 2.50, 2.70, 3.—, 3.75, 4.50—11 M.
Gebirgsreifen, 4.50, 5.00, 6.50 bis 11 M.
Schläuche, neu, 1.90, 2.50, 3.00 bis 5.— M.
Cellaternen, 0.45, 0.95—6.50 M.
Azetylenlat., 1.25, 2—9.50 M.
Pedale, Paar 1.50, 1.75—6.50 M.
Luftpumpen, 0.35, 0.65—1.75 M.
Fußpumpen, 0.75, 1—3.75 M.
Gamaschen, 0.45, 0.60, 1—8 M.
Gepäckträger, 0.35, 0.85-3.25 M.
Rucksäcke, 0.50, 0.75, 1—5 M.
Wettermäntel, 3.85—12 M.
Lenkstangen von 2.25—5 M.
Netze f. Damenräder, 0.45-3.50 M.
Glocken, 0.15, 0.30, 0.50—1.50 M.
Kotschützer, Paar 1.85, 1.1, 1.25 M.
Fahrradständer, 0.45 M.
Karbid, kg 35 u. 40 Pf.
Freil.-Hinterrad, 10, 12 u. 16 M.
verkauft
Stirl, Wettinerstraße 49, Ziegelstraße 10.

nimmt jeder Versuch das beliebte, echte Palmin durch eine billige Nachahmung zu ersetzen. Wir bitten daher beim Einkauf genau auf den Namen Palmin und den Schriftzug Dr. Schlinck zu achten und Nachahmungen, die oft unter täuschend ähnlich klingenden Namen angeboten werden, zurück zu weisen.
H. Schlinck & Cie. A.-G.
Hamburg-Mannheim
Alleinige Produzenten von Palmin.

Meine Uhr geht nicht mehr! Wo soll ich sie hinschaffen? Zu
H. Lorenz
nur Schöffergasse Nr. 4 neben Herzfeld
vom Altmarkt aus rechte Seite
wo man alle Uhren gut und billig repariert. Preisangabe sofort.
Neue Uhren billigst.
Trauringe in grosser Auswahl
und in allen Preislagen.

Wo kauft man die billigen Hosen, Hemden, Strümpfe, Schürzen, Aermelwesten?
Bei **C. Espig**
Dresden-Naussitz
Pietzschstrasse No. 16.
15 Proz. Rabatt.

Kein Preisaufschlag!
Feine Tischbutter . . Pfd. 120 Pf.
. . . Sendt 60 „
Schles. Molkereibutter Pfd. 125 „
Gr. Brüdergasse 31
nahe Postplatz. O. Tischer.

Gute neue und gebrauchte Räder!!

sowie alle Reparaturen billigst u. am vorteilhaftest. bei M. Engel, Dr.-Gruna, Zwinglistraße Nr. 26.
Teilzahlung gestattet.
Fahren lerne jederzeit gratis!

Soeben erschienen:
Arbeiter-Gesundheits-Kalender
für das gesamte werktätige Volk.
4 farbige Kunsttafeln.
Preis 50 Pf.
Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Dresden, Seitzgasse 11

Aussschneiden! Aufbewahren! Da auf d. Inserat Rabatt.
Alle Hyg. chirurgischen
Frauenartikel
Vorfallbandagen, Selbstklystierer. Urinale Spülkannen. Schläuche. Monatsbinden, Dtzd. 50 Pf.
Leib-Binden
alle Systeme auch nach Maß. Büstenwassen. Menstruationstropfen.
Mutterspritzen
von 1.50 M. an
nur ärztlich empfohlene und sichere Apparate.
Preisliste und Auskunft gratis.
R. Freisleben
nur Postplatz
zwischen Wettiner- und Annenstr. Nur achte auf Firma!

Federbetten kauft stets Federreinigung. Amalienstr. 12.
H.-Rad wie neu, f. 28 M. zu verk. Oppellstraße 19, 1. links.

Reparatur-Werkstatt
für Nähmaschinen aller Systeme.
SINGER CO.
Nähmaschinen Act. Ges.
Dresden, Ferdinandstr. 2
nahe der Prager Strasse.

Verkauf von Sonnen- u. Regenschirmen.
Reparaturen und Bezüge in kurzer Zeit.
Fr. Beyer, Potschappel
Teichstraße 38.

Zur bevorst. Saison:
Strickjacken
Sweaters
Unterhosen
Vickeljacken
gut und billig
Glitzner
48 Rosenstraße 48.

Pflaumen sind täglich frisch sehr billig abzugeben, auch für Händler.
Fr. Schramm, Loschwitz
Robert-Dietz-Straße 2.

Mehrere Betonpolierer
mit Erfahrung im Tiefbau und Eisenbetonbau, möglichst mit eigenen Arbeiterkolonnen, werden für sofort nach Oberschlesien gesucht.
Offerten unter „Beton 40“ an Rudolf Mosse, Kattowitz, O.-Sch.

6. Reichstagswahlkreis, Bezirk 1

Am Dienstag abend 11 Uhr verstarb nach kurzem, schwerem Krankenlager unser Genosse und Gemeinderatsmitglied

Otto Zimmermann

aus Weißig. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittag ½4 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet Die Bezirksverwaltung.

Zentralverband der Schmiede
Verwaltungsstelle Dresden, Bezirk Deuben.

Nach kurzem Krankenlager verstarb unerwartet am 14. September im Alter von 47 Jahren unser Kollege und langjähriges Mitglied, der Schmied

Otto Zimmermann.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittag 2½ Uhr vom Trauerhause (Weißig 1D bei Deuben) aus statt.

Zahlreiche Beteiligung seiner Kollegen in der Sächs. Gußstahlfabrik erwartet Die Ortsverwaltung.

Ein treues Vaterherz hat aufgehört zu schlagen!

Dienstag abend 10½ Uhr verschied nach kurzem, aber schwerem Leiden mein lieber Mann, unser herzensguter, treusorgender Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder und Schwager, der Fabrikschmied

Hermann Otto Zimmermann

Dies zeigt im tiefsten Schmerze an

Weißig bei Deuben, Nr. 1d.

Marie Zimmermann geb. Kohmann nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Sonnabend den 18. September 1909, nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme sowie für den überaus reichen Blumenschmuck beim Heimgange meines lieben Gatten, unseres lieben Vaters, des Steinschleifers

Friedrich Heinrich Gommlich

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, Partei- und Gewerkschaftsgenossen unseren innigsten Dank.

Besonderen Dank dem Personal der Firma Renk und Ostermaier für das zahlreiche Geleit, der Verwaltung des Bad. Steindruckerei-Hilfsarbeiter- und -Arbeiterinnen-Verbandes für den ehrenvollen Nachruf und dem Arbeiter-Gesang-Verein Freie Sänger Striesen für den erhebenden Gesang.

Dresden, 16. September 1909, Kyffhäuserstraße 29.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß unsere geliebte Mutter

Friederike verw. Thümmel geb. Siegert

nach langem Siechtum im Alter von 69½ Jahr am 15. September verstorben ist.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittag 4 Uhr auf dem Löbtauer Friedhofe statt.

Um stilles Beileid bitten Die trauernden Kinder
Reinhard Thümmel, Agnes Michael geb. Thümmel.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090916/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

ozialdemokratischer Parteitag
in Leipzig.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 15. September 1909.

Vormittagssitzung.

pinski eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Die Debatte über den mentarischen Bericht wird fortgesetzt.

Richard Fischer-Berlin:

in eigentümliches Schauspiel! Alle Parteien beneiden uns um ausgezeichnete Situation. (Sehr richtig!) Und die Partei- en im Lande brennen auf Auswetzung der Scharte von 1907. richtig!) Die Nachwahlen legen ein glänzendes Zeugnis für nehmende Werbekraft unserer Partei ab. (Sehr richtig!) Und ch nun das Arbeiterparlament nichts besseres zu tun, als sich gelegte Eier herumzustreiten. (Lebhafte Zustimmung.) Man Was hätte die Partei tun sollen, wenn die dritte Lesung gekommen? Das erinnert mich an die Scherzfrage, ob der Hund den gefangen hätte, wenn er nicht den bekannten Aufenthalt auf Wege gehabt hätte. (Große Heiterkeit.) Und noch wunderbarer ch doch eigentlich Partei und Fraktion ganz einig sind in der zeugung, daß unsere Zustimmung in der zweiten Lesung der aftssteuer prinzipiell richtig und taktisch notwendig war. Und etwas anderes ganz Nettes: Die sogenannten Revisionisten, man sonst nachgesagt hat, daß sie bei der Durchführung der anforderungen nicht ganz stubenrein seien (Heiterkeit), in der glücklichen Lage, sich auf das Programm be- und stützen zu können, und die sogenannten Radikalen, ch sanft berufen glauben, das Programm als heiliges Palladium itzen, müssen erst wieder einmal definieren und kommentieren. gut!) Und noch eine interessante Erscheinung! Un- elbar vor dem Parteitage haben eben erst entralorgan ein Paar Gänseriche der Fraktion Kapitol gerettet. (Große Heiterkeit.) Nun aber macht einmal das Zentralorgan eine Frontänderung und eröffnet sie ner Kanonade auf Parteivorstand und Fraktion, noch niemals dümmer, unfähiger und feiger sen seien. Es ist ja ein Zeichen von großer Kraft, die Partei solche Roßkuren aushalten kann. (Sehr wahr!) ob solche Vorgänge gerade ein Zeichen von be- er politischer Reife sind, darüber kann man geteilter ung sein. (Zuruf: Wer hat es denn geschrieben?) die Redaktion es nicht geschrieben hat, darüber brauchen wir nicht zu wundern. (Heiterkeit. — Hoch: Das ist nun eine sachliche Debatte?) Ja, mein lieber Hoch, es hat jeder recht sich zu blamieren; aber das Wesentliche ist, daß das alorgan der Partei solche Artikel bringt. Das Zentralorgan doch die Parteimeinung zum Ausdruck bringen und daher wir bei solchen Artikeln sagen: das ist nicht die Partei- ng, das ist Meinung des Einzelnen. Und wenn dieser Einzelne Ausländer wie Karski ist, so stärkt das bei aller athie für die Internationalität wirklich nicht die Bedeutung rtikels. Ich nehme mir auch nicht heraus, über belgische, sische und englische Verhältnisse zu urteilen. (Sehr gut!) nd in dem Artikel behauptet, von April bis August habe sich gewisse Müdigkeit gezeigt (Große Heiterkeit) und dabei haben Hunderttausenden von Versammlungen gegen die Verbrauchs- protestiert, haben Millionen über Millionen Flugblätter da- verbreitet! Und da soll die Fraktion den Elan unserer ion abgeschwächt haben? Es ist traurig, daß man solchen Dreck noch reden muß. (Sehr wahr!) schließlich hat sogar die „Neue Zeit" in dasselbe Horn gestoßen. nke, über die Obstruktion, die Kautsky verlangte, habe ich kein mehr zu verlieren, nachdem Molkenbuhr und Singer das Nötige haben. Wir müssen protestieren gegen den politischen rstand, Doktrinarismus und Fanatismus. aben mit unserer Stellungnahme in der zweiten Lesung getan, ie Vergangenheit und die Zukunft der Partei erfordern. (Hoch: richtig!) Wenn das der Fall ist, mein lieber Hoch, dann ist ch nicht Parteiverrat, wenn andere sagten, wir wollen warten, ir nein oder ja sagen, bis die politische Situation so klar ist, wir ein richtiges Urteil fällen können. Zweimal hat die Fraktion ossen, die Abstimmung über die Frage unserer Haltung in der n Lesung auszusetzen, um abzuwarten, wie bis dahin die sche Situation sich für uns darstellt. (Sehr wahr!) Wir n unsere Haltung darauf zugeschnitten, die Entscheidung vor die ler zu bringen. Bülow konnte nur gestürzt werden, wenn die nzreform verweigert wurde. Wir Sozialdemokraten mußten Erbschaftssteuer zur Annahme bringen, weil wir dann der Lage waren, gemeinsam mit Zentrum, Polen und servativen die ganze Finanzreform zum Scheitern zu bringen. die Situation sich weiter gestalten würde, konnte man nicht ussehen, deshalb mußten wir uns die Abstimmung in dritter ng vorbehalten. Kautsky hat die Frage aufgeworfen, ob wir allen Umständen direkte Steuern zu bewilligen haben. Er , es gebe Leute, die das meinen. Ich kenne keinen, der so m ist. Wenn aber Kautsky es als unsere erste Pflicht be- net, jede Steuererhöhung zu vereiteln, selbst in dem gar nicht Betracht kommenden Fall, daß die Steuern vollständig den orderungen unseres Programms entsprechen, so heißt das doch dezu der Regierung die Möglichkeit geben, uns bei den Massen gewissenlose Politiker zu verdächtigen. (Sehr gut!) Das wider- che durchaus unserem Standpunkt und Genosse Bebel hat bereits dem Genossen Wurm zugerufen, daß es nicht ein Schachzug, ern unser bitterster Ernst war, als wir beim Flottengesetz direkte Ersatz für indirekte Steuern forderten. Das so etwas Wahl- mit sein soll, habe ich schon vor 20 Jahren gehört und fürchte es 20 Jahren wieder zu hören. Die Partei ist dadurch groß ge- den, daß sie Wahlpolitik gemeinsam mit Grundsatzpolitik gemacht (Lebhafter Beifall.)

Lipinski:

Es ist ein Teilresultat von der Nachwahl im Bezirk Koblenz gelaufen. 1907 erhielt in den betreffenden Orten die Sozial- okratie 2169 Stimmen, in diesem Jahre 2568 (Beifall). Das trum erhielt 1907 in jenen Orten 15 073, diesmal 9300. (Leb- ter Beifall. Zuruf: Das ist die verlumpte Fraktionspolitik!)

Hoch-Hanau:

Die Debatte dreht sich nicht um ungelegte Eier. (Sehr richtig!) r beabsichtigen nicht, ein nutzloses Geschwätz herbeizuführen. ank: Aber die Wirkung!) Nein, auch das nicht. Wir müssen solchen Fragen Stellung nehmen. Wir können jederzeit aber vor die Frage gestellt werden, ob wir für direkte euern stimmen sollen ohne Rücksicht auf die Aufhebung indirekter. nn der Parteitag über irgend eine Frage zu entscheiden hat, m über diese. Es hat mich gewundert, daß Fischer die llungnahme unserer Fraktion in der zweiten Lesung aus- chlachtet hat. Bei der zweiten Lesung wird doch nicht über das ze, sondern über Einzelheiten abgestimmt. Man hat hier großem Feuer die Bedeutung der Erbschaftssteuer hervor- haben. Da möchte man fragen, welche arbeiterfreundliche Re- rung mag denn wohl eine so scharfe Heranziehung des Kapitals geschlagen haben. Dabei wissen wir doch alle, daß der Vor- lag von einer ausgesprochen arbeiterfeindlichen Regierung aus- ng, die die Erbschaftssteuer nur als Beruhigungsmittel erschlug und sich gern mit den indirekten Steuern begnügt hätte, wenn nicht Angst vor der Sozialdemokratie gehabt hätte. Der Erfolg beweist, daß wir unter keinen Umständen in der dritten Lesung für die Erbschaftssteuer hätten stimmen dürfen. Das schöne Ergebnis in Koblenz beweist wieder, daß das Ergebnis der Verhandlungen im Reichstage für uns das denkbar günstigste gewesen ist. (Sehr richtig! Südekum ruft: Und das wollen Sie zerstören!) Mit der Theorie vom kleineren Uebel reizt man geradezu die Gegner zu arbeiterfeindlichen Beschlüssen an. Nicht dadurch, daß wir für die Erbschaftssteuer gestimmt haben, sondern durch die Empörung des Volkes über die indirekten Steuern ist die Situation für uns so günstig geworden. Allerdings ist die Empörung dadurch gesteigert worden, daß die Regierung nun nicht sagen kann: auch die reichen Leute sind belastet worden. Die Erbschaftssteuer war nur ein Lockmittel für die indirekten Steuern. Wenn gestern die Kritik am Fraktionsbericht bedauert worden ist, so freue ich mich, diese Kritik herbeigeführt zu haben. Es kann nur von Nutzen sein, wenn in parteigenössischer Sachlichkeit solche Dinge verhandelt werden. (Beifall.)

Böhle-Straßburg:

Die letzten Ausführungen Hochs bestätigen, daß von dieser Seite systematisch darauf hingearbeitet worden ist, die Frage vor den Parteitag zu bringen. (Sehr richtig!) Vor der ersten Lesung hat in der Fraktion gerade Geyer ausdrücklich erklärt, daß wir uns nicht festlegen dürfen und freie Hand behalten müssen. Ich war um so verwunderter über Geyers Auftreten hier und auf der sächsischen Landeskonferenz, als gerade Geyer, nachdem in zweiter Lesung die Erbschaftssteuer abgelehnt war, vor Freude sich die Hände rieb und erklärte, jetzt sind wir fein heraus und haben eine feine Position. Hoch und Emmel erklärten es für ihre Pflicht, die Parteigenossen über die Uneinigkeit der Fraktion in dieser Frage aufzuklären. Wir sind dabei, aber Hoch und gewisse andere Kollegen in der Fraktion würden dabei sehr schlecht abschneiden. (Große Unruhe. Zurufe: Heraus mit der Sprache! Alberne Drohung! Was soll das heißen?) Heraus mit der Sprache! hätten Sie gestern rufen müssen. (Sehr gut!) Singer hat es für notwendig gehalten, als Vorsitzender der Fraktion und der Zentralpartei zu erklären, daß er für seine Person gegen die Erbschaftssteuer gestimmt hätte. (Zuruf: In der Fraktion!) Das könnte den Anschein erwecken, daß eine sehr starke Strömung in der Partei vorhanden war, in der dritten Lesung gegen die Erbschaftssteuer zu stimmen. Da kann ich im Einverständnis mit Bebel konstatieren, daß er auch in dritter Lesung für die Erbschaftssteuer gestimmt hätte, ganz im Einklang mit den vortrefflichen Worten, die er 1898 in Halle sprach: die Arbeiter erkennen in uns ihre politische Vertretung, weil sie sehen, daß wir schon jetzt nach Kräften dahin wirken, ihre Lage, soweit es auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft möglich ist, zu heben und zu verbessern. (Lebhaftes Bravo!) Unseren Einfluß im Parlament können wir nur stärken, wenn wir das Parlament an sich stärken. Werfen wir die Frage des Verwendungszwecks auf, so können wir keinen Pfennig Steuern bewilligen, aber dann müssen wir aus dem Parlament überhaupt heraus und der ganze zweite Teil unseres Programms hätte überhaupt keine Bedeutung mehr.

Kautsky:

Fischer hat sich eine Entstellung zuschulden kommen lassen in bezug auf meine Ausführungen über die Obstruktion. Ich habe ausgeführt, die Obstruktion hätte die Tatsache, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die gegen sämtliche indirekte Steuern gestimmt hat, zu unterstreichen. Ich habe zu viel Respekt vor der Intelligenz Fischers, als daß ich nicht annehmen könnte, daß er ganz genau verstanden hat, was ich sagen wollte. (Fischer: Beruht auf Gegenseitigkeit!) In meinen zehn Minuten kann ich nicht die Geschäftsordnung im Reichstag erörtern. Nur eine Anfrage an Molkenbuhr: sind mit Antrick die Dauerredner ausgestorben? (Bebel: Das war einer und dann war es fertig!) Ich bitte die Fraktion, die Flinte nicht für alle Zeiten ins Korn zu werfen. David erwartete eine Resolution von mir, die die Frage der Steuerpolitik grundsätzlich regelt. Ich erachte angesichts der Zerklüftung der Fraktion in dieser Frage eine solche Regelung durch den Parteitag für unbedingt notwendig und für vollständig möglich. Diese Regelung empfiehlt sich aber nicht für diesen Parteitag. Ich möchte den Antrag Geyer unterstützen, die Frage der Steuerpolitik auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen. David meint ja allerdings, unser Programm entscheide bereits grundsätzlich diese Frage, aber im Programm stehe nichts darüber, daß wir unter allen Umständen die Erbschaftssteuer bewilligen müßten. (Zuruf: Das hat auch niemand verlangt!) Im Programm steht nicht, daß wir die Erbschaftssteuer auch in der vorgelegten Form bewilligen müssen. Ich glaube, daß dieser Wechselbalg von Erbschaftssteuer, den Bülow mit den Liberalen gezeugt hat, nicht als eine Erfüllung unserer Programmforderung angesehen werden kann (Sehr wahr!), sondern daß wir alle Ursache haben, ihn abzulehnen. Robert Schmidts Anschauung von der Verwendung als einer sekundären Frage ist sehr gefährlich. Wir wollen die Bourgeoisie doch zugunsten des Proletariats, nicht zugunsten einer Soldateska oder höfischer Elemente expropriieren. Wir wollen doch nicht, daß das Proletariat nichts erbt als einen Bankrott. Nun heißt es, die Einnahmen waren schon bewilligt, und es handelte sich bloß um die Ausgaben. Aber hier handelt es sich um ein System, um eine Schraube ohne Ende. Die Ausgaben erzeugen die Notwendigkeit von Einnahmen, aber die Einnahmen erzeugen neue Ausgaben, die dann wieder neue Einnahmen erfordern. Darum war die Debatte notwendig, weil man wahrscheinlich nächstens wieder den Trick versuchen wird, neue indirekte Steuern durch Anhängen einer Erbschaftssteuer durchzudrücken, wie man dem Walfisch eine Tonne zum Spielen vorwirft. (Sehr gut!) Nicht nur bei der Bewilligung von Ausgaben, sondern auch von Einnahmen müssen wir den äußersten Widerstand leisten. Niemals dürfen wir dem heutigen System eine Steuer bewilligen zu Zwecken, die wir verwerfen. Ich glaube nicht, daß die Erbschaftssteuer unsere Fraktion so gespalten hätte, wenn die Konservativen nicht die Dummheit gemacht hätten, dagegen zu stimmen. Erst dadurch gewann die Erbschaftssteuer den Anschein, als ob sie eine Konzession an unser Programm wäre, einen Anschein, den sie in Wirklichkeit gar nicht verdient. Nun wird gesagt, wir wären in die unangenehmste Gesellschaft der Konservativen und Klerikalen gekommen, wenn wir gegen die Erbschaftssteuer gestimmt hätten. Aber nicht durch ihr Stimmen gegen die Erbschaftssteuer, sondern dadurch, daß sie unter Ablehnung der direkten Steuern für die indirekten Steuern stimmten, haben Konservative und Klerikale eine alles übersteigende Infamie begangen. Wenn wir aber gegen alle Steuern stimmen, haben wir auch das Recht, gegen die Erbschaftssteuer zu stimmen. Wenn wir das der Masse klar gemacht hätten, hätte sie es auch verstanden. (David: Gehen Sie doch zu den Massen!) Sie wissen ganz gut, welche Gründe mich daran verhindern. — Der Trick mit der Erbschaftssteuer hat nicht verfangen, die Liberalen werden von den Wählern ebenso im Stich gelassen, wie die Konservativen und Klerikalen. Nicht die Erbschaftssteuer ist das entscheidende, sondern die indirekten Steuern. Die Geschlossenheit der Massen, die da zeigt, daß sie sich durch den demagogischen Erbschaftssteuertrick nicht beeinflussen lassen, ist das erhebende Moment dieser Frage. Wenn auch die Fraktion vorübergehend gespalten war, die Massen sind nicht gespalten und stehen einmütig der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber. Darin erblicke ich die Gunst der Situation, die Grundlage unseres Fortschreitens und die Gewährung des Sieges. (Lebhafter Beifall.)

Auf Antrag von Schöpflin wird die Debatte geschlossen.

In einer Bemerkung zur Geschäftsordnung versucht Davidsohn-Berlin die Angriffe gegen den „Vorwärts" zurückzuweisen, er wird aber von dem Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß das nur in Form einer persönlichen Bemerkung nach dem Schlußwort des Referenten zulässig ist.

Stadthagen protestiert dagegen, daß der Schlußantrag von einem Mitglied des Reichstags ausgegangen ist.

Lipinski teilte mit, daß noch folgende genügend unterstützte Resolution Müller-Hamburg eingegangen ist:

„Der Parteitag erklärt, daß er die Haltung der Reichstagsfraktion, insbesondere ihre Zustimmung zu der Erbschaftssteuer billigt.

Der Parteitag fordert die Fraktion auf, weiterhin die indirekten Steuern, die die Massen der Arbeiterklasse aufs schwerste bedrücken, auf das entschiedenste zu bekämpfen und dahin zu wirken, daß den herrschenden und besitzenden Klassen die Kosten ihrer volks- und kulturfeindlichen Politik auferlegt werden."

Es entspinnt sich eine Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob diese Resolution noch zur Abstimmung kommen darf.

Singer schlägt vor, die Resolution nachher besonders zu behandeln, damit die Meinung des Parteitages zum Ausdruck kommt.

Adolf Hoffmann-Berlin widerspricht diesem Vorschlage, der die ganze Debatte von neuem aufrollen würde.

Bebel bezeichnet die Resolution als einen Ueberrumpelungsversuch und ersucht die Antragsteller, sie zurückzuziehen. Andernfalls bitte er den Parteitag, darüber zur Tagesordnung überzugehen.

Frank-Mannheim nimmt die Antragsteller gegen den Vorwurf des Ueberrumpelungsversuchs in Schutz, zieht aber angesichts der seiner Meinung nach unberechtigten Erregung des Parteitages die Resolution zurück. (Bravo!)

Nunmehr erhält das Schlußwort

Ledebour:

Die Mehrzahl der vorliegenden Anträge können wir nur willkommen heißen, zum Beispiel die Anregung, daß die Reichstagsfraktion den Antrag auf gleichmäßige Einteilung der Wahlkreise so oft als möglich einbringen soll. Die Fraktion hat auch schon entsprechend gehandelt. Der Antrag und die Verwertung der Debatten darüber draußen im Lande wird ein wertvoller Beitrag zum Kampf gegen die Junker und Junkergenossen sein. Das gleiche gilt für den Antrag betreffend die Legislaturperiode. Wir haben das größte Interesse daran, daß die Legislaturperioden wenigstens auf das Maß von drei Jahren verkürzt werden. Auch den Antrag, der ein bestimmtes Vorgehen zugunsten der Seeleute vorschlägt, kann ich nur lebhaft unterstützen. Es wird Pflicht der Fraktion sein, gerade für diese bedrückten Arbeiter einzutreten, die ihren Beruf unter ständiger Lebensgefahr ausüben müssen und unter einer ganz ausbeutungssüchtigen Unternehmersippe zu leiden haben. Für den Antrag Eisner, der eine Modifikation des Beschlusses der Landeskonferenz von Anhalt bedeutet, kann ich mich nicht erwärmen. Ich gebe zu, daß die Antragsteller von den besten Absichten ausgehen, aber insoweit ihre Anregung überhaupt ausführbar ist, ist die Fraktion von jeher so verfahren. Wir bringen in jeder Session eine Anzahl Anträge ein, von denen leider nach der Geschäftsordnung des Reichstages nur ein ganz geringer Teil überhaupt zur Verhandlung kommt. Wir haben jetzt schon in den Archiven des Reichstages eine Fülle von Anträgen lagern, die der Zeit ihrer Auferstehung harren. Eisner sprach mit hoher Bewunderung von dem Antrag Telton-Beeskow, der bereits 1903 die Welt erleuchtet hat, aber dieser Antrag hat schon damals keine Annahme gefunden und ist auch von der Fraktion bekämpft worden. Eisner verlangt eine demokratische Revision der Verfassung, eine Reichsfinanzreform, ein einheitliches Arbeiterrecht, eine Arbeiterschutzordnung, eine Arbeiterversicherung, ein neues Strafgesetzbuch, eine Strafprozeßordnung — alles zunächst. Es fehlt nur noch eine neues Bürgerliches Gesetzbuch auf Grund der materialistischen Weltanschauung. Eisner hat ja selbst die Hoffnung ausgesprochen, daß sein Antrag keine Annahme finden würde, und ich kann meinerseits nur wünschen, daß diese Esperantohoffnung in Erfüllung geht. (Heiterkeit.)

In meiner Einleitungsrede habe ich darauf hingewiesen, daß wir gegenüber den bürgerlichen Parteien und insbesondere gegenüber den Liberalen keinen Anlaß zum Herausgehen aus unserer bisherigen Haltung haben. Wenn sie mit uns zusammengehen, haben wir sie niemals zurückgestellt. Wir haben sie immer eingeladen, für unsere Anträge zu stimmen. Wir haben aber keinen Grund, Bündnisse irgendwelcher Art zu suchen. Genosse Bebel hat mich gebeten, eine Erfahrung mitzuteilen, die er gemacht hat, als Naumann seinen vielbelachten Ausspruch vom Bunde von Bebel bis Bassermann in der Welt geschleudert hat. Bebel hat zufällig Herrn Bassermann getroffen und sagte: „Na, Herr Bundesbruder, wie ist es mit dem Bund?" Da sagte Bassermann und Bebel stimmt zu: „Ach, Unsinn!" Bebel knüpfte daran die Bemerkung, daß, wie einmal die politische Konstellation und das Verhalten der Liberalen sind, der Glaube an ein Bündnis irgendwelcher Art zwischen Sozialdemokraten und Liberalen eine Utopie sei.

Ein paar Worte zum Genossen Biniskiewicz. Er glaubte, daß unsere Presse nicht scharf genug gegen die Polen vorgegangen sei. Gewiß hat unsere Presse über die Tätigkeit der polnischen Fraktion beim Schnapsblock nur sehr wenig berichtet. Aber man kann doch nicht über Reden berichten, die nicht gehalten worden sind. (Heiterkeit und Zustimmung.) Wir werden noch gründlich mit der polnischen Fraktion abrechnen, deren Presse sich die ganz infame Verdächtigung geleistet hat, wir hätten gegen die Branntweinbesteuerung gestimmt im Interesse der Gastwirte. Unser Schnapsboykottbeschluß von gestern hat den besten Beweis für die Blödsinnigkeit dieser Verdächtigung geliefert. Das wird uns nicht abhalten, nach wie vor gegen die Unterdrückung der Polen Front zu machen, nicht um Dank von der polnischen Fraktion zu erwerben, sondern im Interesse der polnischen Arbeiter, die schließlich doch noch, trotz aller Widerstände, für die sozialdemokratischen Ideen zu gewinnen sein werden.

Fast die ganze Debatte hat sich auf die Finanzreform und die Stellung der Partei zur Erbschaftssteuer erstreckt. Böhle hat mit großem Eifer, aber nicht mit großem Geschick eine Attacke geritten. Er suchte es so darzustellen, als ob bei der ersten Lesung der Erbschaftssteuer von der radikalen Seite, wenn ich mich so ausdrücken soll, mit Gewalt auf einen Beschluß hingewirkt worden sei. (Böhle: Hoch hat es ja bestätigt!) Wie ist der Beschluß, auf Grund dessen Singer seine Erklärung abgegeben hat, zustande gekommen? Frank, Böhle und andere beantragten, es sollte Singer verboten sein zu erklären, daß die verhunzte Vorlage für uns unannehmbar war. (Hört! hört!) Ich warnte die Genossen, zu einer solchen Abstimmung zu schreiten. Sie glaubten aber die Mehrheit zu haben, und da wurde zu ihrem großen Erstaunen der Antrag mit einigen Stimmen Mehrheit abgelehnt. Damit war Singer ausdrücklich die Vollmacht gegeben, nunmehr zu erklären, die Vorlage, wie sie ist, ist für uns unannehmbar. (David: So stimmt es auch nicht!) Jawohl! (David: Nein, so stimmt es nicht!) Sie wagen doch nicht zu behaupten, daß Frank den Antrag nicht gestellt hat? Damit fällt die ganze Behauptung Böhles zu Boden. An sich ist es gleichgültig, von welcher Seite die Anregung zur Beschlußfassung gekommen ist, aber charakteristisch ist es, daß dieselbe Seite, von der

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090916/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

die Anregung gekommen ist, uns einen Strick zu drehen sucht daraus, daß die Abstimmung erfolgte. Es heißt immer wieder, wir hätten in zweiter Lesung für die Erbschaftssteuer gestimmt. Wir haben nur für einzelne Bestimmungen in zweiter Lesung gestimmt. (David: Für die entscheidenden Bestimmungen!) Für einzelne Bestimmungen, aus denen das Prinzip der Vorlage hervorgeht, und das haben wir, wie ich ausdrücklich betone, einstimmig beschlossen. Die Frage ist nur, ob aus unserer Abstimmung in zweiter Lesung hätte geschlossen werden müssen, daß wir auch in dritter Lesung dafür stimmen müßten. Ich begreife nicht, daß erfahrene Parlamentarier wie Fischer sagen, sie verstehen nicht, wie man einen Unterschied zwischen einer Abstimmung in zweiter und dritter Lesung machen könne. In zweiter Lesung wird nicht über das ganze Gesetz abgestimmt, sondern über einzelne Paragraphen oder einzelne Sätze. Faßt in jeder Vorlage nehmen wir Hauptbestimmungen in zweiter Lesung an und lehnen nachher doch in dritter Lesung die ganze Vorlage ab. Sei es im Hinblick auf die Schädlichkeit der anderen Bestimmungen oder aus allgemeinen politischen Erwägungen. Gegen unsere Abstimmung für die Erbschaftssteuer in dritter Lesung strahlen Gründe rein sachlicher Natur und allgemein politische Erwägungen. An sich war die Vorlage schon ganz verhunzt gegenüber der ursprünglichen Regierungsvorlage; sie wandelte die Besteuerung der Erbschaftsmasse in die Besteuerung der Erbanfälle um, brachte Begünstigungen für den Großgrundbesitz hinein, hielt das Steuerprivileg der Fürsten aufrecht usw. Wäre es zur dritten Lesung gekommen, so hätten wir auf Grund des oft zitierten Beschlusses der Fraktion, den Singer im Plenum zu vertreten beauftragt war, die Vorlage ablehnen müssen. Dazu kamen die allgemeinen politischen Erwägungen. Der Gedanke, daß wir unter allen Umständen für direkte Steuern eintreten müssen, ist auch von den Befürwortern fallen gelassen, man wird die Theorie des kleineren Uebels geltend gemacht. Wenn man sich auf diesen Boden begibt, wo ist da ein Halten? (Sehr richtig!) Hier sollte nicht eine bestehende schlechtere Steuer durch eine direkte ersetzt werden, sondern es handelte sich darum, daß man Steuern als integrierenden Bestandteil eines neuen Steuerbündels annehmen will, weil andere Steuern schlechter seien. Warum hat man dann gegen die 40 Millionen Grundstücksbelastungen und gegen die Schaumweinsteuer gestimmt? Da kommt man auf die schiefe Ebene, und wohin man da gleitet, hat Robert Schmidt in der Hitze des Gefechts zu erkennen gegeben, als er sagte, wenn die besitzenden Klassen direkte Steuern zahlen wollten, so ist es uns ganz gleichgültig, wieviel Kriegsschiffe sie dafür bauen. (Widerspruch.) Wir bekämpfen doch den Militarismus nicht nur deshalb, weil die Mittel dazu durch diese oder jene Steuern aufgebracht werden, sondern an sich. (Sehr richtig!) Noch andere Momente kommen hinzu, die ich in meinem einleitenden Vortrag hervorgehoben habe, die aber leider in der Debatte einfach ignoriert worden sind. Ich habe auf die Raffiniertheit hingewiesen, mit der die Regierung auf ein Mantelgesetz verzichtete. Die Regierung hat direkt darauf spekuliert, daß wir die Erbschaftssteuer in das Steuerbündel hineinbringen würden, deshalb hat sie das Mantelgesetz nicht eingebracht. Ich berufe mich auf den Fürsten Bülow, der in einer seiner Feuilletonreden der Sozialdemokratie sagte: Wir nehmen auch Ihre Unterstützung gern an. Das heißt natürlich die Unterstützung bei dieser Erbschaftssteuer, von der er erwartete, ohne die Sozialdemokratie keine Mehrheit für sie zu bekommen. Schon wegen der Wahrung des Budgetrechtes des Reichstages mußten wir darauf dringen, daß das elende Manöver des Aufgebens eines Mantelgesetzes scheiterte, und mußten jede Steuer ablehnen, ganz gleichgültig, welche Gestalt sie hatte. Ich begreife nicht, daß diese wichtige Budgetfrage nicht genügend gewürdigt ist. Hätte die Regierung ein Mantelgesetz eingebracht, würden wir diese Auseinandersetzungen gar nicht nötig haben. Daß Sie sich auf diese mit Honig bestrichene Deichsel heraufgeleckt haben, ist eine unbegreifliche politische Torheit. (David: Ist das ein Schlußwort?) Es ist mein gutes Recht, die Argumente zu bekämpfen, die gegen die Stellung der Fraktion vorgebracht sind. (Frank: Gegen die Stellung der Fraktion?!) Ich habe die Stellung der Fraktion auf Grund der Beschlüsse zu vertreten, und es liegt nur ein Beschluß vor, der diese Vorlage für unannehmbar erklärt. Sie sind die Minderheit, die dagegen vorgeht. (Zurufe: Sie wissen das Gegenteil! David: Unwahrheit! Frank: Bringen Sie es doch zur Abstimmung!) Sie haben systematisch darauf hingearbeitet, im Lande den Eindruck zu erwecken, als ob Sie eigentlich mit Ihrer Ansicht, endgültig für die Erbschaftssteuer zu stimmen, die Mehrheit hinter sich hätten. Die Beschlüsse der Fraktion stehen dem entgegen. (David: Unwahrheit! Frank aus dem Bericht vorlesend: „Für die Erbschaftssteuer hat auch die sozialdemokratische Fraktion gestimmt!")

Vors. Lipinski: Genosse Frank! Sie haben natürlich das Recht, Zwischenrufe zu machen, aber nicht mitten in einer Rede vorzulesen. (Sehr richtig!)

Ledebour (fortfahrend):

Gegenüber dieser unerhörten Manier werde ich vorlesen, was ich geschrieben habe. Ich hatte meinen Bericht der Fraktion zur Korrektur unterbreitet. Auf Wunsch irgend welcher Parteigenossen hat der Parteivorstand Streichungen vorgenommen von Stellen, die klarstellen, was hier bestritten wird. (Zuruf: Sie haben die Vollmacht dazu gegeben!) Die Vollmacht, Streichungen vorzunehmen, ohne Sinnesänderungen. Gestrichen worden ist der Passus: „Es ist ganz falsch, aus der Zustimmung in zweiter Lesung den Schluß zu ziehen, daß die sozialdemokratische Fraktion sich auch für die Zustimmung in dritter Lesung festgelegt hätte." Ich erhebe keinen Vorwurf gegen die Streichungen, aber ich verwahre mich gegen den Versuch, daß Genossen, die meinen Originalbericht in der Hand gehabt haben, ihn gegen mich ausnutzen. Ich habe keinen Widerspruch dagegen erhoben, daß der Vorstand, natürlich nur in gutem Glauben, seine Streichung soweit ausgedehnt hat. Ich verwahre mich nur, daß Genossen, die wissen, daß diese Streichungen vorgenommen sind, (Zuruf: doch mit Ihrer Zustimmung) mich jetzt in Widerspruch setzen wollen mit dem, was ich geschrieben habe, und ich bedauere lebhaft, daß dieser wichtige Gesichtspunkt aus dem Bericht herausgeblieben ist, denn das war einer der entscheidenden Gesichtspunkte, die uns nötigen mußten, jede Steuer zu verweigern. (Zuruf: Oho!), jede Steuer in diesem Reichstag, in dieser Situation zu verweigern. Wozu haben wir denn mit aller Leidenschaft und Energie die bürgerlichen Parteien aufgefordert, die Machtmittel auszunutzen und nicht an die Erörterung der sog. Finanzreform heranzugehen, bevor das persönliche Regiment kapituliert hat, und jetzt sollten wir dieser Jämmerlichkeit Beihilfe leisten. Wir würden uns ja selbst ins Gesicht geschlagen haben (Beifall), wenn wir in dieser Situation dem Handlanger des persönlichen Regiments, diesem jammerhaften Schaukelpolitiker Bülow oder sonst wem auch nur einen Groschen bewilligten. (David: Purer Unsinn! Frank: Das sind ja alles Phrasen!) Das ist sehr charakteristisch für den Genossen David. Bei der Debatte über das persönliche Regiment haben wir alle, und selbst Genosse Heine, dem Fürsten Bülow erklärt, daß er nicht würdig ist, auf seinem Platze zu bleiben. Aber nachher hat David es fertig gebracht, in der Debatte zu Bülow zu sagen: wir hätten ja gar nicht den Wunsch, es könnte ja ein Schlimmerer an seine Stelle kommen. (David: Das ist ja auch unwahr!) Ich kann natürlich nicht wörtlich zitieren. (David: Aha!) Sein Gedankengang war jedenfalls so, und aus diesem Gedankengang heraus versteht man es, daß er es für kompletten Unsinn erklärt, wenn wir sagen: einer so diskreditierten Regierung keinen Groschen! Die Nichtdurchführung der Verfassungsreform ist meinem Empfinden nach eines der ausschlaggebendsten Momente dafür, daß wir in dieser Situation auch jede direkte Steuer unbedingt ablehnen müssen.

Noch ein paar Worte über die sogenannte Obstruktion. Soviel ich weiß, stehen alle Abgeordneten auf dem Standpunkt, daß technisch die Obstruktion sich nicht mehr durchführen ließe. Alle Achtung vor Antrick, aber zu einer Achtstundenrede gehört eine gute Lunge, die nicht jeder hat. (Heiterkeit.) Die Veränderung der Geschäftsordnung hat die wesentlichen Obstruktionsmittel kaput gemacht. Die Rede Antricks war ja die letzte Verzweiflungstat. Wir haben ausdrücklich die schärfste Opposition gegen die gesamte Finanzreform beschlossen. — Ich glaube, es ist eine vollkommene Verkennung der Massenpsychologie, wenn man glaubt, daß die Zentrumswähler jetzt in Massen wegen der Erbschaftssteuer zu uns kommen. Sie kommen zu uns, weil man ihnen alle möglichen Genußmittel verteuert hat. (Frank: Selbstverständlich.) Ich habe selbst in einer Versammlung gesagt: Ich hoffe, daß die verteuerten Zündhölzer in den unaufgeklärten Köpfen der Arbeiterfrauen ein helles Licht anzünden werden. Ueberall rüttelt es die Wähler auf, daß 450 Millionen indirekte Steuern durch die Volksverräter auf die breite Masse des Volkes gelegt worden sind. Ich begreife nicht, daß die Parteigenossen sich nicht zutrauen, den Massen darzulegen, warum wir eventuell — es ist ja gar nicht dazu gekommen — außerdem auch gegen die Bewilligung von direkten Steuern gestimmt hätten! Wir hätten es auf uns nehmen können, auch die Unaufgeklärtesten darüber aufzuklären. Vor Schwierigkeiten der Agitation ist die Partei noch nie zurückgeschreckt. Wir können unsere Agitation nicht nach dem Denkvermögen der ganz unaufgeklärten Leute einrichten, wir sind sonst auf dem besten Wege, den Philisteresel auf die Schulter zu nehmen. Nachdem die Aussprache gekommen war, mußte sie zu Ende geführt werden. Vielleicht hätte unser Verhalten in dem einen oder anderen Punkte mehr Schwung oder Erfolg haben können, aber die größten Erfolge werden der deutschen Sozialdemokratie auch weiter erwachsen, wenn wir trotz der Differenzen gemeinsam die Situation ausnutzen, um die Aufklärung in die Massen zu tragen. Ich begrüße mit Freuden die gestrige Anregung Alberts, daß die Fraktion bei wichtigen Gelegenheiten mit einem Aufruf an das Volk herantreten soll, ein Gedanke, den ich wiederholt in der Fraktion vertreten habe. Ich habe auch nichts gegen Demonstrationsversammlungen, Umzüge usw. Wir müssen Oel aller Art ins Feuer gießen, wo wir die Brandstoffe nur herkriegen, um fortgesetzt eine große Bewegung zu entfesseln, und ich hoffe, daß wir alle zusammen trotz aller Meinungsverschiedenheiten für unsere große Sache, für die Entwickelung zum Endziel des Sozialismus tätig sein werden! (Lebhafter Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Geyer: Meine vom Genossen Böhle erwähnte Freude bei der zweiten Lesung der Wirtschaftssteuer rührte gerade von der Genugtuung her, daß die Ablehnung uns nunmehr der Notwendigkeit überhob, uns weiter mit den Ansichten des Genossen Böhle und anderer in der Fraktion herumzuschlagen.

Redakteur des „Vorwärts" Davidsohn: Die „Vorwärts"-Redaktion legt die Ansicht des Genossen Albert über angebliches Versagen des „Vorwärts" in der Zeit der Finanzreform zu dem heutigen Urteil des Geschäftsführers des „Vorwärts" Fischer über den Artikel des „Vorwärts", der die volle Unterschrift des Genossen Karski trägt. Dabei hat Genosse Fischer sich darüber entrüstet, daß der „Vorwärts" nicht seine Spalten einfach und ohne weiteres den Ausführungen des Genossen Bernstein preisgibt.

Frank-Mannheim: Genosse Ledebour hat in seinem sogenannten Schlußwort behauptet, ich hätte den Versuch gemacht, in der Fraktion schon vor der ersten Lesung eine Festlegung unserer Abstimmung gegenüber der Erbschaftssteuer herbeizuführen. Ganz im Gegenteil habe ich gewünscht, daß unser Fraktionsredner Singer in der ersten Lesung sich und uns nicht festlegen möge. Genosse Singer hat denn auch planmäßig den Bedenken in der Fraktion Rechnung getragen und die Vorlage nur als „nicht geeignet" bezeichnet. Ledebour beschwert sich darüber, daß wir ihm seine Korrekturen vorhalten. Er hat in der Einleitung seines Berichts erklärt, daß ihm dankenswerte Korrekturen zugegangen seien, ich konnte nicht annehmen, daß ihm wichtige Stellen gegen seinen Willen gestrichen sind. (Ledebour: Ich habe Ihnen doch bereits erzählt, wie die Sache zusammenhing.)

Robert Schmidt-Berlin: Um weiteren verbitternden Diskussionen vorzubeugen, erkläre ich ausdrücklich, daß ich zum militärischen System dieselbe Stellung einnehme wie die Fraktion: strikte Ablehnung aller Forderungen. Was sollen unsere Gegner sagen, wenn unsere Parteigenossen sagen: Solchen Erklärungen glaube ich nicht. (Widerspruch Ledebours.) Sie haben sich solcher Angriffe zu enthalten, zu denen Sie Ihr Schlußwort mißbraucht haben. Genosse Ledebour hat nicht loyal gegen die Fraktion und die Parteigenossen gehandelt. (Zustimmung und Widerspruch.)

Parteisekretär Müller-Berlin: Wir haben an dem Sinn der Ausführungen des Ledebourschen parlamentarischen Berichts nichts geändert, und ich bin bereit, den Beweis zu erbringen.

David-Mainz: Wenn wir zur Erbschaftssteuer ein Nein aussprachen, so war das auch ein Ja für Steuern, die noch schlechter waren. (Widerspruch.) Unser Nein hätte der Regierung eine Reihe Steuern bewilligt, die noch schlechter waren. (Widerspruch Ledebours.) Ich muß weiter bestreiten, daß ich, wie Ledebour darstellt, den Fürsten Bülow gewissermaßen als einen uns lieben Staatsmann bezeichnet habe. Ich habe ausgeführt, daß die Frage des Bleibens oder Gehens Bülows nicht unsere Stellung zu den Steuervorlagen bestimmt. Für meine von Ledebour als unwahr bezeichnete Darstellung, daß voraussichtlich die Mehrheit der Fraktion in dritter Lesung sich für die Erbschaftssteuer entscheiden würde, bin ich bereit, den Beweis zu erbringen. Ich bin überzeugt, daß diese Mehrheit eine sehr große gewesen wäre. (Widerspruch.) Es ist das notwendig, da nach dem Schlußwort Ledebours in das Land hinausgetragen werden könnte, als ob wir gegen die Erbschaftssteuer gewesen wären.

Richard Fischer-Berlin: Wenn ich auch Geschäftsführer des „Vorwärts" bin, so werde ich mir doch jetzt und für die Zukunft das Recht nicht nehmen lassen, auch einmal gegen den „Vorwärts" zu sprechen. Ich habe nichts dagegen, daß die Redaktion des „Vorwärts" Genossen zu einer abweichenden Meinung die Spalten öffnet. Ich wende mich gegen den „Vorwärts" wegen seines Begrüßungsartikels, der eine vollständige Aufgabe seiner bisherigen Taktik darstellt. Zur Mißhandlung Bernsteins durch den „Vorwärts" werde ich nötigenfalls in Berlin sprechen.

Ledebour: Ich habe erst jetzt aus Robert Schmidts Bemerkungen entnommen, daß er Aeußerungen aus seiner gestrigen Rede zurücknimmt. Ich verbitte mir aber auf das entschiedenste seine Rechtsmeisterei. Als Referent habe ich das Recht und die Pflicht, meinem Schlußwort auf die Debatte zurück zu kommen. Das kann zu seiner Auffassung über die eventuelle Haltung der Fraktion bei der dritten Lesung nur durch eine Privatenquete gelangt sein. Davids Privatvergnügungen interessieren mich aber garnicht. Ich habe es nur mit praktischen Beschlüssen zu tun, und da liegt der oft erwähnte sachliche Beschluß vor, der bleibt bestehen, daß David in der Generaldebatte zu Bülow eine ganz andere Stellung eingenommen hat als alle anderen. Wir erklärten, daß Bülow unter allen Umständen gehen müsse. David aber sagte, wir wissen nicht, ob ein schlechterer an seine Stelle kommt. In meinem Bericht habe ich genau dieselbe Stellung eingenommen, wie in meinen Ausführungen hier. Die Sache mit den Streichungen sollte doch jetzt genügend aufgeklärt sein.

Eisner: Ledebour hat in seiner fein ironischen Weise dargelegt, wie ich Esel (Heiterkeit! Ledebour: da überschätzen Sie sich! Stürmische Heiterkeit) auf Vorrat alle möglichen Gesetzentwürfe ausgearbeitet zu wissen wünsche. Wäre Ledebour im Besitze des Lesens kundig von vernünftigen Anträgen (Heiterkeit), hätte er einsehen müssen, daß ich niemals so etwas verlangt habe, daß ich nur gewünscht, positive Gegenvorschläge an die Stelle von Abänderungsanträgen zu setzen. Wenn Ledebour bei seinem subjektiven Mißtrauen in die menschliche Arbeitskraft (Heiterkeit) diese Leistung Jahrhunderte in Aussicht nimmt (Heiterkeit), müssen wir leider für die etwas weiter gehende Arbeit der Herstellung einer sozialistischen Gesellschaft auf die wertvolle Mitarbeit eines Ledebour verzichten. (Stürmische Heiterkeit.)

Davidsohn: Fischer beliebt es bekanntlich, immer zu betonen, daß er kein Esel sei. (Fischer: Sehr richtig!) Er hätte wissen können, daß ich mich nicht dagegen gewandt habe, daß die „Vorwärts"-Redaktion kritisiert hat, sondern dagegen, daß er sie kritisiert hat.

David: Um ein richtiges Urteil über meine Aeußerungen zu treffend Bülow zu erhalten, muß man die Reichstagsberichte durchlesen. (Frank: Dazu braucht Ledebour Jahrhunderte!) Ledebour sprach von Privatenqueten. Nun, wenn man monatelang mit den Kollegen zusammenarbeitet, dann kennt man die Ansichten des einzelnen. Die Mehrheit der Fraktion wollte in dritter Lesung für die Erbschaftssteuer stimmen. (Widerspruch und Zustimmung.) Es waren nicht die Auffassungen Davids und Böhles, wie Ledebour sagte, sondern die Auffassung Bebels, hinter der die Fraktion in dieser Frage gestanden hat. (Hört! hört!) Ich habe mich nicht gegen die sachlichen Ausführungen in Ledebours Schlußwort, sondern gegen den Mißbrauch des Schlußwortes zu persönlichen Angriffen gewandt.

Ledebour: David hat eigentlich alles bestätigt, was ich gesagt habe. Nur auf Grund eines Fraktionsbeschlusses kann David behaupten können, daß die Mehrheit der Fraktion auf seinem Standpunkte stehe. Ein solcher Beschluß lag aber nicht vor. Die Eingangsworte des Eisnerschen Antrags beweisen, daß er nicht Tat, wie ich dargelegt habe, gesetzgeberische Aktionen verlangt. (Redner verliest die Eingangsworte des Eisnerschen Antrags. Eisner ruft: Weiter lesen!) — lesen Sie doch selbst Ihre Anträge noch einmal vor. (Große Heiterkeit.)

Bebel: Nachdem wiederholt von den verschiedensten Seiten mein Name in der Debatte genannt worden ist, bin ich zu einer kurzen Erklärung genötigt. Ich bin infolge meines gesundheitlichen Zustandes gezwungen gewesen, bereits bei Beginn der Pfingstferien Berlin und damit auch den Reichstag zu verlassen. Ich habe also den Verhandlungen, die nach Pfingsten — und das waren ja die entscheidenden Verhandlungen — über die Steuervorlagen gepflogen sind, weder im Reichstage, noch in der Fraktion beiwohnen können. Ich habe mich auch ganz selbstverständlich, da mir dringende Ruhe anempfohlen wurde, nicht irgendwie in diese Angelegenheit gemischt und etwa Genossen um Auskunft gebeten. Nachdem die Verhandlungen des Reichstages über diese Frage erledigt waren, bekam ich von Singer einen Brief, worin er mich in Kürze über die Verhandlungen der Fraktion zur Erbschaftssteuer unterrichtete, und da habe ich ihm geschrieben: es ist ja nunmehr die Sache erledigt, Ihr seid zu einer entscheidenden Stellungnahme in der Erbschaftssteuer nicht gekommen, aber ich würde es für unrichtig und für bedenklich gehalten haben, wenn Ihr gegen diese Vorlage in der dritten Lesung gestimmt haben würdet. (Lebhafter Beifall.)

Damit sind die persönlichen Bemerkungen erledigt. Es wird abgestimmt.

Die Anträge 80, 81 und 84, sowie die Resolutionen 41, 42 werden angenommen, der Antrag 83 der Fraktion zur Erwägung überwiesen, der Antrag 268 abgelehnt.

Singer:

Wir kommen nunmehr zur Erledigung der Anträge in bezug auf die

württembergischen Vorgänge.

Die Anträge 45, 46, 47, 48 und 50 sind zugunsten des Antrags 44 zurückgezogen. Es bleiben die Anträge 44 und 49. Parteigenossen! Im Verlaufe der Tagung des Parteitages ist von vielen Delegierten der Wunsch ausgesprochen worden, diese Angelegenheit in kameradschaftlicher, parteigenössischer Weise zu erledigen. (Beifall.) Dieser Wunsch, der auch von denjenigen geteilt wird, deren Handlung hier in Frage kommt, hat diese Genossen zu einer Erklärung veranlaßt, welche mir übergeben ist. Sie lautet:

„Die Beteiligten erklären: Wir haben durch unsere Teilnahme an diesem Ausflug selbstverständlich nicht beabsichtigt, an einer monarchischen Demonstration mitzuwirken. Soweit sich eine Auffassung vorherrscht, beruht sie auf irrigen Voraussetzungen und mangelhafter Information. Hätten wir jedoch annehmen können, daß dieser Ausflug in seinem weiteren Verlauf zu einer monarchischen Huldigung benützt werden würde, so wären wir, der Parteitradition entsprechend, die auch für uns maßgebend ist, der Veranstaltung ferngeblieben." (Beifall.)

Parteigenossen! Nach dieser Erklärung kann ich noch hinzufügen, daß der eigentlich zur Debatte stehende Antrag 49 von den Antragstellern, denen der Inhalt dieser Erklärung mitgeteilt worden ist, zurückgezogen ist. (Beifall.) Nunmehr möchte ich im Anschluß an diese Mitteilungen die Meinung aussprechen, daß ich voraussetze und der Zustimmung des Parteitages sicher bin, daß die Erklärung, die hier seitens der Beteiligten abgegeben wurde, wenn auch nicht formell für die sozialdemokratische Fraktion des württembergischen Landtages, aber doch auch für ihre übrigen Mitglieder gilt. Ich gebe ferner der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, daß auch in allen übrigen Körperschaften der Partei der Auffassung der Partei, daß es unsere Aufgabe nicht ist, an monarchischen Demonstrationen teilzunehmen (Sehr richtig!) nach wie vor auf das entschiedenste nachgekommen werden wird. (Beifall.) Was den einzelnen Fall anlangt, so schlage ich dem Parteitag vor, nach dieser von meinem parteigenössischen Standpunkt aus sehr erfreulichen Erklärung der an den Ausflug damals Beteiligten, diese Angelegenheit für erledigt zu erachten und in der Tagesordnung fortzufahren. (Lebhafter Beifall.) Ich höre gegen diesen Vorschlag keinen Widerspruch und stelle fest, daß der Parteitag einmütig beschlossen hat, die Angelegenheit für erledigt zu erachten und in der Tagesordnung weiterzugehen. (Lebhafter Beifall.)

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung: Parlamentarischer Bericht, erledigt. Bei der vorgerückten Zeit wird nicht sofort in die Verhandlungen des Punktes 4 eingetreten, aber um am Freitagnachmittag die Möglichkeit des Besuches des Konsumvereins in Leipzig-Plagwitz zu geben, noch ein paar einige Anträge erledigt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090916/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Es folgt die Beratung der Anträge 15 bis 20, 22 bis 24, 26, 29 und 260. Genügend unterstützt werden die Anträge 15, 19, 23 und 260.*) Die Anträge 18 und 20 werden zurückgezogen.

Den Antrag 15 bittet

Hoffmann-Hamburg dem Bildungsausschuß zu überweisen

Illustrationen in der „Maizeitung" seien jetzt viel schlechter in den 90er Jahren.

Parteisekretär **Müller-Berlin:** Wir können ja den Versuch machen. Im Bildungsausschuß sind ja die verschiedenen Kunstrichtungen vertreten. Er hat auch bei den Illustrationen des „Jakob" schon Erfolge erzielt.

Der Antrag wird dem Bildungsausschuß überwiesen. — Antrag 19 wird ohne Debatte angenommen.

Die Anträge 28 und 29, die den Vorstand auffordern, die Herausgabe eines Abendblattes des „Vorwärts" in Erwägung zu ziehen, begründet

Wels-Berlin: Die bürgerliche Presse ist heute in Berlin so stark in bezug auf neue Berichterstattung und Stellungnahme zu den schwebenden Tagesfragen, weil in dem gleichen Verlage Morgen-, Mittag- und Abendblätter erscheinen. Bei dem wachsenden Interesse, das insbesondere die sozialdemokratische Arbeiterschaft Berlins an dem politischen Leben nimmt, muß der „Vorwärts" in der Lage sein, in bezug auf Aktualität der bürgerlichen Presse gleichen Schritt zu halten, insbesondere mit Rücksicht darauf, daß es auch noch demokratische Montagsblätter gibt. Angesichts der Schwierigkeit der alsbaldigen Bereitstellung der rechnerischen Unterlagen bitten wir, den Antrag dem Parteivorstand und der Preßkommission als Material zu überweisen. Falls die Möglichkeit sich herausstellen sollte schon vor dem nächsten Parteitag ein Abendblatt des „Vorwärts" herausgegeben werden.

Der Parteitag beschließt gemäß dem Vorschlage Wels. Der Antrag 260 wird abgelehnt. Es folgt die Besprechung einiger Resolutionen.

Die Resolution 247,**) die eine Sympathieerklärung für die Opfer der russischen Gegenrevolution enthält, begründet

Liebknecht:

Aus der Presse wissen Sie, daß wir in Rußland jetzt eine so ungeheure Zahl von Hinrichtungen erleben, daß soviele Gefangene und Verbannte dort schmachten, wie es in keiner Periode der russischen Geschichte der Fall war. In den überfüllten Gefängnissen wüten Skorbut und Typhus. Die Wahnsinns- und Selbstmordfälle nehmen immer mehr zu. Die Henker kommen zu den Hinrichtungen nicht aus, so daß man zum Tode verurteilte unter dem Versprechen der Begnadigung veranlassen muß, andere Mitgefangene hinzurichten. (Pfuirufe.) Zur Ehre selbst der gemeinen Verbrecher in Rußland kann es gesagt werden, daß es trotzdem der Regierung schwer fällt, die zu solch niedrigen Henkerdiensten notigen Personen ausfindig zu machen. Von einem konstitutionellen Regime ist in Rußland keine Rede. Niemals hat dort eine ärgere Barbarei, eine schwerere Niederdrückung der Arbeiter stattgefunden als jetzt. Aus der jetzt herrschenden Depression wird zweifellos in wenigen Jahren schon die Revolution des Proletariats und der Bauern von neuem und erneut ihr Haupt erheben. Aber gerade auch als Deutsche haben wir alle Veranlassung, gegen die russischen Verhältnisse Stellung zu machen. Zweimal war diesen Sommer der blutige Zar in Deutschland. Jedesmal wurde er von der deutschen Regierung mit einem Schutzwall von Kriegsschiffen, Soldaten und Kanonen geschützt. Aber wenn ihm auch deutsche Behörden bewillkommnen und hier und da auch einige byzantinische Organe ihn begrüßen, der weitaus größte Teil des deutschen Volkes war mit seinem Herzen bei jener gewaltigen Demonstration des Kieler Proletariats und betrachtet den Boden, den der Vertreter des Zarenhofes betreten hat, als besudelt. (Stürmische Zustimmung.) In der letzten Zeit haben die Enthüllungen Burgews wieder unser Augenmerk gelenkt auf die russischen Spitzel. Die deutsche Regierung hat seit jeher Vertreter der russischen Spionage in Deutschland geduldet und duldet sie heute noch. (Sehr richtig!) Ich behaupte, daß es zur Irreführung bestimmte Mitteilungen sind, die die Polizei in die Presse lanciert hat, als würden derartige Spitzel in Deutschland nicht mehr geduldet. (Sehr richtig!) Und nicht nur die deutsche Polizei ist mit den Spitzeln handelseinig, sondern zur Schande Deutschlands sei es gesagt, auch die deutschen Universitäten. (Sehr richtig! und Pfuirufe.) Ich erinnere an den Dresdener Geheimbundprozeß gegen die russischen Genossen. In keinem Lande außer noch in Rußland herrscht dieser eines Kulturlandes wie Deutschland unwürdige Zustand, daß man den Ausländern jede politische Tätigkeit verbietet. (Sehr wahr!) Ich bitte Sie, unseren bedrängten kämpfenden Brüdern und Schwestern in Rußland, und auch denen, die sich bei uns in Deutschland aufhalten, durch einstimmige Annahme der Resolution unsere herzlichste Sympathie auszudrücken. (Lebhafter Beifall.)

Auf Vorschlag Singers wird von einer Debatte Abstand genommen und die Resolution einstimmig durch Akklamation angenommen.

Kaden beantragt in Ergänzung seines Berichts namens der Kontrollkommission den Ausschluß des Genossen Gottschling in Augsburg wegen seines parteischädigenden ehrlosen Verhaltens.

Der Antrag der Kontrollkommission wird angenommen.

Nach Verlesung eines Begrüßungstelegramms von der finnischen Sozialdemokratie tritt um 1 Uhr die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Singer eröffnet die Sitzung nach 3 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht der Kommissionsbericht über

Aenderung des Organisationsstatuts

nebst den Anträgen 9, 66 bis 238, 257, 258 und die Resolution 265.

Parteisekretär Ebert:

Ueber die Bedeutung der Parteiorganisation sind wir uns alle einig. Die Organisationsfrage ist stets mit großer Lebhaftigkeit, aber auch mit großer Sorgfalt behandelt worden. Im allgemeinen können wir von einer ruhigen, gediegenen, aber sicheren Entwickelung unserer Organisation sprechen. Der vorjährige Parteitag hat der Kommission bei der Aenderung des Statuts völlig freie Hand gelassen, aber im großen und ganzen konnte die Kommission sich auf Ausführung der in den Anträgen gegebenen Anregungen beschränken. Sie bestand aus 21 Mitgliedern, zu denen noch zwei Vertreter des Parteivorstandes traten. Ergebnis der Verhandlungen ist der am 19. Februar in der Parteipresse veröffentlichte Entwurf. Der Entwurf ist lebhaft erörtert worden, und hat auch einer vom Parteivorstand veranlaßten Konferenz der Leiter unserer Bezirks- und Landesorganisationen vorgelegen. Dann hat die Kommission nochmals beraten und alle Vorschläge berücksichtigt. An den trefflich bewährten Grundlagen der in Jena geschaffenen Organisation sind keine wesentlichen Aenderungen vorgenommen worden. Die Aenderungen beziehen sich hauptsächlich auf die Einfügung der Frauen in die Organisation, Aenderungen des Wahlmodus, des Ausschlußverfahrens usw. Dazu treten formale Aenderungen. Daß von nun an die Mitgliedschaft zur Parteiorganisation die Vorbedingung für die Zugehörigkeit zur Partei sein soll, ist nirgends angefochten worden. Die Aenderungen zu § 2, daß künftig in mehrere Wahlkreise umfassenden Orten die Zugehörigkeit zur Wahlkreisorganisation örtlich geregelt werden soll, ist durch die Praxis geboten. Es gibt großstädtische Kreise, die die dauernde Mithilfe der Parteigenossen der benachbarten Wahlkreise in Anspruch nehmen müssen. Weiter soll im § 2 bestimmt werden, daß in jedem Orte nur ein Ortsverein gegründet werden darf, während es bisher hieß, daß in allen Orten des Kreises Ortsvereine gebildet werden können. Den Ortsvereinen muß, wenn sie auch sehr gut Unterabteilungen der Wahlkreisorganisationen bilden können, eine gewisse Bewegungsfreiheit gegeben werden. Bildungsbestrebungen, Jugendbewegung, sozialpolitische Arbeiten stellen an das geistige Leben in den örtlichen Parteiorganisationen große Ansprüche. Die Anträge auf Einschränkung der Befugnisse der Ortsvereine standen zu sehr unter dem Eindruck eines gewissen Einzelvorkommnisses. Es genügt, wenn bestimmt wird, daß die Ortsvereine als Unterabteilungen der Wahlkreisorganisationen sich deren Beschlüssen zu fügen haben. Durch den Namen „Ortsgruppe" ändert man doch gar nichts. Also wozu eine gebräuchliche Bezeichnung abändern? Ueber § 4 ist heftig diskutiert worden; die Kommission hat aber zuletzt mit allen gegen 4 Stimmen das Festhalten an der Fassung des ersten Entwurfs beschlossen. Es handelt sich um die Verpflichtung der Organisationen, denen weibliche Mitglieder angehören, diesen eine Vertretung im Vorstand zu gewähren. Mehrere abschwächende Fassungen wurden vorgeschlagen. Wir sind aber im Einklang mit Leitern großer Bezirksorganisationen der Meinung, daß ein sanfter Druck noch vielfach ausgeübt werden muß, um die Vorstände zu bewegen, ihren kleinbürgerlichen Adam in der Hinsicht auszuziehen. Bei der großen Bedeutung der Frauenbewegung für unsere Partei ist es nötig, keine Abschwächungen eintreten zu lassen. Wir bedürfen zu unserer Aufklärungsarbeit unter den Frauen dringend eine Anzahl wohlgeschulter Genossen. Die beste Schulung aber ist die Heranziehung zur praktischen Arbeit in den Organisationsvorständen. Ich möchte also dringend um Zustimmung zu der von uns gewählten Formulierung bitten.

Im § 5 ist die Bestimmung über die unentgeltliche Lieferung der „Gleichheit" an die Frauen wieder gestrichen. (Zustimmung.) Selbstredend ist es wünschenswert, daß die Organisationen ihren weiblichen Mitgliedern die „Gleichheit" zugängig machen. Aber die Materie gehört nicht ins Gesamtstatut der Partei. Auch Genossin Zetkin ist durchaus dieser Meinung. — § 5 bringt dann weiter die Einführung eines einheitlichen Mindestbeitrages. Eine große Anzahl Organisationen erheben so niedrige Beiträge, daß damit offenbar die Aufgaben der Organisationen nicht erfüllt werden können. Ueber die Einführung eines einheitlichen Mindestbeitrages war man einer Meinung. Unter 50 Anträgen wollen nur zwei den alten Zustand noch aufrechterhalten. Meinungsverschiedenheiten bestanden nur über die Höhe des festgesetzten Mindestbeitrages. Eine erhebliche Minderheit trat für einen Wochenbeitrag von 10 Pf. ein. Die Vertreter der Bezirke mit 20 Pf. Monatsbeitrag bezeichneten das als einen zu großen Sprung. Der wöchentliche Zehnpfennigbeitrag hätte für 60 Proz. der männlichen Organisierten eine Erhöhung bedeutet. Wir haben gar keine Veranlassung, in den Organisationen endlose, breite Beitragsdebatten zu entfesseln. Unser Vorschlag, einen Monatsbeitrag von 80 Pf. zu normieren, wird für etwa 100 000 Organisierte eine Beitragserhöhung um durchschnittlich 10 Pf. pro Monat herbeiführen. Das bedeutet für die Gesamtpartei eine jährliche Mehreinnahme von etwa 100 000 M., also immerhin einen ganz erheblichen Fortschritt. Ferner bedeutet unser Vorschlag Herbeiführung der sehr nötigen Einheitlichkeit und Ordnung in unserem Beitragswesen. Er erleichtert die Kontrolle und stärkt dadurch schon die Einnahmen der Zentralkasse ganz erheblich. (Sehr richtig!) Selbstredend würden wir noch lieber den Wochenbeitrag von 10 Pf. haben. Jetzt aber würde, wie gesagt, der Sturm zu groß, und so bitten wir denn den Parteitag, sich mit Annahme der Resolution 265 zu begnügen, die auf baldmöglichste Einführung des 10 Pf.-Wochenbeitrages dringt. Für die weiblichen Mitglieder schlagen wir einen Monatsbeitrag von 15 Pf. vor. — Ferner schlagen wir vor, im § 5 zu sagen, daß von den erhobenen regelmäßigen Mitgliederbeiträgen mindestens 20 Proz. an die Zentralkasse abzuführen sind. Damit soll dem weitverbreiteten Unfug vorgebeugt werden, daß ein niedrigerer Grundbeitrag erhoben wird, um die Verpflichtung gegenüber der Zentralkasse möglichst niedrig stellen zu können, während die betreffende Organisation dann noch einen Zuschlag erhebt, von dem sie keine Prozente an die Zentralkasse abführt. Mehr zu zahlen steht den Wahlkreisorganisationen natürlich frei. (Heiterkeit.) Dagegen bitte ich dringend, alle Anträge abzulehnen, welche den Organisationen niedrigere Beiträge erlauben wollen. — Die Paragraphen über die Vertrauenspersonen können aufgehoben werden, da diese Institution durch das Vereinsgesetz hinfällig geworden ist. — § 6 schlägt ein einheitliches Geschäftsjahr für alle Parteiorganisationen vom 1. Juli bis 30. Juni vor. Das empfiehlt sich auch im Hinblick auf die Berichterstattung bei den Parteitagen. Entschieden bitte ich die Normierung auf den 1. April bis 31. März abzulehnen. Bei der guten Einrichtung der Fragebogen reicht die Zeit vom 1. Juli bis zum Parteitage für die Berichterstattung völlig aus. Die bayerischen Genossen wünschen, daß die Kreisorganisationen nicht direkt an den Vorstand, sondern an die Bezirksorganisationen, diese wieder an die Landesorganisationen und erst die Landesorganisationen an die Zentrale berichten sollen. Nun ist gewiß zu wünschen, daß auch die Landesorganisationen, wo solche bestehen, Berichte erhalten. Die bayerischen Wahlkreisorganisationen sollen künftig zwei Berichtsformulare erhalten, damit sie sowohl an den Parteivorstand wie an den bayerischen Landesvorstand berichten. Genosse Auer, der dem bayerischen Landesvorstand angehört, hat sich in der Kommission mit dieser Regelung ausdrücklich einverstanden erklärt.

Eine wichtige Aenderung im Organisationsstatut bringt § 7. Wir schlagen vor, daß künftig in Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder 1 Delegierter, bis 3000 2, bis 6000 3, bis 12 000 4, bis 18 000 5 und über 18 000 6 Delegierte gewählt werden können. Wir wollen natürlich nicht eine Verpflichtung, sondern nur eine Berechtigung einführen, von dieser Vertretungsnormierung Gebrauch zu machen. Der lange aufrecht erhaltene Boden, jedem Kreise ohne Unterschied drei Delegierte zuzubilligen, hat sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten lassen. Wir haben Berechnungen angestellt, woraus sich ergab, daß in Nürnberg auf die erste Gruppe der Delegierten (aus den Kreisen mit 1 Delegierten nach unserem Vorschlag) 845 und auf einen Delegierten der 6. Gruppe (Kreise mit 6 Delegierten) 6172 Mitglieder entfallen. Das ist ein unhaltbarer Zustand. In Essen stellte die erste und zweite Gruppe, die nur ein Drittel der Gesamtheit der Mitglieder umfaßt, die Mehrheit, auf dem Nürnberger Parteitag sogar die übergroße Mehrheit der Delegierten. Von einer schematischen Regelung haben wir mit Absicht abgesehen. Auf dem platten Lande und den Kleinstädten ist die Organisation schwieriger durchzuführen, und wir haben Sorge getragen, den betreffenden Kreisen auf den Parteitagen einen möglichst weitgehenden Einfluß einzuräumen. Aber das darf nicht so weit gehen, daß schließlich die großen und starken Organisationen, die das Rückgrat der Parteiorganisation sind, von den kleineren und mittleren Organisationen geradezu erdrückt werden. Nach einer von uns aufgestellten Wahrscheinlichkeitsrechnung würden nach dem von uns aufgestellten Modus auf einen Delegierten in der ersten Gruppe 1165, in der zweiten 1609, in der dritten 2357, in der vierten 2414, in der fünften 2919 und in der sechsten 8009 Mitglieder entfallen. Wir glauben nach Lage der Dinge, das Beste mit diesem Vorschlage gefunden zu haben. Die von uns gewählte mäßige Steigerung bewirkt, daß selbst eine erhebliche Mitgliederzunahme eine wesentliche Verschiebung nicht herbeiführen sollte. Wir schlagen ferner vor, daß die Zahl der Mitglieder der einzelnen Organisationen nach den an die Partei abgeführten Beiträgen berechnet werden sollen. Das wird uns auch eine kontinuierliche zahlenmäßige Feststellung der Wirkungen dieses Wahlmodus ermöglichen. Wir bitten Sie, sich mit dem § 7 in unserer Fassung einverstanden zu erklären zu wollen. — Dem Vorschlag, die Delegierten durch die Bezirksorganisation statt durch die Kreisorganisation wählen zu lassen, kann die Kommission nicht beipflichten. Ebensowenig dem Vorschlage, die Wahlen zu den Parteitagen in Form der Urabstimmung vornehmen zu lassen. Das letztere würde in nicht wünschenswerter Weise vermindernd auf den Besuch der Parteiversammlung wirken. Wer seine Stimme bei den Delegiertenwahlen abgibt, soll über das, was auf dem Parteitag vorgeht, unterrichtet werden. Nun, für einzelne Wahlkreise mag die Urabstimmung sich empfehlen; diesen mag man darin freie Hand lassen. — Würde dem Antrage stattgegeben, die Kosten der Gesamtdelegation zum Parteitage von der Zentralkasse tragen zu lassen, so würde das mehr Geld kosten, als die in Aussicht genommene Erhöhung der Parteibeiträge einbringt. Außerdem würde das dahin führen, daß auch künftighin die kleinen Wahlkreisorganisationen die große Mehrheit auf dem Parteitag bilden würden. Wir können auch nicht einer Bestimmung zustimmen, daß etwa nur den kleineren Organisationen die Kosten ersetzt werden sollen. Das wäre ungerecht, und wo wäre da die Grenze? — Ueber den Passus, daß, wenn mehrere Delegierten zu wählen sind, unter ihnen möglichst eine Genossin sein soll, braucht nichts weiter gesagt zu werden.

Lebhaft diskutiert ist worden über das Recht der Reichstagsfraktion zur vollberechtigten Teilnahme an dem Parteitag. Schließlich hat die Kommission aber doch mit großer Mehrheit beschlossen, dem Parteitag zu empfehlen, es bei dem bisherigen Modus zu belassen. Die Erfahrungen in anderen Ländern sollten uns auch veranlassen, keine Aenderung eintreten zu lassen. Die Fraktion nur durch eine Delegation vertreten zu lassen, ist außerordentlich schwierig. Andere wieder wollen zwar die ganze Fraktion zulassen, aber ihr nur eine beratende Stimme einräumen. Auch diesem Vorschlag kann die Kommission nicht zustimmen. Vollmar hat schon in Jena hervorgehoben, daß die Fraktion immer nur von ihrem Recht einen sehr mäßigen Gebrauch macht. Durchweg sei nur die Hälfte der Fraktionsmitglieder erschienen. Auch diesmal sind nur 23 von 48 Mitgliedern anwesend, obwohl doch von vornherein feststand, daß große Debatten über die parlamentarischen Vorgänge stattfinden sollen. Dazu kommt, daß innerhalb der Fraktion gewöhnlich sehr große Meinungsverschiedenheiten bestehen und die Stimmen der Fraktion wohl nie geschlossen abgegeben werden. Man kann nicht einer wesentlichen Gruppe von Parteigenossen eine Art passive Rolle zuweisen. Man soll nicht zwei Klassen von Delegierten schaffen, sondern den Fraktionsmitgliedern das volle Recht der Teilnahme wie bisher lassen. Die Kommission schlägt ferner vor, daß Referenten des Parteitages als Parteitagsteilnehmer zugezogen werden können und will das nicht statutenmäßige, aber sozusagen gewohnheitsrechtliche Teilnahmerecht der Redaktion des „Vorwärts" wie der „Neuen Zeit" auf Vertreter anderer Parteiinstitutionen ausdehnen. Die Zuziehung soll aber bei der großen Anzahl von Institutionen, die dabei in Betracht kommen, dem Parteivorstand überlassen werden, und die zugezogenen Vertreter sollen nur beratende Stimme haben. Die Aenderungen im folgenden Paragraphen sind wesentlich formaler Natur. Die Kommission hat mit Mehrheit beschlossen, das Recht der Reichstagsfraktion auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages zu streichen. Man hat ja doch niemals Gebrauch von ihm machen brauchen. Dagegen sollen künftig schon 10 Wahlkreisvorsitzende das Recht haben, einen außerordentlichen Parteitag zu beantragen. Im § 14 haben wir die in Nürnberg getroffene Vereinbarung über die Wahl einer Genossin in den Vorstand mit aufgenommen. Im § 19 wird dem Parteivorstand aufgegeben, in wichtigen Fragen die Vorsitzenden der Bezirks- und Landesorganisationen gutachtlich zu hören und ebenfalls eine Konferenz dieser Organisationen einzuberufen. Selbstredend können diese Konferenzen nicht bindende Beschlüsse fassen. — Zu dem Paragraphen über die Kontrollkommission haben die Straßburger Genossen angeregt, in diese Kommission keine in Abhängigkeit von der Gesamtpartei befindlichen Personen zu wählen. Wir haben noch nicht gefunden, daß solche Genossen in der Kontrollkommission sich in der Vertretung ihrer Auffassung beschränkt auferlegt haben. Man sollte der Straßburger Anregung um so weniger stattgeben, als man sonst, wie ja bisweilen in Gewerkschaften schon verlangt worden ist, zu einer ähnlichen Bestimmung über die Teilnahme an Parteitagen kommen könnte, was sehr bedenklich sein sollte. — Anträge, dem „Vorwärts" den Charakter als Zentralorgan zu nehmen, sind aus sehr guten Gründen und im Einklang mit mehrmaligen Parteitagsbeschlüssen von der Kommission einstimmig abgelehnt worden. — Die Frage des Ausschlusses aus der Partei ist besonders eingehend erörtert

---

15. Hamburg II: Der Parteitag setzt eine Kommission ein, die die Aufgabe hat, die künstlerische Ausgestaltung der Maifeste in die Hand zu nehmen.

16. O. Habicht-Charlottenburg: Den neueintretenden Mitgliedern werden in monatlichen Abständen sechs aufeinanderfolgende Broschüren, in denen die Grundsätze, Forderungen und die Organisation der Partei in gemeinverständlicher Weise erläutert werden, unentgeltlich verabfolgt.

17. Bremen: Der Parteivorstand wird beauftragt, mit den Gewerkschaften vertrauliche Verhandlungen zu pflegen, um eine Regelung in der Verbreitung von Parteiliteratur an die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen zu Vorzugspreisen herbeizuführen.

18. Eilenburg: Der Parteitag wolle beschließen, daß die Verbilligung der Parteischriften, einschließlich der „Neuen Zeit", stattfinden hat.

19. 1. badischer Kreis: Der Parteitag möge Mittel und Wege suchen, um eine bessere künstlerische Ausstattung der Maifeste zu ermöglichen sowohl als auch des „Wahren Jacob" herbeizuführen.

20. Eilenburg: Der Parteivorstand wird beauftragt, Agitationsstoff in Manuskriptform herauszugeben.

22. Mannheim: Um der Schundliteratur mehr als bisher entgegenarbeiten zu können, sind auf dem diesjährigen Parteitage Mittel und Wege zu suchen, um eine geeignete Zeitschrift, vielleicht ähnlich wie die „Gartenlaube", und für den Preis von 20 Pf., wöchentlich für die Frauen und für die Jugend zu gründen.

23. Breslau: Um die Agitation gegen die vielen bürgerlichen Frauenzeitungen, die im Proletariat Hunderttausende von Abonnenten haben, erfolgreicher betreiben zu können und die Einführung der „Gleichheit" zu erleichtern, beantragen wir, das Blatt als Frauenzeitung weiter auszugestalten und wöchentlich erscheinen zu lassen.

24. Mannheim: Der Erscheinungstag des „Wahren Jacob" vom Dienstag auf Sonnabend zu verlegen. Ferner wird ersucht, den „Wahren Jacob" mehr denn bisher den Charakter eines politischen Witzblattes zu geben.

26. Wahlverein der V. P. S. Kattowitz-Zabrze: Der Parteitag wolle beschließen, die bis jetzt dreimal wöchentlich erscheinende „Gazeta Robotnicza" in ein Tageblatt umzuwandeln.

28. Berlin V: Die Herstellung eines Abendblattes des „Vorwärts" in Erwägung zu ziehen.

29. Zentralvorstand und Delegierte Groß-Berlins: Den Antrag Berlin V dem Parteivorstand und der Preßkommission des „Vorwärts" als Material zu überweisen.

260. Der Ortsverein Harburg beantragt: „Das Parteibureau ist dahin auszubauen, daß der Parteipresse auch Berichte von Generalversammlungen der Gewerkschaften und über Gewerkschaftsverhandlungen, die ein öffentliches Interesse haben und für die Arbeiter von agitatorischer Bedeutung sind, übermittelt werden. Die dadurch entstehenden Kosten sind prozentual wie bisher zu verrechnen.

**) 247. Potsdam-Osthavelland: Der Parteitag brandmarkt mit Abscheu die blutigen Greuel, unter denen die Gegenrevolution in Rußland ihren weißen Schrecken verbreitet.

Er spricht den unglücklichen Opfern dieser fluchwürdigen Ordnung und den heldenmütigen Kämpfern gegen sie seine brüderliche Sympathie aus.

Er weist jede Gemeinschaft mit dem doppelt hochverräterischen und meineidigen Zarismus entschieden zurück.

Er betrachtet es als eine Schmach für Deutschland und das deutsche Volk, daß der mitschuldige Träger dieses Regimes unter Duldung deutscher Behörden seinen Fuß auf deutschen Boden setzen konnte und daß deutsche Soldaten zur Bewachung des gekrönten Verbrechers kommandiert werden konnten, während die besten Vertreter des russischen Volkes von den deutschen Behörden in brutaler und kleinlicher Weise verfolgt und gehetzt werden.

Er gelobt, daß sich die deutsche Sozialdemokratie auch künftig den russischen Freiheitskämpfern solidarisch fühlen und den Opfern dieser Freiheitskämpfe mit besten Kräften bereitwillige Unterstützung leisten wird.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090916/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

worden. Das bisherige Verfahren belastete zu sehr den Parteivorstand. Wir hatten im letzten Jahre allein 69 Schiedsgerichtssachen zu erledigen. Die Kommission schlägt vor, künftig als erste Instanz die Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen zu bestimmen. Als zweite Instanz schlägt die Kommission das Schiedsgericht in der bisherigen Verfassung vor. Die endgültige Entscheidung des Parteitags wird man nicht ausschalten können. Die Kontrollkommission wird künftig nicht mehr bei dem Ausschlußverfahren im Frage kommen. Die Mitglieder der Kontrollkommission werden nicht böse darüber sein, im Gegenteil.

Nach der Interpretation von Vollmar als Kommissionsreferenten durften die Schiedsgerichte nur ausschließen oder freisprechen, nicht aber Rügen erteilen, von Vertrauensämtern ausschließen usw. Sie haben es aber doch getan, und die Vorsitzenden der Bezirksorganisation als alte Praktiker dringen mit aller Entschiedenheit darauf, daß den Schiedsgerichten künftig auch statutenmäßig dies Recht eingeräumt wird. Dafür schlagen wir vor, auch gegen Rügen ein Berufungsrecht einzuräumen. Heftig angegriffen ist unser Vorschlag auf Erweiterung der Ausschlußmöglichkeiten. Die Kommission war aber in unserer Mehrheit der Ansicht, daß eine solche Erweiterung dringend notwendig sei. Es müssen auch Sachen zum Ausschluß führen können, die ohne einen Verstoß gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder eine ehrlose Handlung zu bedeuten, doch das Parteiinteresse im hohen Maße gefährden. Behauptet man von der einen Seite, wir wollten Ketzerriecherei treiben, so wird auf der anderen unser Vorschlag Kautschuk genannt. Ein anderer, ein betriebsamer Vielschreiber, sprach von „mörgelnder Neuerungssucht", von einem „Wegweiser zur Spaltung der Partei" usw. Wir haben nochmals über die Sache beraten und ich bin einhellig beauftragt worden, zu erklären, daß es keinem Kommissionsmitglied einfällt, die Freiheit der Meinungsäußerung in der Partei angreifen zu wollen. (Bravo!) Wir haben uns nunmehr auf eine Fassung geeinigt, die, wie wir glauben, allen Einwendungen vorbeugt. „Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteiorganisation oder des Parteitages das Parteiinteresse schädigt." In bezug auf die Wiederaufnahme Ausgeschlossener schlagen wir vor, daß die Organisation, die den Ausschluß beantragt hat, gutachtlich vor der Entscheidung zu hören ist. Wie der Antragsteller, so soll auch die Organisation das Recht haben, die Entscheidung des Parteitages anzurufen. Die bayerischen Genossen wollten nur dem Angeschuldigten das Recht einräumen. Sie sprachen von Einschränkung des staatsanwaltlichen Berufungsrechts. Aber man kann doch nicht unsere Organisation mit der Staatsanwaltschaft vergleichen, die das Organ der Klassenjustiz ist. Das Berufungsrecht liegt im Interesse eines geordneten Parteilebens.

Ein Antrag von Posen verlangt Regelung des Verhältnisses der polnischen sozialdemokratischen Partei zur sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Wir empfehlen aber, es bei dem bisherigen Verhältnis, das nicht einseitig abgeändert werden kann, zu belassen und die Posener Anträge abzulehnen.

Alle Einzelheiten des Entwurfs und der zahlreichen dazu vorliegenden Anträge zu besprechen, hätte sich in keiner Weise empfohlen. Die Kommission hat fleißig gearbeitet, um dem Parteitag ein möglichst fertiges Werk vorlegen zu können und ihm so seine Arbeit zu erleichtern. Wir bitten unsere Vorschläge sachlich zu prüfen und hoffen, daß es durch die Verhandlungen gelingen möge, die Reihen unserer Organisationen enger zu schließen, ihre Schlagfertigkeit zu verbessern und die wichtigste Waffe im Kampf um unsere Politik möglichst wuchtig zu gestalten. (Lebh. Beifall.)

Auf Vorschlag Singers werden mit dem Referat sogleich sämtliche Anträge mit zur Generaldiskussion gestellt.

Peus-Dessau

regt zunächst an, nach dem Vorgang von Anhalt die Beiträge nach dem Einkommen der Mitglieder zu staffeln. Die Kreise sollen mit Recht die Kosten der Delegation tragen. Dann dürfen aber nicht die Bezirke sie übernehmen. Mir ist z. B. bekannt, daß meines Erachtens unberechtigterweise die Delegationskosten Berlins aus einer Kasse bezahlt werden. Die Vertreterkonferenzen sollten auch Beschlußkraft haben. Der Kontrollkommission sollte man unter gleichzeitiger Verstärkung ihrer Mitgliederzahl regionale Zusammensetzung geben.

Sindermann-Dresden

bittet um enblock-Annahme des Organisationsentwurfs. Die Staffelung der Beiträge würde zu Steuerhinterziehungsprozessen führen. (Heiterkeit.) Die besser gestellten Parteigenossen leisten sowieso Außerordentliches.

Hüttmann-Frankfurt a. M.

Der Entwurf bedeutet einen erheblichen Schritt vorwärts, wenn er auch noch nicht allen Anforderungen entspricht. Die Bezirksorganisation muß weiter ausgebaut werden. Dem Unfug, daß einzelne Wahlkreise sich ein besonderes Statut geben, muß gesteuert werden.

Müssinger-Magdeburg

weist auf die guten Erfolge Magdeburgs mit dem 10 Pf.-Wochenbeitrag hin und empfiehlt den Antrag 141, der die Einführung der Urabstimmung nach Bezirken und Listenwahl fordert. Mit dem demokratischen Proportionalverfahren, das wir für alle Wahlen fordern, sollten wir doch bei uns selbst anfangen.

Dißmann-Hanau:

Wir sollten die Beiträge der weiblichen Mitglieder auf das allernotwendigste beschränken. Nach Ueberwindung der Krisis werden gewaltige Mehreinnahmen der Zentralkasse zufließen. Wir sind der Ansicht, daß die Reichstagsfraktion in Zukunft nicht mehr beschließende Stimme auf dem Parteitag haben soll. Die Delegierten der Organisation und nicht eine separate Gruppe wie die Reichstagsfraktion sollen auf dem Parteitag die Entscheidung fällen. Mit den Parteifunktionären sind übrigens nicht 23, sondern 31 Abgeordnete anwesend.

Ottilie Baader-Berlin:

Ich bitte um Ablehnung aller Anträge, die die zwingende Bestimmung des § 4 über die weiblichen Vorstandsmitglieder beseitigen oder einschränken wollen. Auf die Genossen, die der Organisation der Frauen noch lässig gegenüberstehen, muß ein gewisser Zwang ausgeübt werden. (Sehr richtig!) Was die Beiträge der Frauen betrifft, so ist die Hauptsache die Aufklärung, nicht aber die Frage, ob 5 Pf. mehr oder weniger Beitrag gezahlt werden soll. (Sehr gut!) In Berlin waren es nicht die Frauen, sondern die Männer, die für niedrigere Beiträge eintraten. Eine Degradierung der Frau ist es, wenn gesagt wird, der Mann zahlt den Beitrag für sie. Wir Frauen verdienen uns den Beitrag selbst und auch die nicht erwerbsfähigen Frauen ersparen ihrem Mann tausendfältig die 15 Pf. dadurch, daß sie die Kinder in unserem Geist erziehen. (Sehr gut!) Lassen Sie es also bei dem Kommissionsvorschlag. Die einzelnen Kreise können ja einen höheren Beitrag nehmen. In Berlin glaube ich, wird der Beitrag von 20 Pf. für die Frauen bestehen bleiben. Was die Lieferung der „Gleichheit" betrifft, so sind die organisierten Frauen so selbstbewußt, daß sie selbst das aufbringen wollen, was für ihre geistige Ausbildung notwendig ist. Die Frauen wollen die „Gleichheit" gern bezahlen und die Beiträge so gestalten, daß etwas für die Agitation unter dem weiblichen Proletariat übrig bleibt, damit die Frauen zielbewußte Sozialisten werden und die Jugend im sozialistischen Sinne erziehen können. (Lebhafter Beifall.)

Massa-Tegel

zieht namens der Niederbarnimer Delegierten den Antrag 9 zurück, der durch die Erklärung Eberts erledigt sei, wonach die Ortsvereine sich den Beschlüssen der Kreiswahlvereine unterzuordnen haben.

Zorn-Fürth:

An sich wären Wochenbeiträge das idealste; sie sind auch dort angebracht, wo wöchentliche Zahlabende eingerichtet sind, nicht aber dort, wo, wie in Bayern, kassiert werden muß. Ich bin deshalb beauftragt, gegen den Antrag auf einen Wochenbeitrag zu stimmen. Wir müssen angesichts der Depression froh sein, wenn wir mit einer Fünfpfennig-Beitragserhöhung bei den Mitgliedern durchkommen. Doch sind wir bereit, dieser Beitragserhöhung zuzustimmen. Die Anträge auf Uebernahme der Delegationskosten auf die Parteikasse lehnen wir ab; dagegen sollten allerdings die Kreise, die nicht in der Lage sind, einen Delegierten zu senden, vom Parteivorstand unterstützt werden. Wir lehnen auch ab, daß Frauen in den Vorstand gewählt werden müssen. Wo befähigte Genossinnen vorhanden sind, werden sie auch in den Vorstand gewählt; ich sehe nicht ein, warum das ausdrücklich als Zwang ausgesprochen werden muß. Ich bin nicht damit einverstanden, daß die Anmeldung der Vorstandswahl in Ortsvereinen beim Parteivorstand zu dem Zweck geschieht, damit der Parteivorstand als solcher mit den Vereinen direkt in Verbindung treten kann. Das würde nur störend wirken.

Friedrich-Zwickau:

Im großen ganzen kann man dem Entwurf der Kommission zustimmen. Ich habe mich gefreut, daß den zahlreichen Wünschen, die Rechte der Frauen im Vorstande zu beschränken, nicht Rechnung getragen ist. Die sächsischen Wahlkreise erheben mit drei Ausnahmen einen wöchentlichen 10 Pf.-Beitrag. Wenn das in Sachsen möglich ist, wo das Elend zu Hause ist, warum sollte das nicht in anderen Gegenden Deutschlands möglich sein. Beanstanden möchte ich, daß man nach wie vor der Reichstagsfraktion die vollen Rechte auf dem Parteitag einräumen will. Bei der Debatte der letzten Tage hat die Reichstagsfraktion als solche keine Seide gesponnen. (Widerspruch und Zustimmung.) Warum soll man der Reichstagsfraktion eine Extrawurst braten. (Sehr richtig!) Wir wollen doch die Zahl von 81 Abgeordneten nicht nur einholen, sondern überholen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn dann die ganze Fraktion anwesend ist, sein müßte, so ist das eine Privilegierung der Fraktion. Was den Ausschluß betrifft, so sollte man ein Wort finden, das zweifellos den Ausschluß festsetzt. (Vollmar: Kleines Sozialistengesetz!)

Gottschalk-Königsberg:

Die Bestimmungen über die Delegation befriedigen nicht. Auch fernerhin wird die geographische Lage des Parteitagsortes wesentlich mitbestimmend sein für die Zusammensetzung des Parteitages. Die benachbarten kleineren Orte werden verhältnismäßig in viel größerer Zahl vertreten sein als die entfernteren, nicht leistungsfähigen Orte. Ich empfehle Ihnen daher den Grundgedanken des Magdeburger Antrages und des Königsberger Antrages. Das Ausschlußverfahren bedeutet in der veränderten Gestalt keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Bei dem Verfahren sollten wie bisher auch vom Angeschuldigten bestimmte Männer mitwirken.

Dr. Liebknecht

begründet den Antrag 152. Genosse Ebert sprach von der Notwendigkeit einer engeren organisatorischen Verbindung der Fraktion mit der Partei. Das ist richtig, gilt aber auch für die Vertreter der zentralen Preßorgane der Partei. Die Presse ist ein ebenso wichtiger Faktor in unserer Partei wie die Reichstagsfraktion (Sehr richtig!) und darum sollte, was den Mitgliedern der Fraktion recht ist, auch den Vertretern der zentralen Presse billig sein. Nun sollen aber die Fraktionsmitglieder ihr Stimmrecht behalten, während die Vertreter der zentralen Presse keins erhalten sollen. Alles spricht für vollberechtigte Hinzuziehung von Vertretern der erwähnten Preßorgane mit Stimmrecht. Und es empfiehlt sich nicht, die Hinzuziehung von dem Parteivorstand abhängig zu machen. Es war bedauerlich, daß im vergangenen Jahre Genosse Kautsky erst in einem anderen Wahlkreis delegiert werden mußte, und daß sich allerlei Erörterungen in Presse und Versammlungen daran knüpften. Gewiß läßt sich die Zahl der Vertreter der Institutionen, die eventuell hinzuzuziehen sind, heute nicht abgrenzen. Aber das ist kein Grund, die Degradation dieser ungemein wichtigen Parteiorgane aus dem Statut zu beseitigen.

Singer teilt mit, daß noch ein Antrag 274 eingegangen ist.*)

Hennig-Halle

bedauert, daß der Referent kein Wort über den Antrag 267 gesagt hat, der die Urabstimmung über die Beschlüsse des Parteitages einführen will. Wir verlangen im Einklang mit dem Charakter unserer Partei als demokratische Massenpartei, daß wichtige Beschlüsse des Parteitags, von denen nicht zweifellos feststeht, daß sie die Zustimmung der Parteigenossen haben, einer Urabstimmung unterzogen werden. Wir verlangen das Referendum für Staat und Kommune, warum sollen wir es nicht in unserem eigenen Hause einführen? Wir müssen die Garantie haben, Parteitagsbeschlüsse den Massen zur Nachprüfung unterbreiten zu können. Denken Sie nur an die Erregung, die entstanden wäre, wenn in Nürnberg ein anderer Beschluß gefaßt worden wäre. Die Urabstimmungen sollen die Entscheidung auf die Massen abwälzen, da doch einmal die entscheidende Schlacht nicht von uns Vertretern sondern von den Massen geschlagen wird. Die Massen müssen der entscheidende Faktor bei den Beschlüssen sein. (Zuruf: Undurchführbar!)

Schmitt-München:

Wir wünschen in erster Linie, daß in § 4 die Bestimmung, daß weibliche Mitglieder den Organisationsvorständen angehören müssen, gestrichen wird. Wir tun das nicht aus Animosität gegen die Frauen, denn wir haben sofort nach Beseitigung des Hindernisses Frauen in den Kreisvorstand gewählt; aber der ganze Satz paßt nicht in das Statut einer Organisation, die für die Gleichberechtigung der Frauen ist. Dem Mindestbeitrag von 30 Pf. stimmen wir zu. Ich betone bei dieser Gelegenheit, daß die gegen die Südbayern erhobenen Vorwürfe in bezug auf die materiellen Leistungen unberechtigt sind. Wir haben die Agitation aus eigenen Mitteln betrieben; es widerstrebt uns, auf der einen Seite zu geben, auf der anderen zu nehmen. Weiter wünschen wir, daß der Reichstagsfraktion das Recht gegeben wird, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen. Die Bestimmungen über das Ausschlußverfahren passen uns weder in ihrer ersten, noch in ihrer zweiten Fassung. Es ist von Genossen die Rede, die beharrlich Beschlüssen ihrer Parteiorganisation oder des Parteitags zuwiderhandeln. Solche Genossen sind an sich unmöglich, und es macht auf mich einen deprimierenden Eindruck, daß wir solche Bestimmungen treffen sollen. Gerade in erregten Zeiten kann es vorkommen, daß tüchtigen Genossen, die den guten Willen haben und in bester Absicht einem Beschluß zuwiderhandeln, daraus Fußangeln gelegt werden. Auch die sonstigen Bestimmungen über die Schiedsgerichte sind so, daß wir schließlich vor lauter Schiedsgerichten zu keiner praktischen Arbeit mehr kommen. (Sehr wahr!)

Simon-Nürnberg:

Ich warne vor der Einführung von Staffelbeiträgen. Der Hinweis auf die Gewerkschaften ist hinfällig, denn die Gewerkschaften zahlen für höhere Beiträge auch höhere Unterstützungen. (Sehr richtig!) Auch der Anregung von Peus, daß die Bezirksleiterkonferenzen bindende Beschlüsse fassen können sollen, darf keine Folge gegeben werden, bindende Beschlüsse kann nur der Parteitag fassen. Ein Wochenbeitrag von 10 Pf. würde zur Folge haben, daß die Bezahlung der Einkassierer uns viel kostet, da wäre es praktischer, alle vierzehn Tage 20 Pf. zu erheben. Diese Anregung können wir auf dem nächsten Parteitag weiter befolgen.

Die Debatte wird vertagt.

Peus (persönlich) erklärt, daß Genossin Baader seinen Ausführungen einen falschen Sinn untergelegt hat, er habe nicht gesagt, daß der Mann den Beitrag der Frau mit verdient. Im übrigen habe er mit seiner Aeußerung über die Bezahlung der Delegationskosten aus einer Kasse nicht Berlin, sondern die Provinz Brandenburg gemeint.

Singer teilt mit, daß ein Antrag eingegangen ist, nach Schluß der Generaldebatte den Entwurf nebst allen Anträgen einer Kommission zu überweisen.

Schluß 7 Uhr.

*) **274.** Im § 7, Ziffer 1 soll der vorletzte Satz (von „die Vertretung") lauten: Maßgebend sind die Mitgliederzahlen, die sich aus der Beitragsleistung an den Parteivorstand ergeben, wobei Zahlungen über 20 Proz. der Mitgliederbeiträge außer Betracht bleiben.

Paeplow, Hamburg III. und andere.

Berichtigung.

In Nummer 214, zweite Beilage des „Vorwärts", vierte Seite, dritte Spalte muß es in Löbes Rede auf Zeile 48 nicht „verhindern" heißen, sondern: vermeiden.

Versammlungen.

Vieschen-Trachenberge. In der Mitgliederversammlung am 9. September gab Genosse Leuthold Bericht über die Landeskonferenz. Er rekapitulierte den Bericht des Genossen Sindermann und verweilte insbesondere auf dessen Schlußbemerkung über die Flauheit, die bei der Wahlarbeit herrscht und wohl meistens eine Folge der Zersplitterung ist, die durch die verschiedenen Arbeiter-Sportvereine verursacht wird. Weiter streift Redner den Massenbericht, das Gemeindeprogramm sowie das Referat über die Landtagswahl und wünschte am Schlusse seiner Ausführung, daß, sollte es in Trebnitz zu einer Stichwahl kommen, die Parteigenossen davon absehen möchten, einem bürgerlichen Kandidaten in den Landtag zu verhelfen. In der Debatte über den Bericht sprach Hennig seine Zustimmung aus. Sindermanns Ausführungen in Zittau über die Kinderfreundevereine wären sehr angebracht. Fälle, wie z. B., daß ein Gesangverein seine Singstunde nicht ausfallen ließe, wenn es gelte, für das Wahlrecht zu demonstrieren, müßten unbedingt verschwinden. Müller verteidigt die Arbeiter-Radfahrervereine und betrachtet sie selben als Vorschule für die Partei. Er greift die Volkswacht resp. einen bestimmten Redakteur an und beschwert sich über stiefmütterliche Behandlung der Arbeiter-Sportvereine. Genosse Wi. findet eine Aussprache darüber sehr angebracht und wünscht eine ruhige, sachliche Behandlung der Angelegenheit. Die Partei habe keinen Anlaß, in die internen Angelegenheiten der Arbeiter-Sportvereine hineinzureden. Leider liege es aber viel an den Sportgenossen selbst, wenn abfällig über diese Vereine geurteilt wird. Eine große Anzahl bekannter Parteigenossen zog es vor, am 9. Mai eine Radtour zu machen, anstatt an der Ehrung der Maigefallenen teilzunehmen. So etwas dürfe nicht vorkommen, und bei einigermaßen gutem Willen ließen sich solche Vorkommnisse leicht aus der Welt schaffen. An der Debatte beteiligten sich noch Leuthold, Wittmann und Müller. Ueber die bevorstehenden Landtagswahlen unter Berücksichtigung der von den Behörden beliebten Auslegung des Wahlgesetzes sprach Genosse Wirt. Er kritisiert die Auslegung des neuen Gesetzes, insbesondere § 10f. Es seien nicht nur Leute von der Wahlliste gestrichen, denen die Steuer erlassen wurde, sondern es sind sogar Fälle bekannt, in denen die Steuern bezahlt und nur in den Büchern der Steuerbehörden nicht gebucht worden sind. Dann beleuchtet Redner die famose Wahlkreisverordnung des Liffenamtes im Gegensatz zu den Ausführungen des Ministerialdirektor unserer Kommission gegenüber genau so und gibt die Zusicherung desselben Herrn bekannt, daß die Proteste gegen die Wählerliste auf schnellstem Wege erledigt würden. Es zeigt sich auf allen Gebieten im Reiche und in Sachsen, daß die Arbeiterschaft Kampf zu erwarten hat. Darum ist es Pflicht eines jeden, seine volle Schuldigkeit zu tun. Zum mindesten aber muß alles darangesetzt werden, soviel wie in unserer Macht liegt zu verhindern, daß der Landtag wieder so reaktionär zusammengesetzt wird. Debatte über Wirts Ausführungen fand nicht statt. Genosse Jungnickel gab noch bekannt, daß nach Weihnachten ein Kursus über Volkswirtschaft, Referent Genosse Gradnauer, stattfindet und wünschte rege Beteiligung. (Eing. 13./9.)

Buchbinder. In der am 7. September im Gewerkschaftshaus des Volkshauses stattgefundenen Versammlung sprach der Verbandsvorsitzende Kloth über: Welche Stellung haben wir Buchbinder und Kolleginnen den gegenwärtigen Zeitereignissen gegenüber einzunehmen? Der reiche Beifall bewies, daß die Ausführungen allgemeines Interesse erweckt hatten. Hoffentlich ist der Schlußappell an die Versammelten, sich nach Kräften an der Agitation zu beteiligen und so zu immer weiterer Ausgestaltung und Festigung unserer Zahlstelle mit beizutragen, auf fruchtbaren Boden gefallen. — Ein Antrag der Vertrauenspersonen lag vor, den Lokalbeitrag vom 1. Oktober an für die weiblichen Mitglieder und die männlichen der 2. Klasse auf 5 Pf. pro Woche und für die männlichen Mitglieder der 3. und 4. Klasse auf 10 Pf. pro Woche zu erhöhen. Kollege Kohl, der die Begründung gab, wies zunächst auf die immer mehr steigernden lokalen Ausgaben hin und hob dabei besonders die Beiträge für das Volkshaus, das Kartell und das Sekretariat hervor, gleichzeitig betonend, daß, wenn diese Institutionen ihren Zweck im Interesse der gesamten Arbeiterschaft erfüllen sollen, diese dann auch bereit sein muß, dafür ein kleines Opfer zu bringen. Auch das bestehende Hauskassierersystem bedarf einer fortgesetzten Vervollkommnung, indem dasselbe gewissermaßen die Grundlage unserer Zahlstelle bildet. Ganz besonders wies Referent aber darauf hin, daß in erster Linie auf Schaffung eines Lokalfonds Bedacht genommen werden müßte, da anders sonst die Zahlstelle bei einer Lohnbewegung den an sie gestellten Anforderungen zum Schaden der Mitglieder nicht gerecht werden könne. In der darauf folgenden Diskussion wurde vor allem bemängelt, daß die Gewerkschaften ganz ungerechter Weise zur Deckung des fortgesetzten Defizits im Volkshaus herangezogen würden. Kollege Lange widerlegte in längeren Ausführungen die erhobenen Vorwürfe, indem er einen kurzen Ueberblick über die Finanzierung des Volkshauses gab. Der Antrag auf Erhöhung des Lokalbeitrags wurde schließlich gegen 8 Stimmen angenommen. Die Dresdner Kollegenschaft hat damit gezeigt, daß sie das richtige Verständnis für die Situation hat. (Eing. 14./9.)

Aus dem 4. Kreise.

Königsbrück. Vor kurzem konnte man in einer kleineren Gastwirtschaft einige hiesige Antisemiteriche, die zugleich Geschäftsleute sind, auf die gesamte Arbeiterschaft losziehen hören. Ihnen schien offensichtlich die Arbeiterschaft nicht überflüssig zu sein, jedoch wollten sie feststellen, daß die Arbeiter zu viel verdienten, dadurch würden sie noch „unzufriedener". Die Säle zu Versammlungen zu verlangen, zeuge hier in so einer kleinen Stadt von dem Uebermut der Arbeiter. Geschäftsleute und Mittelstand stünden viel schlechter da und hätten Grund, die Sozialdemokratie mit allen Mitteln zu bekämpfen. Daß es die Arbeiter sind, deren Konsum die Geschäfte hält, schien die Herren wenig zu kümmern. Ueber die Arbeiter herziehen, ihnen die Säle abtreiben helfen, sie mit Schmutz bewerfen und daneben ihnen Waren zu horrenden Preisen verkaufen, das ist so die Moral dieser Ordnungshelden. Noch viel muß hier aufklärend auf die Arbeiter gewirkt werden, damit sie ihre Bedeutung diesen Ordnungsschreiern zum Bewußtsein zu bringen wissen.

Wallroda. Ueber die bevorstehende Landtagswahl referierte am 11. September in Silges Gasthof Genosse Kamp vor einer zahlreich anwesenden Wählerschaft. Seinen Ausführungen wurde aufmerksam gefolgt und lebhafter Beifall folgte am Schlusse. Ein sicheres Zeichen, daß die große Mehrheit der Versammelten mit den Ausführungen einverstanden war. (Eing. 1./9.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090916/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leben • Wissen • Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 214 — Dresden 16. September — 1909

Die Wiederkehr des Halleyschen Kometen

Soeben trifft die Meldung ein, daß Professor Wolf auf der Sternwarte Königstuhl bei Heidelberg den Halleyschen Kometen, nach dem die Astronomen der ganzen Welt mit so leidenschaftlicher Spannung ausgeschaut haben, auf photographischem Wege entdeckt hat. Er wird sich unter der neugierigen, uns von Jugend auf vertrauten Sternschar, die mit stillem Glanze den Nachthimmel beschließt, einmal ein Mitglied anderer Welten gegenüber, das mit seinem strahlenden Schweif weite Flächen des Himmels übergleitet. Was ist ein Komet, an den wir nach nicht gerechnet sind, der seinen Zauber unwiderstehlich auf jeden Menschen ausübt. Gerade unsere Generation ist in bezug auf größere Kometen recht schlecht weggekommen. Freilich werden von den Astronomen jährlich etwa 6 bis 8 solcher Gäste unseres Sonnensystems wahrgenommen, sorgfältig beobachtet, registriert und berechnet, aber die Zeisen haben nichts davon. Denn es handelt sich so gut wie ausschließlich um teleskopische Objekte, um Kometen, deren Helligkeit nur derjenigen von Sternen siebter bis vierzehnter Größe entspricht, die also selbst in ihrem höchsten Glanze eben nur an der Grenze der mit bloßem Auge Wahrnehmbaren stehen. Solche Kometen geben für das Laienauge keine Unterschiede gegenüber den Sternen. Wenn aber einmal ein wirklich großer Komet mit leuchtendem Schweif am Himmel steht, wenn sein rätselhaftes Licht oft viele Wochen hindurch Nacht für Nacht erstrahlt, dann wendet sich wieder das allgemeine Interesse in höherem Maße dieser rätselhaften Gestalten zu, deren Erscheinung noch in einer nicht gar zu weit zurückliegenden Vergangenheit die Menschheit mit Furcht und Schrecken erfüllt hat.

Von solchen Gefühlen fühlen wir uns frei, wenn der Halleysche Komet nach einer Pause von 74 Jahren wieder vor uns erscheint. Wir empfinden nur ein Gefühl der Befriedigung darüber, daß es dem forschenden Geiste der Menschen gelungen ist, auch für die scheinbar gesetzlosen Erscheinungen der Kometen feste Normen aufzufinden. Gerade im Anblick des Halleyschen Kometen ist dies um so eher begreiflich, als er es war, der zuerst in dem Hirn der Astronomen den Gedanken zur Reife brachte, ob es wohl auch unter den Kometen solche mit geschlossener Bahn gäbe, die, „nach ewigen, ehernen, großen Gesetzen ihres Daseins Kreise vollendend", stets wieder nach einem gewissen Zeitraume sich der Sonne nähern und für uns sichtbar werden müßten. Diesen Gedanken faßte Halley, als er im Jahre 1682 die Bahn des damals sichtbaren großen Schweifsternes berechnete und fand, daß sie mit derjenigen eines im Jahre 1607 von Kepler beobachteten Kometen die allergrößte Ähnlichkeit hatte. Nahm man an, daß die beiden Kometen in Wirklichkeit identisch seien, so hatte man es hier mit einem Gestirn zu tun, das in einer geschlossenen Bahn mit einer Umlaufszeit von etwa 75 Jahren sich bewegte, daß bei seiner Größe wahrscheinlich auch schon früher wahrgenommen sein mußte, und dessen Wiederkehr sich für die Zukunft voraussagen ließe. Diese kühne Annahme hat sich glänzend bestätigt. Es fand sich bei der Prüfung alter Chroniken und Ueberlieferungen, daß zuerst im Jahre 239 vor Christi Geburt ein Komet in China beobachtet wurde, der nach der ganzen Art seiner Bahn und seiner Erscheinung zweifelsohne mit dem Halleyschen Kometen identisch ist. Ueber die erste darauf folgende Wiederkehr ist nichts bekannt, dagegen ist der Komet mit Sicherheit in den Jahren 87 und 12 vor Christi wieder gesehen worden. Für die Erscheinungen nach Christi Geburt liegen natürlich weit zahlreichere Mitteilungen vor, die so gründlich lückenlos die Geschichte des Gestirns bis zu der Erscheinung von 1682 verfolgen lassen. Auf Grund dieser — wenn auch anfangs noch nicht ganz so vollständig bekannten — Geschichte seines Kometen konnte Halley die nächste Erscheinung für das Jahr 1759 voraussagen, obgleich er selbst sie nicht mehr erleben durfte. Inzwischen hat sowohl die astronomische Wissenschaft wie auch die Beobachtungstechnik so große Fortschritte gemacht, daß die heute aufgestellten Berechnungen für erheblich zuverlässiger angesehen werden müssen, als es die früheren waren. So konnte also man wohl mit großer Sicherheit darauf gerechnet werden, daß das für die jetzige Zeit vorhergesagte Ereignis der Wiederkehr auch pünktlich eintreffe; und die jetzige gemachte Entdeckung hat dies nun bestätigt.

Freilich haben die Kometen ihre eigenen Namen, und ferner ist die Erkennung über wiederkehrende, d. h. periodische Kometen noch nicht allzu groß. Bei weitem die meisten unter diesen Gestirnen machen uns nämlich nur einen einmaligen Besuch und verlassen uns auf Nimmerwiedersehen. Die Laien, die sie beschreiben, ist eine offene, meist eine Fabel, selten eine Hyperbel. Wo kommen sie herk Wo eilen sie hin? Wir können darauf nur antworten: aus der Unendlichkeit in die Unendlichkeit. Denn was die Kometen eigentlich sind, können wir auch nur mit geringer Bestimmtheit angeben. Vielleicht sind es Gesteinskrümmer, Reste früherer größerer Weltkörper, auf denen vielleicht einstmals vor Jahrmillionen das Leben ebenso pulsierte wie auf unserer Erde. Nun ist alles längst gestorben und verdorben, und nur ein Haufen rauher Steine, von keiner Sonne erleuchtet und erwärmt, bewegt sich durch den kalten Weltenraum in einer geradlinigen Bahn ohne Ziel. Nähert aber einmal dieser Weg so nahe an unserem Sonnensystem vorüber, daß die von Sonne und Planeten ausgeübte Anziehungskraft noch mitsam in die Erscheinung treten kann, dann bekommt die Bahn eine Krümmung nach unserer Sonne hin, und mit immer größerer Geschwindigkeit fliegt der — immer noch kalte und unsichtbare — Komet der feurigen Kugel zu. Indem er sich ihr aber nähert, tritt er mehr und mehr auch in den Bereich ihrer Erwärmung gegangen; er beginnt zu brodeln und einen Schweif zu entwickeln. In immer schnellerem Fluge eilt er der Sonne zu, immer lebhafter wird seine Lichtentwicklung, bis er schließlich an einem Punkte seiner Bahn die größte Entfernung von der Sonne erreicht hat, die er auf Grund der ganzen Lage seines Weges im Weltenraume überhaupt erreichen kann. Wir sagen dann, der Komet befindet sich im Perihel. Aber er darf nicht ruhen. Mit der lebendigen Kraft, den Schwunge, den er durch die bis dahin stets wachsende Anziehungskraft der Sonne erlangt hat, saust er an unserem Zentralgestirn vorüber und beginnt sich von ihm wieder zu entfernen. Licht, Wärme und Anziehungskraft nehmen ab, der brodelnde Schweif wird kleiner und kleiner, die Geschwindigkeit des Fluges verringert sich, und bald fliegt unser Komet wieder als kalter, unsichtbarer Steinhaufen den Weltenräumen zu.

Aber bei dem kurzen Besuch in unserem Sonnensystem hat sich das Schicksal der Kometen entschieden. Wohl gelingt es unserer Sonne in den meisten Fällen nicht, durch ihre Anziehung die Bahn zu einer geschlossenen Kurve zu krümmen. Dann verläßt uns unser Gast und mit ihm ihn niemals wieder. Hat aber der Komet, wenn er in die Wachtsphäre des brodelnden Zugehörigkeitsfeldes tritt, eine verhältnismäßig geringe Geschwindigkeit, dann wird seine Bahn eine geschlossene Linie, eine Ellipse, und der Fremdling wird zum dauernden Mitglied der kleinen Familie von Weltkörpern, der auch die Erde angehört. Ein auf diese Weise „eingefangener" Komet wird immer wieder nach gewissen Zeitdauern in den sonnennahen Teil seiner Bahn gelangen und für uns sichtbar werden.

So auch der Halleysche Komet. Seine Bahn ist eine sehr große, langgestreckte Ellipse, deren einer Pol der Sonne ungefähr so nahe liegt wie die Erdbahn, deren anderer Pol aber weit draußen im Weltenraume, jenseits der Bahn des äußersten Planeten, des Neptun, zu finden ist. Dort war der Komet zuletzt im Jahre 1873. Seitdem fliegt er wieder auf uns und die Sonne zu und soll, wenn die Berechnung stimmt, etwa am 8. April 1910 den sonnennächsten Punkt, das Perihel, erreichen. Sichtbar muß er aber für die mächtigen Instrumente moderner Sternwarten schon viel früher werden. Im September 1909 hat er nach der Berechnung die Helligkeit eines Sterns siebenter Größe; als solcher ist er jetzt im Sternbilde der Zwillinge entdeckt worden. So ist er noch an der äußersten Grenze der Sichtbarkeit und konnte nur mit den astronomischen Hilfsmitteln der Gegenwart unter günstigen Umständen bereits photographiert werden.

Zwei Fragen sind es, durch die auch die genauste Berechnung hätte illusorisch werden können. Es gibt nicht nur die Sonne, sondern auch jeder der Planeten eine Anziehung auf alle übrigen Weltkörper des Systems aus. Bei den großen Planeten, z. B. dem Jupiter, kann diese Anziehung so groß werden, daß sie einen Kometen ganz und gar aus seiner Bahn heraus und in neue Wege drängt. Derartige Fälle sind in der Kometenwissenschaft mit Sicherheit bekannt. Nun hat man natürlich die Einwirkungen aber bekannten Planeten auf den Halleyschen Kometen, die „Störungen", wie der Fachausdruck heißt, genau berechnet. Aber bekannt sind uns nur Planeten bis zum Neptun, und seine Bahn wird ja, wie wir gesehen haben, von den Kometen noch überschritten. Was es aber da jenseits eventuell noch von störenden Größen geben kann, entzieht sich vorläufig unserer Kenntnis.

Und dann noch ein zweites: Bei jeder Annäherung an die Sonne entwickelt der Komet einen Schweif, und es ist mehr als wahrscheinlich, daß er dabei einen Teil seiner Substanz verausgabt und in Weltenraume zurückläßt. Mag das auch noch so wenig sein, es geht an dem Körper des Kometen und verkleinert ihn. Es wäre dann ganz gut möglich, daß der früher hellstrahlende Komet sich

Theater

Schauspielhaus. Daß wir der Komödie College Crampton von Gerhart Hauptmann gleich zu Beginn der neuen Saison begegnen, ist hoffentlich ein Zeichen, daß dies Werk öfteren häufiger gegeben wird. Denn die Aufführung langt etwas, ist im wichtigsten sogar lebendige Erinnerung an die Glanzzeit der ersten Berliner Brettlbühne: Herr Hans Fischer brachte seinen Collegen Crampton von dort nach Dresden herüber, er gestaltete vorzüglich, sogar in dieser Rolle im Schauspielhaus, und immer noch geht von der Gestalt dieses in außerordentlich Modernsten verwickelnden Künstlers als echtes Komödiencrack von der Hand. Der Professor Crampton ist die Künstler-Natur, die der Wirklichkeit ganz und gar nicht gegenübersteht; er ist ein Mensch, der nicht gemütlichkeit in der Welt, wenn in anderen Dingen der Lebensl nicht eine lenkende Hand sich ordnend seiner annimmt; ohne Halt ist er, absolut unwirtschaftlich, immer entweder Enthusiast oder Lodfrend, ein abgesagter Gegner aller Konventionellen, leicht bereit, das Kind mit dem Bade auszuschütten, entweder zuhause oder rebellischsein zu leben, in allem aber ein grundehrlicher und gutmütiger Mensch, mit Wahrheitsinn auch sich selbst gegenüber, voll scharfer Bitterung für das Echte und mit tödlich ernstem Mut von ist konsequenter Ehrlichkeit und doch herzlichen Mahlmonen. Er ist voll Sehnsucht nach seiner Kindertrende, das ergraute Haar hat ihm die Jugendlichkeit nicht ausgelöscht, sonnig romantisch leuchtet sie ab in seinem Lun und Walten auf, mitten im Verfall. Herr Fischer gibt diesen Gestalt in vollendeter Weise Leben, in unübertrefflicher Lebendigkeit, ihrer Gesamtlichkeit, in der jeder kleine Zug so vorgetragen ist, daß man spüre, wie er doch mitten aus dem Kern dieses anderen als die Menge gewachsenen Menschengemüts kommt. Hauptmanns Komödie schloß sich an Erlebnisse von der Breslauer Akademie an; das Urbild des Kollegen Crampton war ein Professor James Marshall, und aufgewachsen war der in Weimar, wo sein Vater, Engländer von Geburt, mit dem Hofe in Verbindung stand, ein geistig sehr regter Mann, der mit viel namhaften Leuten seiner Zeit in Briefwechsel stand, mit Carlyle sogar andere; noch unlängst bekamen durch die Presse gehende Briefe seine literarischen Interessen; der vor ein paar Jahren verstorbene Leipziger Zoologe William Marshall, der auch so gut gegen natürlichen Unrecht zu trotzen verstand, gehörte auch zu dieser Familie, er war ein Bruder des Breslauer Malers. Hauptmann hat viel Markante dieses Menschenkreises in seine Komödie hereingenommen. Die Maske, die Herr Fischer dem Kollegen Crampton gab, ist die Marshallschen Gesichtszüge sehr gut erkennen. Doch nur nebenbei, es ist ja für die Darstellung des Menschen Crampton nicht wesentlich, ob er dann auch in anderem Haar und Bart kommen; aber diese Echtheit der Maske weist doch auch darauf hin, wie lebendig Herr Fischer der Absicht des Dichters bis in Kleinste nachging, daß nur an die Dichtung angegangen den literarhistorischen Wert hat. Dem Reigenellen der Komödie gehört das junge Menschenpaar Max Strähler, der talentierte Akademiekünstler, und Gertrud Crampton, des Professors Töchterlein. Herr Wiertz und Fräulein Lichtenzweig kamen freilich an den Kern ihrer Aufgabe nicht recht heran. Ob es Herrn Wiertz je gelingen kann, scheint zweifelhaft; Herr Gebühr ist nicht leicht zu ersetzen. Hier klaft also im Künstlerbestande des Schauspielhauses eine Lücke. Max Strähler ist verwandt in den Professor Crampton. Er ist der bürdne alte Junge, der mit trotzigen Fäuste ist das nur, was ihm paßt. Herrn Wiertz Max hält sich zu kritisch-sentimental, zu schwächlich, man glaubt ihm schon nicht mehr in allen Augenblicken, daß er so hinz wie der Max Strähler

„Sie müssen so gut sein, [illegible] für ein Kind, entsetzlich Kätchen hat. Wie gerade dieses Kind, dieses Kätchen denkt. Und wie tapfer das kleine Mädchen sein kann. Sie ist gewesen nicht gar mit mir umgegangen. Sie hat mir den Hut aufgesetzt, aber sie hat mich dabei auch deutlich gelehrt. Sie [illegible] Kätchen? Ein tapfres Mädchen." Crampton pflückt das Bild [illegible] Kindes zwar aus seiner Liebe heraus, aber in der Verehrung und Hingebung liegt er doch fast auf den Knien, und nur halb [illegible]. Fräulein Lichtenzweig Gertrud ist von jungen Frische, aber das Kleinste sind ihr im ersten Akte allzu nahe, so daß schnell ein Zug in Schwäche, nicht als innerste Heimatnot aus Liebe und [illegible] vernommen Verhalten; man glaubt nicht, daß sie kämpfen kann und gekämpft hat wie ein kleiner Tiger. So müßte auch der freudenausbruch zum Schluß die Kraft mehr noch in derselben unwiderstehlichen Uebermut Schthar werden lassen; denn Gertrud ist Zürich vom Kleinste ihres Kleinen und der mahn in der Hoheit seines Schaffens einen Mädchenerzeug, der alle Welt bezaubern, selbst einen Gerstl, wie er sich ergötzt. Als prächtige Leistung neben dem Crampton Fischers stand Herrn Mahlbergs Wolf Strähler da, dieser Mann voll humoristischer Ueberlegenheit höheren Weltbewußtsein, der nie seine Ueberlegenheit aufdringlich aber unbedingt hervorkehrt, der sich immer hält und bestimmt in der Hand hat und damit so etwas wie das Gegengewicht bedeutet zu Crampton Künstlerart, die immer von Augenblicksstimmungen geschleudert wird. Dieser Kaufmann Strähler gehört zu den besten Leistungen des Herrn Mahlberg, die Rolle reift sich seiner ganzen menschlichen Art allem Reichen nach sehr trefflich an. Den sächsischen Dienstmann Lessier gab Herr Neumann, den köstlich-bürgerlichen gutmütigen Pedell Herr Hyrenk. Die kleinen Gestalten des vierten Akts — Szenen aus der Kneip-Atmosphäre — gelangen gut. Die Szenerie des letzten Akts war nicht langweilig; sie stach von dem ersten Akt Crampton-Komödiengemäß ab und das soll sie doch.

frd.

Himmelskunde

Die Zahl der Sterne. Obgleich durch das alte Volkslied „Weißt du, wieviel Sternlein stehen an dem blauen Himmelszelt?" doch wohl die Unmöglichkeit angedeutet wird, diese Frage jemals zu beantworten, haben es sich die Menschen nicht verdrießen lassen, auch ein Firmament immer wieder Zählungen zu veranstalten. Allerdings behält das Volkslied insofern recht, als man nicht daran denken kann, jeden einzelnen Stern zu zählen, wie es in einem gut bewachten Stande mit den Millionen von Erwachsenen bei einer Volkszählung geschieht. Vielmehr kann die Aufgabe nur annähernd derart gelöst werden, daß man gewisse Felder am Himmelsgewölbe auszählt und dann mit Multiplikationen arbeitet. Solche Versuche sind aber mehrfach unternommen worden. Man darf sich aber nicht darüber wundern, daß die Ergebnisse recht verschieden ausgefallen sind. Die beiden neuesten Zählungen sind einmal von der Sternwarte in Groningen von Professor Kapteyn und andererseits von der Harvard-Sternwarte durch Professor Pickering vorgenommen worden. Die erste kam bis zur Sterngröße 14 auf 88 Millionen und bis zur Sterngröße von 15½ auf 98 Millionen Sterne. Die zweite gibt solche abweichende Zahlen, hat allerdings auch nicht so viele Sterne in Betracht gezogen. Nach der Harvard-Zählung würden nämlich bis zur Größe von 10½ nicht ganz 7 Millionen und bis zur Größe von 15½ etwas mehr als 14½ Million Sterne vorhanden sein. Der große Unterschied zwischen den Zählungsergebnissen beruht auf der erheblichen Unsicherheit hier, jedoch hat es den Anschein, als ob die Harvard-Sternwarte besser gezählt hat, denn nach der Feststellung von Burnh im Observatory stimmen die Untersuchungen in Groningen damit besser überein, als mit den Schätzungen der halbtäglichen Astronomen.

Kleine Mitteilungen

Anton Chorn, der Verfasser des Romans „Die Brüder von St. Bernhard", hat ein neues abendfüllendes Schauspiel in vier Aufzügen „Kirche" vollendet. Die Uraufführung wird am Chemnitzer Stadttheater stattfinden.

Dresdner Kalender

Theater. Repertoire vom 17. September. Opernhaus (Abend): Die Dame Kobold. Komische Oper in drei Aufzügen mit der Musik zu Cosi fan tutte von W. A. Mozart, bearbeitet von Karl Schönherr und Karl Lindau. Anfang 7½ Uhr. — Schauspielhaus (Abend): Robert und Bertram. Posse in vier Abteilungen von Gustav Kadelburg. Anfang 7½ Uhr. — Residenztheater: Operetten-Abonnement I. Serie: Hab oder Mabel. Operette von Bruno Grunschkanten. Anfang 7½ Uhr.

Im Residenz-Theater findet im Operetten-Abonnement, 1. Serie, die Erstaufführung der vollständig neu aufgeführten Operette Hab oder Mabel von Bruno Grunschkanten statt. In Szene gesetzt ist die Neuheit von Direktor Witt, die musikalische Leitung hat Kapellmeister Dellinger. In größeren Rollen sind beschäftigt die Damen: Toni Braun, Ida Rotauer, Berta Mengel, Lore Bitz, Luise Raab, Hilde Arlander; die Herren: Jordan, Karl Guttikl, Karl Brückel, Karl Friese, Ferdinand Stadling, Robert Hellwig, Karl Knauer, Alexander Olbrich, Bruno Bellmann und Walter Bulsen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090916/13 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

[illegible] und uns dadurch eine arge Enttäuschung bereitet. Ja, es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß aus dem ganzen schönen Kometen nichts wird als ein Meteorschwarm, ein Sternschnuppenfall, wie wir ihn in den Leoniden, den Resten des Kometen von 1866, und in den Bieliden und Perseiden, den Ueberbleibseln des Bielaschen Kometen und des Kometen von 1862, kennen. Wir können jedoch hoffen, daß der berühmte Halleysche Komet uns diese Enttäuschung nicht bereitet. Wir dürfen dann um die Jahreswende auf ein Schauspiel am Himmel rechnen, das in solcher Schönheit zu sehen bis jetzt nur wenigen von unserer Generation beschieden gewesen ist. Dr. Sachmann.

41

Heimatgift

Roman von E. C. Scapinelli

„Ich dachte, für dich, der so gerne mitten im Trubel, mitten im Strome steht, hätte die Großstadt einen besonderen Reiz!"

„Ich lieb' die Arbeit, Klara, nicht den Trubel, nicht die Hetze. Und Großstadtarbeit ist Hetze, ist Unrast. — Es fehlt ihr der ruhige Takt, der sie beständig macht; solch' Arbeit führt zur Erschöpfung. Drum frißt die Großstadt immer wieder ihre Menschenkräfte auf und braucht immer neuen Zuzug vom Lande. Nur die Arbeit am Lande, die Arbeit der Natur ist die richtige, ewig gesunde. Sie kennt den gehörigen Schlaf, sie kennt die langen, ruhereichen Winter, den frischen Morgen, den frischen Abend!"

„Du liebst also noch deine Heimat?" Es klang freudig von Klaras Lippen.

„Ja, Klara, ich liebe sie, ich liebe sie trotz alledem — aber vielleicht gerade darum. Aus der Verstrickung der Großstadt reiß ich mich los und eile zu ihr —. Ruhe Sammlung möcht' ich ihr, neue Kraft zum Schaffen!"

„Bist du denn schon müde geworden in den wenigen Jahren?"

„Müde? Nein! — Eine kurze Pause, ein paar lustige Festtage, ein paar langweilige Abende — und ich kann ans Werk gehen —, an mein Lebenswerk!"

„Die Wasserleitung?" fragte Klara.

„Ja, die Wasserleitung vom Marquartsberg herab nach Freimarkt!"

„Ist sie schon bewilligt, hast du denn den Auftrag?" fragte sie interessiert.

„Nichts, gar nichts. — Ich will sie bauen, und darum bau' ich sie! — Ich muß es durchsetzen, und drum bin ich wieder hergekommen und will mich um Bundesgenossen umsehen und umschauen. Denn auch die brauche ich, soll die Sache endlich in Fluß kommen!"

„Da wird der Vater aber brummen, ich laß ihn gleich rufen, sonst verderben' ich vor lauter Plaudern das ganze Mittagessen, und du hast doch auch Hunger, trotz deiner hochfliegenden Pläne?"

„Bären-, Wolfs-, echten Bruno-Hunger!" rief er.

Im selben Augenblick trat Professor Pöringer, Klaras Vater, in den Torflur. Er hatte von Brunos Besuch gehört und war herangeeilt, um den ehemaligen Schüler, den jüngeren Freund zu begrüßen. Ein kleines, starkes Männchen, mit langem, grauem Vollbart und mit einer wallenden Mähne von Haaren. Seine großen, sprechenden, leuchtenden Augen gaben dem Kopf Bedeutung. Es waren Augen, die in alles zu dringen suchten, die, ohne stechend zu sein, das, was sie ansahen, trafen. Aber sie hatten etwas Gutmütiges, Heiteres dabei, etwas vom Verstehen und Verzeihen, vom Begreifen und Belachen.

Es war auch Professor Pöringers Sinn allzeit gewesen, der ihn alle Enttäuschung seines Lebens mit Gemütsruhe tragen ließ. Als junger Gymnasialprofessor hatte er in eine [illegible] an den Grundfesten der heutigen humanistischen Mittelschule doch gerüttelt und sich die Ungnade seiner Vorgesetzten zugezogen —, die Strafen und Ämter, bei denen er in jungen Jahren Erzieher gewesen, hatten ihn den Archivposten [illegible] zusammen lassen, der trotzdem neben Archiv- und Bibliothekdienst [illegible] Arbeiten mit sich brachte. Seiner Familie [illegible] hatte er sich angenommen, [illegible] und war zum heiteren Philosophen geworden, der von seinem [illegible] dort oben, von [illegible] [illegible] Zeit die [illegible] unter der feinen [illegible] [illegible] [illegible] Sohn hatte er [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] Liebe zu seine Tochter Klara [illegible] und [illegible] seinen Beruf.

[illegible] Worte [illegible] glaubte er erkannt zu haben, daß [illegible] [illegible] [illegible] mit [illegible] [illegible] [illegible] im Weltenstrom [illegible] ist auf [illegible] [illegible] keine Waffen schaffenden Menschen.

Die „Sanitätskolonne" pflegte er nicht ohne Humor all die übereifrigen Theologen, Mediziner, Philologen und Juristen zu nennen, die Sanitätskolonne, die am großen Schauplatz und Kampfplatz: Leben genannt, stets im Hintergrund lehnte, bis einer da drinnen, der verwundet wurde, sie brauchte.

Die Sanitätskolonne! Der Jurist, der, wenn ein Geschäft nicht perfekt werden wollte, wenn einer den anderen geschädigt, ermordet, erschlagen, aus bücklebigen Büchern Recht sprach, der Theologe, der die Sterbenden tröstete, die Toten segnete und begrub, der Mediziner, der die Wunden flickte, die sie sich im Kampfe geschlagen, der Philologe, der ihnen die Fremdwörter ausdeutschte, der sie zu Menschen erzog, zu für das Leben, zum Kampf untauglichen Menschen, wenn er es fertig brachte, sie in seinem Sinne zu erziehen! Die Sanitätskolonne, die abseits stand —, armselige Helfershelfer, Handlanger des letzten Arbeiters! Und von anderen wurden indessen Städte gebaut, Waren erzeugt, dem Boden die Grundwerte entrissen, Stahl geschmiedet, auf fernen Ländern auf der Schiffe Rücken Spezereien, Genußmittel eingeführt, dort wütete der Kampf ums Geld, ums Brot, die Rubel rollten, das Gold klirrte — und dann und wann flog auch ein Dukaten in des Handlangers Schoß —, eine Wohltätigkeitsgabe für die Sanitätskolonne. Und gierig stürzten sich mit unzähligen „Verbands" und Entschuldigungen die vierte auf das rollende Geldstück, denn sie hungerten eigentlich —, sie fraßen eigentlich, sie darbten!

Der Professor war mit Bruno Merk ins hohe, gewölbte Wohnzimmer getreten, und während die beiden vom Erkerfenster hinab zur Stadt sahen, hatte er dem jungen Mann die Hand auf die Schulter gelegt.

Das war keiner von der „Sanitätskolonne", das war einer aus dem wirklichen Lebenskampf heraus, dachte er, da sein Blick die große Gestalt streifte, die neben ihm stämmig emporwuchs.

Er liebte Bruno, den er von Kindheit an hatte werden sehen, wie seinen Sohn, und hatte sich von jeher an seiner Art erfreut.

„Nun, mach's dir behaglich bei uns, so bald lassen wir dich nicht fort!" sagte Pöringer.

„Einige Tage werde ich wohl hier in Freimarkt bleiben müssen —, will ich den Bau der Wasserleitung durchsetzen, dann müssen wir von den Höhen des Schlosses hinabsteigen zum „Goldenen Anker", in die „Rote Rose" und wie all die Stätten heißen, wo Freimarkts Wohl und Wehe beraten wird!"

„Die Sache muß in Fluß kommen, laß mich sorgen, in der nächsten Gemeindesitzung bringe ich sie zur Sprache! Kampf wird es geben —, aber, Bruno, ich stehe auf deiner Seite, wir kämpfen gegen die Philister, und müssen siegen. Es wird mir ordentlich gut tun, den den Rost mal wieder einmal in den männermordenden Kampf zu springen!"

„Auf frohen Sieg!" Sie reichten sich die Hände. Dann brachte Klara die dampfende Suppenschüssel — aber Bruno bemerkte es kaum: Er stand im Erkerfenster und sah hinaus zum Marquartsberg, der von fernher herüberleuchtete im herbstlichen Sonnengold. Und ihm schien es wieder, als sehe er schon des Brunnenhäuschen herüberleuchten, und ihm schien es, als hörte er die Quellen darinnen sprudeln und rauschen, geheimnisvoll von Frieden, neuem Leben und Glück raunend.

Zweites Kapitel.

Es war ein behaglicher, schöner Nachmittag, den Bruno nach jahrelanger Abwesenheit im Hause Pöringers verlebte. Nach all dem Herumtreiben als junger Bautechniker, nach all den Mittagessen in kleinen Gasthäusern, nach all den Arbeiten in zugigen Bauhütten, fühlte er sich in dieser hohen alten Stube, unter diesen beiden zufriedenen, freundlichen Menschen unendlich wohl. Es strömte ihm Wärme, Vertrauen, Begreifen und Mitbegeisterung aus ihren Worten entgegen, und das tat ihm wohl. Der Umstand, daß Gottfried übers Wild zu einem Kranken gerufen war, ließ ihn sich doppelt behaglich fühlen.

Nicht, daß er Gottfried haßte oder auch nur nicht leiden mochte, aber der Arzt war ihm nah und nach fremd geworden, und wenn er hört die dumme Geschichte und der Studenten [illegible] [illegible] der [illegible], in sich gekehrte, verschlossene Gottfried war nicht der Mensch, ein Gleiches zu tun.

Was hätte denn diese Magda Berg für den leichtsinnigen Jüngling [illegible] können, die er selbst von all seiner [illegible] Weisheit kaum zu zügeln, deren Launen er kaum [illegible] vermochte. Herr war er ihr geworden —

aber es waren alles Vorstellungen, [illegible] Willen erfochten hatte. Und doch hatte sie ihn [illegible] angezogen, immer wieder zum Kampf und zur Liebe gereizt.

Aus einem schönen Traum, da sie sich wieder flüchtig gesehen und flüchtig gefühlt hatten, war sie fort, um ein Engagement in der Provinz anzunehmen.

Aber all diese Gedanken und Eindrücke verflatterten, da er sich Klara gegenübersah, der ruhigen, sicheren, sorgsamen Klara.

Und doch, machte es die Freude des Wiedersehens, machte es die Begeisterung, ihm schien es, als wäre ein fremdes Leuchten in ihren großen Augen, als wäre sie weicher, geschmeidiger, hingebungsvoller geworden; als wären die braunen Flechten, die ihr im Nacken hingen, schwerer, glänzender.

(Fortsetzung folgt.)

Umschau

Zum Schutz der Zittauer Kunstschätze

Ein verdienstliches Werk ist vor einigen Tagen in Zittau geschehen. Ueber das **Kunstgewerbe in Zittau einst und jetzt** hielt Herr Handwerkerschaftssekretär **Schorisch** auf Veranlassung des Gewerbevereins am Montag abend im Saale der Promenaden-Terrasse einen bemerkenswerten Vortrag, der in seinen kritischen Teile einer Anklagerede gegen diejenigen Kreise der Stadt Zittau glich, die berufen wären, die Kunstschätze Zittaus zu hüten und zu mehren. Die Zittauer Morgenzeitung berichtet eingehender über den leider nicht sofort öffentlich gehaltenen Vortrag, den man überall, namentlich in kleineren Städten, mit Interesse und Nutzen lesen wird. Herr Schorisch sagte:

Vor ungefähr drei Jahren hatte ich es versucht, das Interesse auf die Kunstschätze unserer Stadt zu lenken, schon damals machte ich auf den **beginnenden Verfall** der Kunstschätze aufmerksam. Es ist aber leider in den letzten drei Jahren nichts geschehen, um der Zerstörung Einhalt zu tun, ja mit Bedauern muß gesagt werden: „der Verfall der Kunstschätze ist so weit vorgeschritten, daß es viel Mühe und Geld kosten wird, wenn dieselben vor dem gänzlichen Untergang gerettet werden sollen". Ich habe oft von Zittauern gehört, daß es um die Altertümer im Museum und auf den Friedhöfen nicht schade ist, wenn sie verfallen. Ich bin allerdings anderer Meinung. Wenn die Zittauer einen Begriff hätten, welches Kapital in diesen Arbeiten verborgen ist, dann würde man schon aus rein kaufmännischen Gründen für bessere Instandhaltung der Kunstschätze Sorge tragen.

An der Hand von Lichtbildern führte nun Redner den Zuschauern eine Reihe solcher alter Zittauer Kunstschätze vor Augen. Er begann mit einem Besuch auf dem **Kreuzfriedhof**. Dort gibt es eine ganze Reihe vorzüglicher Kunstschmiedearbeiten. Es sind hauptsächlich die prächtigen Parkgitter, die die Aufmerksamkeit fesseln; man freut sich über den entzückenden Geist, der aus ihnen spricht. Die interessanteste Arbeit weist nach Ansicht des Redners die Finckesche Gruft auf; sie sei, so bemerkt er, eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges. Auch der Steinbildhauer habe hier Hervorragendes geleistet. Leider seien die Grüfte mangels jeder vernünftigen Pflege dem Verfall ausgesetzt. Wörtlich führte der Redner hierzu folgendes aus:

Ich sah neulich, wie das Gras, das auf den Grüften wächst, gemäht wurde; es soll sehr kräftiges Futter abgeben; wenn die Sache nicht so ernst wäre, würde ich raten, auch die **Grüfte an einen Kräuter- oder Wurzelmann zu verpachten**. Es wachsen in solch alten Gemäuern sehr oft heilbringende Kräuter. Auch das Vermögenswert über die Bäume, die aus den Grüften, ja direkt aus den Gesimsen und Voluten herauswachsen, sollte man verwahren, um dann genügend Geld zu haben, die Grüfte auszubessern, wenn die Wurzeln die Steine gesprengt haben.

Der Vortragende führte die Zuhörer nun auf den **Nikolaifriedhof**, bemerkte, daß auch dieser schönere Kunstwerke berge, und fuhr dann fort: Nun beginnt für mich die leicht unangenehme Aufgabe, Sie auf einen Zustand aufmerksam zu machen, der einer Stadt wie Zittau im höchsten Grade unwürdig ist. Die **Zerstörung durch den Rost** vergleiche ich mit dem Raupenfraß in unseren heimatlichen Wäldern. Es wird dem Waldfreund weh ums Herz, wenn er den herrlichen Baumbestand vernichtet sieht, er [illegible] und Zittauer [illegible] [illegible] in seiner Stadt. [illegible] nach viel größerer Schmerz muß jeden wahren Zittauer ergreifen, wenn er das herrliche Erbteil seiner Väter in einem so verwahrlosten Zustande vorfindet; der Wald wird eins wieder neu entstehen, die Kunstschätze aber sind dann erst als Zeugen einer früheren Zeit unersetzlich, sie sind für immer verloren. [illegible] in einer Ecke des Weberfriedhofes [illegible]. [illegible] Steine sind hier [illegible] übereinander und [illegible] [illegible]. [illegible] haben die Steine, starke [illegible], [illegible] und [illegible] [illegible] [illegible]. Ein Zittauer [illegible], der [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] in einem [illegible] und [illegible] [illegible] [illegible] eines **prächtigen Sarg**. [illegible] [illegible] [illegible] [illegible]

[illegible] Zittau im Schutzkasten [illegible].

Hierauf besprach Herr Schorisch die Zustände auf dem **Klosterfriedhof**, die tatsächlich unerhörliche sind. An der Hand von Lichtbildern wurde den Zuhörern vor Augen geführt, wieweit allein innerhalb der letzten drei Jahre unter den Kunstarbeiten dieses Friedhofes das Zerstörungswerk Fortschritte gemacht hat. **Grüfte sind zerfallen, Figuren verschwunden bezw. zerschlagen, Gitter völlig verrostet** und Unkraut wuchert überall. In der Dornschen Gruft glaubt man die Trümmer eines Schlachtfeldes zu sehen. Dort müsse, meint Redner, wohl ein Kampf unter den [illegible] Damen und Herren gewütet haben. **Mit Architekturteilen haben sie sich bombardiert**, und von grausamer Hand sind ihnen dann Arme und Beine amputiert worden. Das Urteil über eine derartige barbarische „Aufbewahrung" von Kunstwerken könne man getrost der Oeffentlichkeit überlassen. Dann führte der Redner eine andere Gruft vom Klosterfriedhof vor Augen und fügte hierzu folgendes aus: Die Gruft selbst ist mit Brettern zugedeckt, zwischen liegen die Steine umher; unter anderem liegt da eine große Figur, die den **Gott Merkur** darstellt. Die Inschrift ist leider wohl verloren gegangen; meiner Meinung nach müßte sie lauten: „Hier ruht auf einem christlichen Friedhofe der heidnische Gott Merkur." Der kurze Tatbestand ist folgender: Am früheren Gewandhaus, da, wo jetzt Thorig seine Geschäftslokalitäten hat, befand sich ein kleiner Giebel, an dem Merkur als Symbol der Kaufleute dargestellt war. Beim Umbau des Gewandhauses hat man den Gott der Kaufleute auf den Klosterfriedhof geschafft. Man ist sehr leicht geneigt, auch diesen Vorgang symbolisch aufzufassen. Es kommt dabei aber wenig Ehre für die Industrie- und Handelsstadt Zittau heraus. Diesen schweren steinernen Giebel legte man auf die erwähnte Gruft. Die Bretter sind im Laufe der Zeit morsch geworden, dann durchbrochen und damit war auch das **Schicksal des Gottes Merkur besiegelt**. Auch er ging hin auf dem Klosterfriedhofe in **Trümmer**. Auch bei seinen Aufnahmen habe ich versucht, den Merkur zu treffen, aber es ist mir nicht gelungen. In bitteren Worten hat er mir sein Leid geklagt. Er, der Götterbote, der seine Augen [illegible] von Gebirge herab auf die sonnigen Gefilde Griechenlands schweifen ließ, er mußte hier in Zittau mit seinen schönheitsdurstigen Augen Zustände sehen, die selbst dem ungebildetsten Auge einen **grauenvollen, furchtbaren Anblick** gewähren. Gleich neben Merkurs Schmerzenslager befindet sich ein Gruftfenster, und was ich da mit dem Merkur in der Tiefe sah, habe ich der photographischen Platte anvertraut. (Die als Lichtbild vorgeführte Platte zeigte eine Gruft, in der Totenschädel, Gebeine und sonstige menschliche Knochenreste mit Balken, Steinen, usw. in wüstem Durcheinander lagen; alles in allem tatsächlich ein grauenhafter Anblick!) Die photographische Aufnahme hat alles sagen, ich habe nur noch hinzuzufügen, daß ich bei diesem furchtbaren Anblick, bei dieser unglaublichen Pietätlosigkeit ein Freund der Feuerbestattung geworden bin. Ich behaupte: Der Klosterfriedhof in seinem jetzigen Zustande ist die beste, ja eine unbezahlbare Propaganda für die Feuerbestattung nicht nur in Zittau, sondern in ganz Deutschland.

Im Anschluß hieran ging der Vortragende dann auf die **verwahrlosten Zustände im Zittauer Museum** ein. Der untere Teil des Museums gleiche einer **großen Rumpelkammer**. Nicht nur staubig sei es dort, sondern direkt schmutzig. Vergeblich habe Herr Professor Dr. Koch schon vor zehn Jahren im Gewerbeverein auf diese Verhältnisse aufmerksam gemacht. Ueberall [illegible] Platzmangel und das Fehlen [illegible] Förderung gelangt. Der Museumsleitung könne man die Schuld hieran nicht zuschreiben. Der Vortragende führte dann im Lichtbilde ein [illegible] [illegible] gearbeitetes Chorgestühl vor Augen. Dieses habe ein [illegible] Schlossermeister in [illegible] Winkel aufgefunden und es dann für den Eisenpreis erhandelt. Heute sind dem Besitzer schon [illegible] M. für das Kunstwerk geboten worden. [illegible] sei an dieser Stelle noch, daß der Wert des Gitters auf dem Johannisturm von sachverständiger Seite auf 10000 M. taxiert wurde.

Werden Sie mir, so führte [illegible] Redner dann weiter aus, es nicht [illegible] [illegible]: hier liegen große Kapitalien [illegible], und wenn jetzt wieder nichts geschehen sollte, dieses Kapital [illegible] [illegible], dann fange ich an zu glauben, daß mit Merkur, dem Gott der Kaufleute, auch der [illegible] kaufmännische Geist von Zittau verschwunden ist und auf dem Klosterfriedhof begraben liegt. Ich denke dabei heute immer nur an den kaufmännischen Geist, denn gäbe es einen künstlerischen Geist in Zittau, dann wären solche **skandalösen Zustände** ganz undenkbar.

Ich kenne nur zwei Wege, dieser Verwahrlosung ein Ende zu bereiten: Man verkaufe [illegible], sowie alle alten Kunstschätze aus dem Wege, oder man [illegible] nicht so langsam Stein für Stein abbröckeln, ganze Grüfte und Dächer einstürzen, Gitter verrosten, Totenschädel umherliegen, [illegible] [illegible] [illegible] [illegible]. [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] noch schlimmer als die [illegible] [illegible] der Reformation. Der zweite, der [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible], [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] zu [illegible]. [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible].

[illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible]

Der [illegible] des [illegible], [illegible] [illegible]

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090916/14
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG